

Sitzungsunterlagen

8. öffentliche Sitzung des
Haushalts- und Finanzausschusses
22.06.2015

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	5
Einladung Haushalts- und Finanzausschuss	5
Vorlagendokumente	7
TOP Ö 6.1 Projekt "komet[de] - Entwicklung und Anwendung eines Assistenzsystems für Kommunen im demografischen Wandel	7
KT/KA - Vorlage Landrätin 5-2400/15-IV	7
TOP Ö 6.2 Verfügung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung zur Untersagung der Weiterführung des Verfahrens zur Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes "Wierachteiche - Zossener Heide"	11
KT/KA - Vorlage Landrätin 5-2405/15-III	11
Anlage_ Schreiben LK - GL 5-2405/15-III	17
TOP Ö 6.3 Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Teltow-Fläming	21
KT/KA - Vorlage Landrätin 5-2354/15-LR/1	21
KT/KA - Vorlage Landrätin - alt- 5-2354/15-LR/1	23
Anlage 1 - Beteiligungsrichtlinie Stand 21.05.15 5-2354/15-LR/1	25
Anlage 2 - Übersicht über die Eigenbetriebe und wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises TF 2015 5-2354/15-LR/1	47
Anlage 3 - Beteiligungsrichtlinie_Stand 10 03 2015 5-2354/15-LR/1	51
Anlage 4 - Synopse Stand 10.03.2015 5-2354/15-LR/1	69
TOP Ö 6.4 Zweite Änderungssatzung der Gebührensatzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming	119
KT/KA - Vorlage Landrätin 5-2387/15-I	119
Anlage 4-Vergleich Unterrichtsgebühreanu. Ertragserwartung bei Gebührenerhöhung 5-2387/15-I	123
Anlage1-BetriebswirtschaftlicheKosten 5-2387/15-I	125
Anlage2-Prognose Gebührenbedarf ohne Zuschuss 5-2387/15-I	129
Anlage3-Prognose Gebührenbedarf mit Zuschuss 5-2387/15-I	133
Anlage5-derzeit gültige Gebührensatzung 5-2387/15-I	137
ZweiteÄnderungssatzung 5-2387/15-I	143
TOP Ö 6.5 Stellenplanerweiterung im Sozialamt der Kreisverwaltung um eine Stelle „Mitarbeiter/-in Leistungen nach dem AsylbLG,,	145
KT/KA - Vorlage Landrätin 5-2414/15-LR	145
TOP Ö 6.6 Stellenbemessung im Jugendamt – Bereich Sozialpädagogischer Dienst	149
KT/KA - Vorlage Landrätin 5-2424/15-LR	149
TOP Ö 7.1 Information über externe Stellenausschreibungen	159
Informationsvorlage Landrätin 5-2415/15-LR	159

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Haushalts- und Finanzausschuss

Auskunft: Frau Kozak
Telefon: 03371 608-1201
E-Mail: Christine.Kozak@teltow-flaeming.de

Einladung

Hiermit lade ich Sie zur **8. öffentlichen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am Montag, dem 22.06.2015, um 17:00 Uhr** ein.

Die Sitzung findet im **Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde** statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

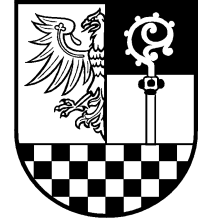
- | | | |
|-----|---|----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung | |
| 2 | Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 11.05.2015 | |
| 3 | Einwohnerfragestunde | |
| 4 | Anfragen der Ausschussmitglieder | |
| 5 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 5.1 | Aktueller Stand Jahresabschluss 2011 | |
| 6 | Beschlussvorlagen | |
| 6.1 | Projekt "komet[de] - Entwicklung und Anwendung eines Assistenzsystems für Kommunen im demografischen Wandel" | 5-2400/15-IV |
| 6.2 | Verfügung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung zur Untersagung der Weiterführung des Verfahrens zur Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes "Wierachteiche - Zossener Heide" | 5-2405/15-III |
| 6.3 | Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Teltow-Fläming | 5-2354/15-LR/1 |
| 6.4 | Zweite Änderungssatzung der Gebührensatzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming | 5-2387/15-I |
| 6.5 | Stellenplanerweiterung im Sozialamt der Kreisverwaltung um eine Stelle | 5-2414/15-LR |

17.06.2015
Seite: 1/2

	„Mitarbeiter/-in Leistungen nach dem AsylbLG„	
6.6	Stellenbemessung im Jugendamt – Bereich Sozialpädagogischer Dienst	5-2424/15-LR
6.7	Umsetzung des Konzeptes zur Jugendarbeit und Sozialarbeit an Schulen 2015 bis 2017 - Verteilung von Personalstellen an Grundschulen*	5-2425/15-II
7	Informationsvorlagen	
7.1	Information über externe Stellenausschreibungen	5-2415/15-LR
8	Anträge	

Dirk Hohlfeld
Der Vorsitzende

*Die Unterlagen gehen Ihnen gesondert zu.



Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

VORLAGE

Nr. 5-2400/15-IV

für die ö f f e n t l i c h e Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung	02.06.2015
Ausschuss für Wirtschaft	03.06.2015
Ausschuss für Gesundheit und Soziales	15.06.2015
Haushalts- und Finanzausschuss	22.06.2015
Kreistag	29.06.2015

Betr.: Projekt "komet[de] - Entwicklung und Anwendung eines Assistenzsystems für Kommunen im demografischen Wandel"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, dass sich der Landkreis Teltow-Fläming mit dem Teilprojekt „Partizipation und Verwaltung“ an dem Gesamtprojekt “komet[de]“ beteiligt, wenn die Technische Hochschule Wildau vom Bundesministerium für Bildung und Forschung für das Projekt “komet[de]“ den Zuschlag erhält.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzierung durch:

Produktkonto:	571010.414000
Bezeichnung des Produktkontos:	Zuweisung vom Bund für Projektförderung
Konto-Ansatz:	0 € / bei Zuschlagerteilung ca. 630.000 €
noch verfügbare Mittel:	0 €.....

Im Falle der Zuschlagerteilung wird der 100%ige Zuschuss für das Projekt verwendet.

Luckenwalde, den 30.04.2015

Wehlan

Sachverhalt:

Die Technische Hochschule Wildau (TH Wildau) beteiligt sich mit einem Forschungsprojekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) am Forschungsprogramm „Innovationen für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel-InnovaKomm“. Im Frühjahr vergangenen Jahres wurde dem Landkreis Teltow-Fläming seitens der TH Wildau die Mitarbeit an dem oben angeführten mehrstufigen BMBF-Programm und damit zunächst die Bewerbung für eine Projekterarbeitungsphase angeboten und diese in der Dienstberatung der Landrätin vorgestellt. Dabei ist festgelegt worden, dass das Amt für Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement dieses Vorhaben federführend begleitet.

Es handelt sich bei diesem Projekt um ein mehrstufiges Antragsverfahren. In der ersten Phase wurde der Erhalt des Zuschlages nach Einreichung einer Projektskizze für eine halbjährige Projektantragsphase angestrebt und durch die Hochschule erfolgreich gemeistert. Die darauf folgende halbjährige Projektantragsphase, für die die TH Wildau mit ihrer Projektskizze aus 121 Bewerbungen zu den 20 „Auserwählten“ gehörte, diente der Erstellung von umfangreichen Antragsunterlagen für ein fünfjähriges Projekt mit einem Fördervolumen von 5 Millionen €. Hierfür werden durch das BMBF von den 20 Anträgen die 5 besten Projekte ausgewählt und gefördert.

Ziel des Projektes ist die Entwicklung eines technischen Assistenzsystems (TAS) zur Verbesserung der Kommunikation der Bürger mit der Verwaltung. Dabei sollen für die Förderung einer starken Demokratie, der interkulturellen Integration und Bürgerteilhabe und für die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements sowie der interkommunalen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit bereits vorhandene Ansatzpunkte (z. B. die unseres Leitbildes und der Erfahrungen der Herbstkonferenzen) analysiert und verwendet werden, um weitere Lösungsansätze für die beiden ausgewählten Themenfelder unter den Bedingungen des demographischen Wandels für unseren Landkreis zu definieren. Dem Ausbau und der Nutzung der bürgerorientierten Online-Dienstleistung wird innerhalb des Projektes eine wichtige Rolle beigemessen.

Das strategische Handlungskonzept „komet[de]“ ist an den demographiebedingten Bedarfen des Landkreises für die Umsetzung in einem Zeitraum von bis zu 5 Jahren für die folgenden Themen ausgerichtet:

- a) altersgerechtes Wohnen im Zusammenhang mit Mobilität und Versorgung im peripheren Teilraum des Landkreises, wobei verschiedene Aspekte der Wohnqualität auch für den nördlichen Teil zu betrachten sind
- b) Fachkräftesicherung im Zusammenhang mit der Gestaltung attraktiver Standortbedingungen im Norden des Landkreises, der zum Berliner Umland gehört, wobei verschiedene Aspekte der Fachkräftesicherung auch für den südlichen Teil adressiert werden müssen

Damit adressiert das Projekt insbesondere an die beiden, jetzt schon im Bereich Wirtschaftsförderung bearbeiteten Themenfelder Wohnen, Mobilität und Arbeitswelt, wobei die Thematik Teilhabe/Partizipation als Querschnittsthema zum Tragen kommt. Somit können diese effektiver und tiefergründiger bearbeitet werden.

Bei Zuschlagserteilung durch das BMBF an die TH Wildau wird das Projekt voraussichtlich im November 2015 starten. Für diesen Fall ist der Landkreis Adressat und somit Hauptnutzer der Ergebnisse des geplanten Vorhabens, zu dem mehrere Partner des Kernteams mit Teilprojekten beitragen. Dabei ist die Forschungsgruppe Innovations- und Regionalforschung der TH Wildau mit dem Teilprojekt „Kollaboration, Partizipation und Regionalentwicklung“ für das Projektmanagement und die Entwicklung des Forschungsdesigns verantwortlich und übernimmt die Leitung des Gesamtprojekts aus sozio-ökonomischer und regionalwissenschaftlicher Perspektive.

Der Landkreis wird während der fünfjährigen Projektphase innerhalb des Teilprojektes „Partizipation und Verwaltung“ seine spezifischen regionalen Problem- und Bedarfslagen der benannten Themengebiete vertiefend analysieren und ausdifferenzieren und im Rahmen von Zukunftsstudien vertiefen, Anforderungen an die Integration des technischen Assistenzsystems in die Verwaltungsprozesse beschreiben und das System in der späteren Umsetzungsphase implementieren. Somit könnten bereits vorhandene Interaktionen der Bürger mit der Verwaltung zur Erarbeitung von Lösungsvorschlägen künftiger Herausforderungen im Sinne des Partizipationsprozesses und der Bürgernähe auf ein neues Niveau gehoben werden.

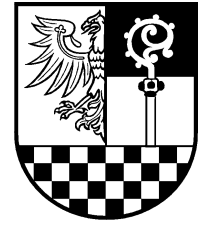
Neben der Forschungsgruppe Innovations- und Regionalforschung der TH Wildau und dem Landkreis gehören zu den weiteren Partnern des Kernteams „komet[de]“:

- Akademie 2. Lebenshälfte
 - Teilprojekt „Partizipation von Älteren“
- Condat AG (führender Anbieter von Softwarelösungen in den Bereichen Medien, Mobilität und Monitoring
 - Teilprojekt „Technisches System und Anwendungsentwicklung“
- Forschungsgruppe Telematik der TH Wildau
 - Teilprojekt „Bildverarbeitung und Augmented/Virtual Reality“
- Deutsches Zentrum für künstliche Intelligenz
 - Teilprojekt „Smarte Wissensdatenbank“
- die D-Labs GmbH (Design und Beratungsunternehmen der Softwareindustrie)
- -Teilprojekt „Usability“

Als assoziierte Partner beteiligen sich an dem Gesamtprojekt u. a. die Städte Luckenwalde und Ludwigsfelde (Regionale Wachstumskerne unseres Landkreises), die IHK Potsdam, die Zukunftsagentur Brandenburg GmbH, die Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH, die Wohnungsbaugesellschaften Großbeeren und Jüterbog und die ZAL GmbH.

Das Amt für Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement wird die Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Kommunen sowie den zuständigen Ämtern der Kreisverwaltung organisieren.

Für die Erfüllung der Aufgaben wird der Landkreis auf der Grundlage eines eigenen Zuwendungsbescheides, der nach der Zuschlagserteilung an die TH Wildau erwirkt wird, einen Personalkostenzuschuss in Höhe von ca. 600.000 € für die anfallenden Personalkosten und Sachkosten in Höhe von ca. 30.000 € erhalten. Im Falle der Zuschlagserteilung erhält der Landkreis die Möglichkeit, mit Hilfe hochqualifizierter Partner Lösungswege für die wichtigen Zukunftsthemen Wohnen, Mobilität und Arbeitswelt unter den Bedingungen der demographischen Entwicklungen zu erforschen und diese tiefgründiger zu bearbeiten. Die Teilhabe und Partizipation der Bürger ist dabei sowohl das Ziel als auch ein Teil der Lösung.



Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

VORLAGE

Nr. 5-2405/15-III

für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt	02.06.2015
Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung	02.06.2015
Haushalts- und Finanzausschuss	22.06.2015
Kreistag	29.06.2015

Betr.: Verfügung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung zur Untersagung der Weiterführung des Verfahrens zur Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes "Wierachteiche - Zossener Heide"

Beschlussvorschlag:

Die Landrätin wird beauftragt, auf die Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Untersagungsverfügung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung zur Weiterführung des Verfahrens für die Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes "Wierachteiche - Zossener Heide" zu verzichten.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Luckenwalde, den 19.05.2015

Wehlan

Sachverhalt:

Die bisherige Beschlusslage des Kreistages Teltow-Fläming (LK TF) beauftragt die Verwaltung, das Schutzgebietsverfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche-Zossener Heide“ (LSG) zu führen.

Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) hat mit Schreiben vom 11. Februar 2015 mitgeteilt, dass ein Untersagungsverfahren gemäß § 14 Abs. 2 ROG i.V.m. Art. 14 Landesplanungsvertrag (LPIV) zum Unterschutzstellungsverfahren eingeleitet wurde und hierzu der Landkreis gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 VwVfGBbg i.V.m. § 28 Abs. 1 VwVfG angehört wird. Mit Schreiben vom 04.03.2015 hat der Landkreis fristgerecht und schriftlich den Rechtsstandpunkt zur Weiterführung des Unterschutzstellungsverfahrens dargelegt (siehe Anlage).

Im Protokoll (17.03.2015) über den Erörterungstermin am 06.03.2015 zur Anhörung wurde seitens der GL festgestellt, dass:

- ein Kompromiss zwischen den konkurrierenden Raumansprüchen zum jetzigen Planungsstand nicht mehr möglich ist
- die GL die eingeleiteten Untersagungsverfahren (Landkreis – LSG; Stadt Zossen – FNP) weiterführt
- eine ggf. gegen die Unterschutzstellung des LSG ausgesprochene Untersagung den LK TF zwar daran hindert, das Verfahren fortzusetzen, nicht aber die Veränderungssperre aufhebt
- im Falle des In-Kraft-Tretens des Regionalplans (RP) die Veränderungssperre durch den LK TF aufzuheben und das Unterschutzstellungsverfahren einzustellen sind.

Mit der Untersagung reagiert die GL gemäß § 14 Abs. 2 ROG auf die Befürchtung, dass die Verwirklichung der im RP vorgesehenen Ziele der Raumordnung durch die Fortführung des LSG-Verfahrens unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert würde.

Bereits aufgrund der angekündigten Untersagungsverfügung war zunächst die fristwahrende Einlegung von Rechtsmitteln vorbereitet worden. Dies erfolgte rein vorsorglich und vorbehaltlich der tatsächlichen Verfügung einschließlich der darin dargelegten Entscheidungsgründe. Denn erst auf diese wäre eine konkrete, inhaltliche Reaktion möglich gewesen.

keine Einlegung von Rechtsmitteln

Die Wirksamkeit der Untersagungsverfügung hat zur Folge, dass das Unterschutzstellungsverfahren für das geplante LSG vorerst nicht weiter geführt werden kann. Die gesetzliche Veränderungssperre (gemäß § 9 Abs. 2 Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) bleibt jedoch bestehen.

Mit der Genehmigung und anschließenden Rechtswirksamkeit des RP ist entsprechend der Position der GL durch den LK TF die Veränderungssperre aufzuheben und das Unterschutzstellungsverfahren einzustellen.

Eine Fortsetzung des Unterschutzstellungsverfahrens nach Auslaufen oder Aufhebung der Untersagungsverfügung muss den genehmigten RP als übergeordnete Planung gemäß Raumordnungsgesetz (ROG) berücksichtigen (§ 4 Abs. 1 ROG). Das im Gebiet des geplanten LSG laut RP vorgesehene Windeignungsgebiet 33 (WEG 33) ist zu beachten. Die Ziele des Naturschutzes im LSG sind an die Ziele der Raumordnung (den RP) anzupassen. Der im Schutzwürdigkeitsgutachten zum geplanten LSG definierte Schutzzweck wäre innerhalb des WEG 33 nicht mehr gegeben und umsetzbar.

Im Interesse des LK TF steht auch eine gesicherte Planungsgrundlage für den Gesamtlandschaftsraum durch einen rechtswirksamen RP.

Einlegung von Rechtsmitteln

Das Unterschutzstellungsverfahren kann fortgeführt werden, wenn der LK TF durch Einlegung der möglichen Rechtsmittel die Wirksamkeit der Untersagungsverfügung unterbindet.

Da es sich bei der GL um eine oberste Landesbehörde handelt, ist als Rechtsmittel gegen die Untersagungsverfügung gemäß § 78 Abs. 1 Nr. 1 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht Potsdam (VG) zu erheben. Die Frist der Einreichung beträgt einen Monat ab Bekanntgabe der Untersagungsverfügung.

Im Klageverfahren werden die Gerichtsgebühren grundsätzlich mit dem Eingang der Klageschrift beim VG fällig. Je nach dem durch das VG festzusetzenden Streitwert können sie zwischen 2.000 und 10.000 € betragen.

Aufgrund des in § 14 Abs. 3 ROG gesetzlich angeordneten Ausschlusses der aufschiebenden Wirkung einer möglichen Klage bleibt die Untersagung trotz Anfechtungsklage wirksam und ist durch den LK TF zu befolgen. Um die aufschiebende Wirkung der Klage im Sinne von § 80 Abs. 1 VwGO anzuordnen, ist neben der Anfechtungsklage ein Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 i.V.m. § 80 Abs. 2 Ziff. 3 VwGO beim VG statthaft. Eine Fristsetzung hierfür gibt es nicht.

Die Erfolgsaussichten eines solchen gerichtlichen Antragsverfahrens sind derzeit nicht abschätzbar. Ausschlaggebend für die Entscheidung des Gerichts wird sein, ob ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der angefochtenen Untersagungsverfügung bestehen.

Konsequenz bei Verhinderung der Wirksamkeit der Untersagung ist, dass mit Beschlussfassung des Kreistages zum LSG (und dessen Bekanntmachung) vor der Genehmigung des Regionalplanes, der RP voraussichtlich nicht genehmigt werden kann. Denn die nun geänderte Rechts- und Sachlage durch das bekanntgemachte LSG ist bei der Regionalplangenehmigung durch die GL zu berücksichtigen. Dies führt wahrscheinlich dazu, dass die Regionalplangenehmigung so spät erfolgt, dass bereits bestehende Untersagungsverfügungen für Genehmigungsverfahren zu einzelnen Windkraftanlagen (aktuell 17) auslaufen und die entsprechenden Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) für Windkraftanlagen (WKA) außerhalb der im RP vorgesehenen WEG ggf. fortgeführt werden.

Dies gilt unter der Voraussetzung, dass die GL nicht von möglichen Verlängerungen der Untersagung im Genehmigungsverfahren um ein weiteres Jahr Gebrauch macht (§ 14 Abs. 2 S. 3 ROG) und ggf. ihrerseits Rechtsmittel im Hinblick auf das geplante LSG einlegt.

Insgesamt wurde unter Hinweis auf den in Aufstellung befindlichen Regionalplan für eine Vielzahl von WKA die Prüfung von Untersagungsverfahren angekündigt. Auch dadurch z. T. ausgelöste Antragsrücknahmen belegen die steuernde Wirkung des RP.

Bleibt der UNB durch das wirksame Einlegen der Rechtsmittel in den nächsten Monaten Zeit und Raum das Unterschutzstellungsverfahren fortzusetzen, sind in der Abwägung zwei zwischenzeitlich eingetretene Aspekte zu beachten.

Zum einen hat der RP seit Dezember 2014 durch den Beschluss der Regionalversammlung Havelland – Fläming Satzungscharakter, seine Inhalte sind als verfestigte Ziele der Raumordnung bei raumplanerisch wirksamen Planungen (wie einem Unterschutzstellungsverfahren) zu beachten.

Während bisher die Bemühungen des Landkreises dahin gingen, lokal bezogen der Schutzwürdigkeit des Gebietes durch die Ausweisung als LSG entsprechendes Gewicht gegenüber das Gebiet beeinträchtigende Planungen zu verschaffen, steht nunmehr in der Abwägung über die Einwendungen im Schutzgebietsverfahren der gesamte RP mit seinen verfestigten raumordnerischen Zielen gegenüber.

Zum anderen ist durch die UNB in der Abwägung zu beachten, dass im Zusammenhang mit der erlassenen Untersagungsverfügung der GL und anschließenden Genehmigung des RP mit dem WEG 33 die GL den Argumenten der Regionalen Planungsstelle für das WEG 33 (und damit gegen das geplante LSG) folgt. Dies auch angesichts des Schreibens der Landrätin vom 19.01.2015 an die GL, in dem der LK darum bat, die nach Auffassung des Landkreises unzureichende Abwägung zwischen LSG und WEG 33 zur Sicherung der Rechtssicherheit des RP im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum RP prüfend einzustellen.

Auch die Oberste Naturschutzbehörde im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Entwicklung (MLUL) vertritt eine vergleichbare Auffassung wie die GL, wenn ein Einvernehmen zur Untersagungsverfügung der GL hergestellt wurde. Bereits in seiner Stellungnahme zum RP hat das MLUL im Gegensatz zu einigen anderen Gebieten das WEG 33 nicht mehr strittig gestellt.

Diese Einschätzung des materiellen Gehaltes eines künftigen RP lässt sich ferner auch an der Bedeutung ablesen, die die GL diesem gegenüber anderen kommunalen Planungen im LK TF einräumt. So wurde auf Grundlage des RP bereits die Durchführung von drei Untersagungsverfügungen zu Flächennutzungsplänen geprüft sowie für zwei verfügt.

Diesen Voten der Landesbehörden in Bezug auf die erteilte Untersagungsverfügung müsste der Landkreis in den Verfahren vor dem Verwaltungsgericht bei eingelegten Rechtsmitteln sowohl mit fachlichen wie auch vor allem juristischen fundierten Argumentationen begegnen. Dies bedarf einer arbeitsintensiven Auseinandersetzung mit den einzelnen Darlegungen der Landesbehörden und der Einwendungen im Unterschutzstellungsverfahren (notwendige juristische Argumentationen in Form einer umfassenden Abwägung mit den naturschutzrechtlichen- und raumordnerischen Aspekten). Sie geht deutlich über eine übliche Bearbeitung in naturschutzrechtlichen Unterschutzstellungsverfahren hinaus und ist mit den vorhandenen personellen Ressourcen nicht zu bewältigen.

Folgen die gerichtlichen Entscheidungen den Betrachtungen der Abwägung im RP, den Gründen zur Untersagung seitens der GL und den vorgetragenen Einwendungen im LSG-Verfahren, könnte die Fortsetzung des LSG-Verfahrens als Verhinderungsplanung interpretiert werden. Entsprechende Amtshaftungsansprüche sind bereits angemeldet worden (Einwendung im LSG-Verfahren).

Angesichts dieser Komplexität der Aufgabenstellung und des damit verbundenen zeit- und rechtsintensiven Arbeitsaufwandes in den Gerichtsverfahren bei Einlegung der Rechtsmittel als auch innerhalb der Abwägung im LSG-Verfahren wäre eine spezialisierte Anwaltskanzlei mit der Durchführung der anstehenden gerichtlichen Verfahren zu beauftragen. Die hierbei entstehenden Kosten übersteigen die für solche Fälle geplante Summe im Haushalt 2015 deutlich.

Mit einer Beschlussfassung zum weitergeführten LSG ohne Wirksamkeit der Untersagungsverfügung ist allein wegen des Bearbeitungsaufwandes frühestens im Kreistag am 07. Dezember 2015 zu rechnen.

mögliche Alternative in beiden Fällen („Teil-LSG“):

Mit genehmigtem RP ist gemäß § 9 Abs. 2 BbgNatSchAG i. V. m. § 22 Abs. 3 Satz 3 BNatSchG die Veränderungssperre ganz oder teilweise für die Bereiche aufzuheben, in denen die Voraussetzungen für eine LSG-Ausweisung nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang gegeben sind.

Die Veränderungssperre wäre danach zumindest hinsichtlich der Errichtung von WKA im WEG 33 aufzuheben. Genehmigungen für WKA könnten in diesem Gebiet erfolgen.

Im verbleibenden Gebiet des geplanten LSG lägen die Voraussetzungen zur Unterschutzstellung in Form der Arten- und Biotopausstattung, der naturschutzfachlichen Würdigung der Landschaftszusammenhänge (und des Landschaftsbildes), des Biotopverbundes sowie der Erholungsnutzung und des Naturerlebens entsprechend des Schutzwürdigkeitsgutachtens auch weiterhin vor. Das Unterschutzstellungsverfahren könnte für dieses Teilgebiet des bisher geplanten LSG fortgesetzt werden.

Allerdings führt die teilweise Aufhebung der Veränderungssperre für die Fläche des WEG 33 dazu, dass ca. die Hälfte der beabsichtigten Schutzgebietsfläche (nahezu der gesamte Süd- und Mittelteil) verloren geht. Dadurch ist die Bewahrung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit, insbesondere der Unzerschnittenheit und des großflächigen Zusammenhangs des eiszeitlich geformten und durch land- und forstwirtschaftliche sowie militärische Nutzung geprägten Landschaftsausschnittes (ein wesentlicher Punkt des Schutzzweckes für das gesamte LSG) nicht mehr gegeben.

Die Weiterführung des Unterschutzstellungsverfahrens für einen Teil des bisher geplanten LSG bedarf gleichermaßen einer tiefergehenden juristischen Prüfung.

Fazit

Die Einlegung der Rechtsmittel

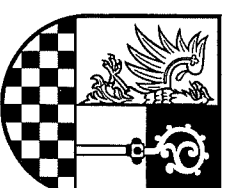
- garantiert nicht den Erfolg der Durchsetzung des LSG gegenüber der planerischen Grundlage zur Errichtung von Windkraftanlagen (RP) im Gebiet des geplanten LSG;
- erfordert erhebliche Kosten bei Gericht, für die juristische Begleitung der Gerichtsverfahren und der Abwägungen im Unterschutzstellungsverfahren, die im Haushalt derzeit nicht geplant sind und
- verzögert oder verhindert die ordnende Planungsgrundlage eines großräumigen Regionalplanes für den Landkreis Teltow - Fläming.

Damit ist der Verzicht auf die Einlegung von Rechtsmitteln die zu favorisierende Empfehlung.

Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

Durchschrift



Kreisverwaltung Teltow-Fläming • Am Nuthelließ 2 • 14943 Luckenwalde

Gemeinsame Landesplanungsabteilung

Dezernat III
Umweltamt / Naturschutz
Dienstgebäude: Am Nuthelließ 2

Postfach 600752
1441 Potsdam

Auskunft: Herr Zimmermann/Frau Sommerer
Zimmer: B2-3-03
Telefon: 03371 608-2503
Telefax: 03371 608-9170
E-Mail: Rainer.Zimmermann@teltow-flaeming.de *
Datum: 03. März 2015
Aktenz.: 376/15/672/3-22/zi

Stellungnahme zur beabsichtigten Untersagung des Verfahrens zur Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“

hier: Ihr Schreiben vom 11.02.2015

Planerische Voraussetzungen und Bindungen in Bezug auf das Ausweisungsverfahren zur geplanten Unterschutzstellung des Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“

Sehr geehrter Herr Gothe,

der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming beschloss auf seiner Sitzung am 13.12.2010 die Beantragung der Befugnisübertragung zur Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche - Zossener Heide“ gemäß § 26 Bundesnaturschutzgesetz.

In seiner Sitzung am 18.06.2012 beschloss der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming auf der Grundlage der 8. Verordnung zur Übertragung der Befugnis für den Erlass von Rechtsverordnungen zur Festsetzung von Landschaftsschutzgebieten vom 18.04.2012, die untere Naturschutzbehörde mit der Eröffnung des Schutzgebietsverfahrens für das geplante Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“ zu beauftragen.

Im ersten Beteiligungsverfahren vom 11.06.2012 zum Entwurf des Regionalplanes (Kriterienkatalog des Regionalplanes verbietet die Ausweisung von WEG, in bereits „einstweilig sichergestellten Schutzgebieten), informierte der Landkreis die regionale Planungsstelle über die beabsichtigte Unterschutzstellung des Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“.

Diesem Beteiligungsverfahren folgte die Stellungnahme des Landkreises vom 28.08.2012 zum 1. Entwurf des Regionalplanes mit der Aussage, dass das WEG 33 abgelehnt wird, da für diesen Bereich der Landkreis die Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiet beabsichtigt.

Unter Abwägung und Kenntnis des Planungsstandes zum 1. Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 beauftragte der Kreistag mit Beschluss vom 27.03.2013 die untere Naturschutzbehörde das Verfahren zur einstweiligen Sicherstellung des geplanten Landschaftsschutzgebiets entsprechend § 22 Bundesnaturschutzgesetz durchzuführen.

* Die genannte E-Mail Adresse dient nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung
Öffnungszeiten:
Montag und Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 15:00 Uhr
Donnerstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 17:30 Uhr
Freitag 09:00 - 12:00 Uhr
Telefon: 03371 608-0
Telefax: 03371 608-9100
USHdNr.: DE162693998
Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam
Glaübiger-ID: DE 87 LTF 000 002 134 52
BIC: MIELADED1PMH
IBAN: DE86 1605 0000 3633 0275 98

Einzelne Beratungsdienste haben andere Öffnungszeiten. Diese erfahren Sie über die Telefonzentrale oder im Internet.
Sie können Ihr Anliegen nach Absprache mit dem Mitarbeiter auch Mo, Di, Mi, Do bis 19:00 Uhr und Fr bis 16:00 Uhr in der Kreisverwaltung erledigen.

Internet: <http://www.teltow-flaeming.de>

Zu diesem Zeitpunkt war festzustellen, dass der Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 vom 26.04.2012 unter Punkt 3.2. (Windenergienutzung) ein Windeignungsgebiet Nr. 33 die „Wünsdorfer Heide“ ausweist. Das Areal des geplanten Windeignungsgebiets Nr. 33 ist zum übergroßen Teil Bestandteil des durch den Landkreis geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“. Entsprechend des 1. Entwurfes des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 formierten sich konkrete Planungsabsichten (hier Windkraftnutzung), die die geplante Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes in Frage stellen könnten. Gemäß der in Punkt 4.3.2 des 1. Entwurfes des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 (Windenergienutzung nach Planelement 3.2) formulierten Kriteriumnummer 3.2.1.1.6, wäre eine beabsichtigten Nutzung zur Windkrafterzeugung nur durch die Ausweisung oder die „einstweilige Sicherstellung“ als Landschaftsschutzgebiet auszuschließen.

Mit der beabsichtigten Planung von Windkraftanlagen in dem geplanten Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“ und deren möglicher Umsetzung wären auch gravierende Folgen für die artenschutzrechtlichen Belange zu erwarten.

Die einstweilige Sicherstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes erfolgte dann mit Verfügung des Landrates am 26.06.2013.

Parallel erfolgte gemäß Kreistagsbeschluss am 06.12.2012 die Beauftragung eines Fachbüros zur Erstellung eines Schutzwürdigkeitsgutachtens zur Beurteilung der Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit des geplanten und einstweilig sichergestellten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“. Dieses Gutachten liegt der unteren Naturschutzbehörde seit dem 28.02.2014 vor (steht zur Einsicht zur Verfügung).

Dieses Schutzwürdigkeitsgutachten kommt zu den fachlich begründeten Aussagen, dass sowohl eine Schutzwürdigkeit und auch eine hohe Schutzbedürftigkeit des geplanten Landschaftsschutzgebietes vollumfänglich vorliegen. Die wesentlichen Voraussetzungen für eine naturschutzrechtliche Unterschutzstellung sind damit gegeben. Maßgeblich für den Wert des künftigen Landschaftsschutzgebietes sind dabei die Größe, Unzerschnitttheit und Störungsarmut dieses sehr vielgestaltigen Landschaftsraumes. Die Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes dient somit der hohheitlichen Sicherung einer im Landesmaßstab bedeutenden Kernfläche des Naturschutzes, deren Schutzbedürftigkeit anhand der Arten- und Biotopausstattung, der Bedeutung für den Biotop- und Schutzgebietsverbund und des Potenzials für Erholung und Naturerleben gutachterlich belegt wurde.

Am 09.12.2013 erfolgte durch die regionale Planungsstelle das Beteiligungsverfahren zum 2. Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020. Der Kriterienkatalog des 2. Entwurfes des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 verbietet nun nicht mehr die Ausweisung von WEG in bereits „einstweilig sichergestellten“ Landschaftsschutzgebieten.

Die Stellungnahme des Landkreises zum 2. Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 weist auf das einstweilig gesicherte Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“ hin.

Durch Beschluss des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming vom 28.04.2014 wurde die Verwaltung, in Kenntnis des parallel laufenden Verfahrens des 2. Entwurfes zur Aufstellung des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, aufgefordert, das Ausweisungsverfahren zur Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes fortzuführen.

In der dem Landkreis Teltow-Fläming vorliegenden Abwägung zum 2. Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 zur Schutzwürdigkeit des geplanten Landschaftsschutzgebietes musste die untere Naturschutzbehörde aus fachlicher und rechtlicher Sicht und auf Grund der

Beschlusslage des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming, auf die bisherigen Stellungnahmen verweisen (siehe Aussagen Schutzwürdigkeitsgutachten zum geplanten Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“ und vorliegende Beschlüsse des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming). Der Abwägung konnte aus naturschutzrechtlicher und - fachlicher Sicht nicht zugestimmt werden.

Die rechtliche Wirkung der nach § 22 Bundesnaturschutzgesetz erfolgten „einstweiligen Sicherstellung“ des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“ ist nach derzeitiger Einschätzung der unteren Naturschutzbehörde durch die Abwägung des 2. Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 nicht nachvollziehbar dargestellt (Veränderungssperre und Verbote in der Verfügung zur einstweiligen Sicherstellung werden nicht betrachtet, eine Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Schutzwürdigkeitsgutachten für das geplante Landschaftsschutzgebiet fehlt).

Im Rahmen des Verfahrens zum 2. Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 wurde die erforderliche Abstimmung entsprechend Erlass des MUGV vom 01.11.2011 zur „Beachtung naturschutzfachlicher Belange bei der Ausweisung von Windleignungsgebieten und der Genehmigung von Windenergieanlagen“, Punkt 3 Abs. 4 zwischen der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming und dem Verordnungsgeber nicht vorgenommen.

Seitens des Landkreises wurde auf die insgesamt mangelnde Auseinandersetzung mit der einstweiligen Sicherstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche-Zossener Heide“ und generell zum geplanten Landschaftsschutzgebiet unter Bezug auf das vorliegende Schutzwürdigkeitsgutachten im Oktober 2014 hingewiesen. Selbst der seitens der Regionalen Planungsgemeinschaft zusammengestellte und dem Landkreis vorab zur Kenntnis gegebene Entwurf einer Auseinandersetzung mit den Schutzwürdigkeitsaspekten des Schutzwürdigkeitsgutachtens für das geplante Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche-Zossener Heide“, findet sich in den Abwägungsvorschlägen in Vorbereitung der beschließenden Regionalversammlung zum 16.12.2014 nicht wieder.

61

Die Abwägung zum 2. Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 folgt in seiner Argumentation lediglich der technischen Beurteilung einer möglichen Beeinträchtigung des betroffenen Landschaftsraumes, nicht der naturschutzfachlichen (siehe Schutzwürdigkeitsgutachten zum geplanten Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“, § 26 Bundesnaturschutzgesetz).

Somit wurde seitens des Landkreises Teltow-Fläming zum einen ein entsprechender Beschlussantrag¹ in die Regionalversammlung eingebracht. Die Mitglieder der Regionalen Planungsversammlung des Landkreises Teltow-Fläming haben dem Abwägungsvorschlag zum WEG 33 nicht zugestimmt. Zum anderen wurde ein entsprechendes Schreiben an die Genehmigungsbehörde (siehe Schreiben des Landkreises Teltow-Fläming vom 19.01.2015 an die Gemeinsame Landesplanungsabteilung) gefertigt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass nach dem Beteiligungsverfahren zum 1. Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 dieser überarbeitet wurde und ein erneutes Beteiligungsverfahren zu einem 2. Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 2020 erfolgte. In diesem 2. Verfahren hätte nach Ansicht der unteren Naturschutzbehörde eine rechtliche Würdigung der einstweiligen Sicherstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“ auf der Grundlage des der unteren Naturschutzbehörde vorliegenden Schutzwürdigkeitsgutachten zum geplanten Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“ zum einen und zum anderen eine entsprechende Abstimmung mit der zuständigen Naturschutzbehörde laut Erlasses des MUGV² vom 01.01.2011 erfolgen müssen (siehe Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde zum 2. Entwurf des Regionalplanes

¹ „Den bei der Genehmigungsbehörde einzureichenden Unterlagen ist bezüglich des Windleignungsgebietes WEG Nr. 33 „Wünsdorfer Heide“ das Dokument zur Auseinandersetzung mit dem Schutzwürdigkeitsgutachten für die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Wierachteiche-Zossener Heide“ beizufügen.“

² „Beachtung naturschutzfachlicher Belange bei der Ausweisung von Windleignungsgebieten und der Genehmigung von Windenergieanlagen“

Havelland-Fläming 2020). Entsprechend der Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) ist hier jedoch das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, LUGV – RS 7) verantwortlich. Dem zu Folge wurde die Teilnahme eines Vertreters dieser Behörde zum Termin am 06. März 2015 von Dr. Fechner angeregt (siehe E-Mail vom 12.02.2015).

Aktuell ist darauf zu verweisen, das in der Zeit vom 16. Februar 2015 bis zum 16. März 2015 gemäß § 9 Abs. 2 Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz die öffentliche Auslegung der Entwürfe der Rechtsverordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“ stattfindet.

Die Beteiligung der Träger der öffentlichen Belange gemäß § 9 Abs. 1 Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz erfolgte bereits in der Zeit vom 09. Dezember 2014 bis zum 30. Januar 2015.

Unter Bezug auf die aktuellen Verfahrensstände des laufenden Ausweisungsverfahrens zur Unterschutzstellung des Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“ ist anzumerken, dass das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in seiner Stellungnahme vom 15.05.2013 im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zu einseitwilligen Sicherstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche –Zossener Heide“ bzw. in seiner Stellungnahme vom 30.1.2015 im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur Festsetzung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“, das geplante Ausweisungsverfahren begrüßt.

In seiner Stellungnahme vom 15.05.2013 zur einseitwilligen Sicherstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche –Zossener Heide“ weist das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ebenfalls darauf hin, dass die Firma OKOTEC plant, 28 Windenergieanlagen auf dem Gebiet des geplanten Landschaftsschutzgebiet zu errichten. Das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz weist jedoch auch darauf hin, dass nach bisherigem Erkenntnisstand die Umsetzung dieses Vorhabens aus naturschutzfachlicher Sicht nicht unproblematisch ist.

Weder das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in Bezug auf die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur einseitwilligen Sicherstellung (2013) noch das Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft in Bezug auf die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur geplanten Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes (2015) hat sich zu planerischen Vorbehalten geäußert.

Im Rahmen dieses naturschutzrechtlichen Ausweisungsverfahrens bleibt festzustellen, dass erst im Anschluss an die öffentliche Auslegung der Entwürfe der Rechtsverordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“, eine rechtliche Abwägung der eingegangenen Bedenken und Hinweise durch die untere Naturschutzbehörde vorgenommen wird.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



Dr. Fechner
Amtsleiter



Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

VORLAGE

Nr. 5-2354/15-LR/1

für die ö f f e n t l i c h e Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Ausschuss für Wirtschaft	15.04.2015
Ausschuss für Wirtschaft	03.06.2015
Haushalts- und Finanzausschuss	22.06.2015
Ausschuss für Wirtschaft	02.09.2015
Rechnungsprüfungsausschuss	08.09.2015
Kreistag	21.09.2015

Betr.: Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Teltow-Fläming

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Teltow-Fläming.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Luckenwalde, den 10.06.2015

Wehlan

Sachverhalt:

Gemäß § 98 der Brandenburger Kommunalverfassung hat der Landkreis zur Steuerung seiner Beteiligungen eine mit hierzu qualifiziertem Personal ausgerichtete Stelle eingerichtet. Diese hat als eine ihrer Hauptaufgaben die Steuerung der Beteiligungen zur Erreichung strategischer und finanzieller Ziele des Landkreises zu bearbeiten.

Die Beteiligungsrichtlinie soll als Grundlage für diese Arbeit dienen und eine hohe Qualität sichern.

Die derzeit gültige Beteiligungsrichtlinie vom 13.09.2010 (4-0690/10-LR), geändert am 01.11.2010 bedurfte einer Überarbeitung.

Die CDU-Kreistagsfraktion stellte Ende 2014 den Antrag (5-2130/14-KT) für mehr Transparenz, Steuerung und Kontrolle im Umgang mit den kreisbeteiligten Unternehmen zu sorgen. Diesen Antrag lehnte der Kreistag mit Beschluss vom 15.12.2014 ab. Der Kreistag beauftragte jedoch die Landrätin unter anderem, die Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Teltow-Fläming zu überarbeiten und bis zum September 2015 einen entsprechenden Beschlussvorschlag in den Kreistag einzubringen. Dabei sind in der Richtlinie insbesondere Festlegungen zu Nebentätigkeiten der Geschäftsführung, Mehrausgaben bei einzelnen Investitionsvorhaben, freiwilligen Zuwendungen, Geschäften der Gesellschaft mit Aufsichtsratsmitgliedern, Risikogeschäften und Abweichungen von beschlossenen Wirtschaftsplänen zu treffen.

Der Ausschuss für Wirtschaft hat am 15.04.2015 den ersten Entwurf der Beteiligungsrichtlinie diskutiert. Vorschläge des Ausschusses, der Fraktionen und der Verwaltung sind in der beiliegenden Fassung aufgenommen.



Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

VORLAGE

Nr. 5-2354/15-LR

für die ö f f e n t l i c h e Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Ausschuss für Wirtschaft
Ausschuss für Wirtschaft
Kreistag

15.04.2015
03.06.2015
21.09.2015

Betr.: Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Teltow-Fläming

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Teltow- Fläming.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Luckenwalde, den 26.03.2015

Wehlan

Sachverhalt:

Gemäß § 98 der Brandenburger Kommunalverfassung hat der Landkreis zur Steuerung seiner Beteiligungen eine mit hierzu qualifiziertem Personal ausgerichtete Stelle eingerichtet. Diese hat als eine ihrer Hauptaufgaben die Steuerung der Beteiligungen zur Erreichung strategischer und finanzieller Ziele des Landkreises zu bearbeiten.

Die Beteiligungsrichtlinie soll als Grundlage für diese Arbeit dienen und eine hohe Qualität sichern.

Die derzeit gültige Beteiligungsrichtlinie vom 13.09.2010 (4-0690/10-LR), geändert am 01.11.2010 bedurfte einer Überarbeitung.

Die CDU-Kreistagsfraktion stellte Ende 2014 den Antrag (5-2130/14-KT) für mehr Transparenz, Steuerung und Kontrolle im Umgang mit den kreisbeteiligten Unternehmen zu sorgen. Diesen Antrag lehnte der Kreistag mit Beschluss vom 15.12.2014 ab. Der Kreistag beauftragte jedoch die Landrätin unter anderem, die Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Teltow-Fläming zu überarbeiten und bis zum September 2015 einen entsprechenden Beschlussvorschlag in den Kreistag einzubringen. Dabei sind in der Richtlinie insbesondere Festlegungen zu Nebentätigkeiten der Geschäftsführung, Mehrausgaben bei einzelnen Investitionsvorhaben, freiwilligen Zuwendungen, Geschäften der Gesellschaft mit Aufsichtsratsmitgliedern, Risikogeschäften und Abweichungen von beschlossenen Wirtschaftsplänen zu treffen.

Dem Beschluss folgend, erarbeitete das Beteiligungsmanagement sowohl einen Überarbeitungsvorschlag als auch eine Synopse und bringt diese frühzeitig in den federführenden Ausschuss für Wirtschaft ein.

Anlagen

Überarbeitungsvorschlag

Synopse

Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Teltow-Fläming

Stand: 21.05.2015

Inhalt

Präambel	3
1 Aufgaben und Ziele der Beteiligungsrichtlinie	3
2 Akteure und deren Zuständigkeiten.....	4
2.1 Eigentümerebene	4
2.1.1 Kreistag.....	4
2.1.2 Ausschuss für Wirtschaft.....	4
2.1.3 Haushalts- und Finanzausschuss.....	4
2.1.4 Landrätin	4
2.1.5 Beteiligungsmanagement	5
2.1.6 Kämmerei	6
2.1.7 Rechnungsprüfungsamt	6
2.1.8 2.1.8 Wirtschaftsprüfer	7
2.2 Unternehmensebene	7
2.2.1 Gesellschafterversammlung	7
2.2.2 Aufsichtsrat (Werksausschuss)	7
2.2.3 Geschäftsführung	8
3 Steuerung der kreislichen Beteiligungen (Beteiligungsmanagement).....	9
3.1 Zielvereinbarungen	9
3.2 Wirtschaftsplan	10
3.3 Unterjähriges Berichtswesen – Quartalsberichte	10
3.4 Risikoberichte	11
3.5 Jährliches Berichtswesen	11
3.6 Portfoliomanagement.....	11
4 Inkrafttreten.....	11
Anlage I.....	12
Regelungen zur Bestellung/Wiederbestellung von Geschäftsführern sowie zur Ausgestaltung der Verträge	12
1. Bestellung und Wiederbestellung von Geschäftsführern	12
2. Inhaltliche Ausgestaltung von Geschäftsführerverträgen.....	12
3. Nebentätigkeiten von Geschäftsführern	12
Anlage II.....	13
Vertragsbeziehungen und Rechtsgeschäfte zwischen Organen der Gesellschaft und der Gesellschaft.....	13
1. Beraterverträge für ausscheidende oder ausgeschiedene Geschäftsführer.....	13
2. Sonstige Vertragsbeziehungen/ Rechtsgeschäfte	13
Anlage III:.....	13
Jubiläen und Abschiedsfeiern.....	13
Anlage IV	14
Dienstwagenregelung.....	14
1. Generelles	14
2. Geschäftsführer:	14
3. Dienstwagennutzung unterhalb der Geschäftsführebene:	14
Anlage V	14
Regelungen zum Aufsichtsrat.....	14
1. Grundsätzliches	14
2. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat	15
3. Aufgaben	15
4. Entsendung/ Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder	16
5. Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsratsvorsitzenden	16
6. Zusammensetzung des Aufsichtsrats.....	17
7. Vergütung	17
8. Interessenkonflikte.....	18
Anlage VI	18
Sponsoring und Anti-Korruptionsregelungen	18

Präambel

Der Landkreis Teltow-Fläming ist Gemeindeverband und Gebietskörperschaft. Er erfüllt in seinem Gebiet in eigener Verantwortung alle die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Ämter, Städte und Gemeinden übersteigenden öffentlichen Aufgaben. Er fördert insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebietes zum Wohle der Einwohner.

Seine Aufgaben erfüllt der Landkreis auch in Form der wirtschaftlichen Betätigung über seine Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen gemäß § 92 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf).

Als Gesellschafter ist er unmittelbar oder mittelbar an Unternehmen in den Bereichen Strukturentwicklung, Verkehr, Gesundheitsvorsorge- und Gefahrenabwehr, Wirtschafts- und Arbeitsförderung beteiligt. Weitere könnten bei entsprechendem politischen Willen dazu kommen. Mit ihren Dienstleistungen erbringen die Unternehmen einen wichtigen kommunalen Beitrag. Ein erfolgreiches Agieren der Unternehmen erfordert ein gutes Zusammenspiel zwischen dem Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming, dem Kreistag, den Ausschüssen des Kreistages, den Mitgesellschaftern, den Aufsichtsräten und den Geschäftsführern der Unternehmen.

Der Landkreis definiert die Aufgaben der Unternehmen, formuliert die damit verbundenen Ziele und stellt die notwendigen finanziellen Mittel bereit. Der Geschäftsführung obliegt es, das Unternehmen in eigener Verantwortung so zu führen, dass die Ziele des Landkreises erreicht werden. Sie wird dabei, soweit vorhanden, vom Aufsichtsrat überwacht und ist ihm gegenüber informationspflichtig. Bei wichtigen Geschäften entsprechend der jeweiligen Satzung erteilt er seine Zustimmung bzw. gibt gegenüber dem Gesellschafter Beschlussempfehlungen ab. An diesem Prinzip der „verteilten Verantwortung“ knüpft die Beteiligungsrichtlinie an und formuliert Grundsätze für die Zusammenarbeit.

1 Aufgaben und Ziele der Beteiligungsrichtlinie

Die Aufgabe der Richtlinie ist es, die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Beteiligungen transparent zu regeln. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten werden abgegrenzt und an den Schnittstellen aufeinander abgestimmt.

Die Beteiligungsrichtlinie soll sicherstellen, dass der Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming seine Gesellschafterziele erreicht. Neben kommunalpolitischen Zielen (Leistungszielen) verfolgt der Landkreis auch wirtschaftliche Ziele (Finanzziele).

Die Beteiligungsrichtlinie gilt für alle Eigengesellschaften des Landkreises. Bei Minderheitsbeteiligungen des Landkreises ist eine Anwendung der Beteiligungsrichtlinie anzustreben.

Ebenso soll die Beteiligungsrichtlinie sinngemäß für den Eigenbetrieb des Landkreises sowie für alle weiteren gemäß § 92 BbgKVerf möglichen Unternehmensformen gelten.

Diese Richtlinie gilt nicht für Zweckverbände, Stiftungen und Vereine.

2 Akteure und deren Zuständigkeiten

Die wirtschaftlichen Betätigungen des Landkreises werden durch verschiedene Akteure gelenkt und getragen. Dies sind

- die Eigentümerebene des Landkreises Teltow-Fläming mit dem Kreistag, dem Ausschuss für Wirtschaft, dem Haushalts- und Finanzausschuss, der Landrätin, dem Beteiligungsmanagement, dem Fachbereich Kämmerei und dem Rechnungsprüfungsamt.
- die Unternehmensebene mit der Gesellschafterversammlung, ggf. dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung (Werkleitung).

2.1 Eigentümerebene

2.1.1 Kreistag

Der Kreistag ist für alle nach § 28 BbgKVerf und § 97 BbgKVerf zugewiesenen Aufgabenausschließlichen zuständig (z.B. Gründung, Übernahme, Auflösung und Veräußerung von Unternehmen i.S.d. § 92 Abs. 2 Nr. 4 BbgKVerf oder Umwandlung der Rechtsform). Der Kreistag beschließt die Beteiligungsrichtlinie und die Zielvereinbarungen für die einzelnen Beteiligungen. Er bestellt aus seinen Reihen Vertreter in die Aufsichtsräte von Unternehmen, an denen der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist. Der Kreistag kann von dem Vertreter des Landkreises nach § 97 Abs. 1 BbgKVerf jederzeit Auskunft verlangen und ihm Weisungen erteilen.

2.1.2 Ausschuss für Wirtschaft

Der Ausschuss für Wirtschaft berät den Kreistag und die Kreisverwaltung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen des Landkreises.

Er gibt Empfehlungen:

- zur Steuerungsintensität einzelner Beteiligungen
- zu Zielvereinbarungen
- zum Portfoliomanagement.

Zur Wahrung der Vertraulichkeit von Gesellschaftsinterna erfolgt die Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistags durch den Ausschuss für Wirtschaft in nichtöffentlicher Sitzung, soweit hierzu die Voraussetzungen des § 36 (2) BbgKVerf vorliegen.

2.1.3 Haushalts- und Finanzausschuss

Der Haushalts- und Finanzausschuss berät den Kreistag und die Kreisverwaltung hinsichtlich der finanziellen Bestandteile der Zielvereinbarungen.

Zur Wahrung der Vertraulichkeit von Gesellschaftsinterna erfolgt die Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistags durch den Haushalts- und Finanzausschuss in nichtöffentlicher Sitzung, soweit hierzu die Voraussetzungen des § 36 (2) BbgKVerf vorliegen.

2.1.4 Landrätin

Die Landrätin vertritt den Landkreis gemäß § 97 Abs. 1 BbgKVerf in der Gesellschafterversammlung und gemäß § 97 Abs. 2 BbgKVerf im Aufsichtsrat. Sie kann

einen Bediensteten der Kreisverwaltung mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben dauerhaft betrauen.

Die Landrätin informiert den Kreistag regelmäßig im Sinne des § 97 Abs. 7 BbgKVerf über wichtige Angelegenheiten der wirtschaftlichen Beteiligungen. Die Themen der Gesellschafterversammlungen werden den Kreistagsmitgliedern in Form der von den Unternehmen an den Landkreis übersandten und von diesem weitergeleiteten Einladungen bekannt gegeben. Nachfragen Abgeordneter zu den Tagesordnungspunkten werden vom Beteiligungsmanagement im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben beantwortet.

2.1.5 Beteiligungsmanagement

Das Beteiligungsmanagement ist das interne Kontrollorgan der Verwaltung zwischen dem Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming und den Unternehmen. Seine Aufgaben sind in § 98 BbgKVerf festgelegt. Dem Beteiligungsmanagement obliegt dabei u.a.

- die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften des Kapitels 3 der BbgKVerf durch die Unternehmen
- die konzeptionelle Entwicklung und Pflege der kreislichen Standards für die kreislichen Beteiligungen. Dies gilt insbesondere für die Beteiligungsrichtlinie und die Erarbeitung einer Grundstruktur für die Geschäftsführungsverträge und Gesellschaftsverträge
- die Steuerung der Beteiligungen zur Erreichung strategischer und finanzieller Ziele der Gemeinde
- die Betreuung, Unterstützung und Beratung der Vertreter der Gemeinde in den Organen der Unternehmen in Angelegenheiten von grundsätzlicher rechtlicher oder finanzieller Bedeutung sowie die Gewährleistung ihrer entsprechenden Qualifizierung

Beim Beteiligungsmanagement wird auch die Beteiligungsakte geführt. Die Beteiligungsakte besteht aus folgenden Bestandteilen:

- wesentliche Vertragswerke (Gesellschaftsvertrag, Geschäftsordnung, Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, Anstellungsvertrag des Geschäftsführers nebst Anlagen). Dabei sind Personalakten aus Datenschutzgründen gesondert zu führen.
- Unterlagen der Gesellschafterversammlung (Einladungen, Tagesordnungen, Vorbereitungen der Tagesordnungen, Beschlüsse, Niederschriften etc.)
- Aufsichtsratsunterlagen (Einladungen, Tagesordnungen, inkl. Anlagen, Vorbereitungen der Tagesordnungen für die Mandatsträger, Sitzungsniederschriften etc.)
- Berichtswesen (Wirtschafts- und Finanzpläne, jährliches und unterjähriges Berichtswesen, Risikoberichte, Prüfungsberichte etc.)
- laufende Vorgänge.

Die Beteiligungsverwaltung hat ein aktives Teilnahmerecht an den Sitzungen der Gesellschaftsgremien. An Gesprächen von Geschäftsführern mit der Landrätin bzw. mit der Aufgabenwahrnehmung dauerhaft betrauten Personen soll die Beteiligungsverwaltung teilnehmen.

Für mittelbare Beteiligungen nimmt das Beteiligungsmanagement in dem Maße die Beteiligungsverwaltung und das Beteiligungscontrolling wahr, wie dies für den Landkreis möglich und sinnvoll ist.

Bei Unternehmen, an welchen der Landkreis unmittelbar seine Anteile hält, ist der Wirtschaftsplan beim Beteiligungsmanagement in Vorbereitung der Haushaltsplanung des

Landkreises termingerecht einzureichen. Bei Wirtschaftsplänen von Unternehmen, welche darüber hinaus Zuschüsse, Zuwendungen oder Leistungsentgelte aus dem Haushalt des Landkreises erhalten, stellt das Beteiligungsmanagement die Abstimmungen mit der Kämmerei sicher. Im Übrigen ist das Beteiligungsmanagement in die Wirtschaftsplanung frühzeitig einzubeziehen.

Die zeitliche Planung und die Eckwerte der Erstellung des Jahresabschlusses sind mit dem Beteiligungsmanagement frühzeitig abzustimmen, um u. a. eine rechtzeitige Erstellung des Jahresabschlusses des Landkreises zu ermöglichen. Zu den Jahresabschlussgesprächen mit den Abschlussprüfern ist das Beteiligungsmanagement von den Geschäftsführungen einzuladen und kann bei diesen mitwirken.

Das Beteiligungsmanagement ist im Vorfeld an der Wahl (Vorschlag) des Abschlussprüfers beratend zu beteiligen. Es kann den Aufsichtsrat bei der Festlegung von Prüfungsschwerpunkten beraten.

Das Beteiligungsmanagement erstellt gemäß §82 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 bzw. § 83 Abs. 4 Satz 2 Nr.5 BbgKVerf in Verbindung mit § 61 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) den Beteiligungsbericht. Die Unternehmen haben bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes entsprechend mitzuwirken.

Sofern Sachverhalte im Aufgabenbereich des Beteiligungsmanagements einer Mitteilung gegenüber Ministerien des Landes Brandenburg bedürfen, erfolgt diese durch die Landrätin bzw. das Beteiligungsmanagement. Darüber hinaus ist das Beteiligungsmanagement Ansprechpartner in sämtlichen Fragen der überörtlichen Aufsicht.

Das Beteiligungsmanagement soll im Sinne des § 98 Nr. 4 BbgKVerf einen ausreichenden Informationsfluss zwischen den verschiedenen Entscheidungsträgern sicherstellen. Für die Mitglieder in den Aufsichtsgremien bereitet es die Unterlagen und Beschlussvorlagen aus den Unternehmen auf und kommentiert diese bzw. spricht Empfehlungen aus. In dieser Form erfolgt gegenüber den Mandatsträgern eine Hilfestellung bei der Vorbereitung von Entscheidungen.

Das Beteiligungsmanagement gewährt den Mandatsträgern fachliche Unterstützung sowie Beratung und sorgt gemeinsam mit den Geschäftsführungen in Abstimmung mit den Fraktionen für eine ständige Weiterbildung.

2.1.6 Kämmerei

Die Kämmerei ist für das Finanzwesen des Landkreises zuständig. Sie wird vom Beteiligungsmanagement über alle Beteiligungsvorgänge informiert, die Auswirkungen auf den Haushalt des Kreises haben. Ebenso hat die Kämmerei das Beteiligungsmanagement über veränderte Ansätze in der Haushaltsplanung sowie im Haushaltsjahr eintretende Veränderungen der Finanzsituation des Landkreises, welche Auswirkungen auf die kommunalen Unternehmen haben, zu informieren und gegebenenfalls dazu Abstimmungen vorzunehmen.

2.1.7 Rechnungsprüfungsamt

Die spezielle Bedeutung und die Befugnisse des Rechnungsprüfungsamtes als Prüfeinrichtung des Landkreises Teltow-Fläming richten sich nach § 102 Abs. 1 BbgKVerf sowie § 53 in Verbindung mit § 54 Haushaltsgrundsatzgesetz(HGrG). Die Prüfbefugnisse

sind zugleich gemäß der BbgKVerf in den Gesellschaftsverträgen verankert. Die Prüfung der Gesellschaften ist möglichst alle zwei Jahre durchzuführen.

2.1.8 Wirtschaftsprüfer

Die Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt nach den entsprechenden Regelungen des Gesellschaftsvertrages.

Der Jahresabschluss von Eigenbetrieben obliegt nach § 106 i.V.m. § 105 Abs. 3 BbgKVerf dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises. Dieses kann sich zur Durchführung der Prüfung eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bedienen.

Um eine objektive und unabhängige Prüfung sicherzustellen, sollte ein Wechsel des Wirtschaftsprüfers nach spätestens 5 Jahren erfolgen.

2.2 Unternehmensebene

2.2.1 Gesellschafterversammlung

Die Landrätin oder eine von ihr dauerhaft betraute Person ist gemäß § 97 Abs. 1 BbgKVerf der Vertreter des Landkreises Teltow-Fläming in der Gesellschafterversammlung der kreislichen Beteiligung.

Weisungsbeschlüsse des Kreistages zu bestimmten Entscheidungen in der Gesellschafterversammlung binden den Vertreter in seinem Stimmverhalten.

Die Landrätin unterrichtet den Kreistag in nichtöffentlicher Sitzung frühzeitig über die Angelegenheiten von besonderer Bedeutung. Eine Angelegenheit ist insbesondere dann von besonderer Bedeutung, wenn absehbar ist, dass von den Finanzziele der Gesellschaft in erheblichem Umfang abgewichen wird. Gemäß § 97 Abs. 7 BbgKVerf besteht die Unterrichtungspflicht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Soweit die Gesellschafterversammlungen im Einzelfall keine anderen Festlegungen treffen, nehmen an den Gesellschafterversammlungen neben dem Gesellschaftervertreter des Landkreises Teltow-Fläming (Landrätin oder ein von ihr mit der Wahrnehmung der Aufgaben Beauftragter) stimmrechtslos weiterhin die Geschäftsführung des Unternehmens und Mitarbeiter des Beteiligungsmanagement teil.

2.2.2 Aufsichtsrat (Werksausschuss)

Die Bildung eines Aufsichtsrates – bzw. eines entsprechenden Aufsichtsorgans – ist im Gesellschaftsvertrag auch bei den Unternehmen vorzusehen, für die keine gesetzliche Pflicht hierzu besteht. Davon kann abgewichen werden, wenn dies aufgrund der Größe und Aufgaben des Unternehmens nicht angemessen ist. Wird kein Aufsichtsrat gebildet, obliegen die für ihn vorgesehenen Aufgaben und Funktionen der Gesellschafterversammlung.

Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung. Dabei erstreckt sich die Überwachung auf die Ordnungsgemäßheit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung des Unternehmens. Zusammensetzung, Aufgaben und Rechte des Aufsichtsrats ergeben sich aus den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

Aufsichtsratsmitglieder sind nicht an Weisungen gebunden. Ihre Entscheidungen sind auf das Unternehmenswohl gerichtet. Soweit der Kreistag Empfehlungen abgibt, sind diese in der Entscheidung zu berücksichtigen.

Die aus dem Kreistag entsandten Aufsichtsratsmitglieder unterrichten die Landrätin frühzeitig über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, vgl. § 97 Abs. 7 Satz 1 BbgKVerf.

Dem Aufsichtsrat sollen gemäß § 97 Abs. 4 BbgKVerf jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Eignung verfügen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben durch eigene persönliche und fachliche Fort- und Weiterbildung dafür zu sorgen, dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Aufgaben erfüllen können. Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seines Mandates genügend Zeit zur Verfügung steht. Die Fraktionen des Kreistages tragen bei der Ausübung ihres Vorschlagsrechtes eine besondere Verantwortung.

Zu Beginn einer neuen Legislaturperiode bietet das Beteiligungsmanagement ein Einführungsseminar zur Wahrnehmung des kommunalen Aufsichtsratsmandates für alle durch die Fraktionen berufenen Personen in den Aufsichtsräten an. Weitere laufende Weiterbildungsmaßnahmen werden in enger Abstimmung zwischen den Geschäftsführungen, dem Beteiligungsmanagement und den Fraktionen vereinbart und vorbereitet. Sie sollen nach Möglichkeit alle zwei Jahre vom Beteiligungsmanagement angeboten werden. Die Teilnahme an den genannten Fortbildungsseminaren ist obligatorisch, soweit nicht ein sonstiger Nachweis der nach § 97 Abs. 4 BbgKVerf erforderlichen Qualifikationen der Aufsichtsratsmitglieder unzweifelhaft erbracht werden kann.

Der Aufsichtsrat soll sich auf der Basis des Gesellschaftsvertrages eine Geschäftsordnung geben.

2.2.3 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages, der Geschäftsordnung, des Anstellungsvertrages und der geltenden Beteiligungsrichtlinie zu führen. Die Geschäftsführung stellt sicher, dass sich das Unternehmen den vergaberechtlichen Vorschriften (insbesondere GWB, VOB, VOL, VOF) wie ein öffentlicher Auftraggeber unterwirft und sich bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen gemäß diesen Vorschriften verhält. Die Rechte und Pflichten der Geschäftsführung nach GmbH-Gesetz werden durch diese Richtlinie nicht eingeschränkt.

Ein Eingriff in die unternehmerische Verantwortung der Geschäftsführung darf nicht erfolgen. Dies betrifft insbesondere Entscheidungen über die Vorgehensweise zur Erreichung der Ziele des Gesellschafters, den Vollzug der Wirtschaftspläne, Entscheidungen über Maßnahmen zur Vermeidung von Planabweichungen oder die Aufstellung des Jahresabschlusses.

Unbeschadet des Rechtes der Gesellschafterversammlung, der Geschäftsführung zulässige Weisungen zu erteilen, ist diese ausschließlich dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Unzulässige Weisungen, die mit dem Unternehmensinteresse kollidieren, hat die Geschäftsführung formell gegenüber der Gesellschafterversammlung zu beanstanden.

Sämtliche Vorlagen an die Gesellschafterversammlung, den Aufsichtsrat der Gesellschaft, seine Ausschüsse oder sonstige Gremien, sind dem Beteiligungsmanagement im Vorfeld der Sitzungen zum Zeitpunkt der Zustellung an die Mitglieder der entsprechenden Gremien ebenfalls zur Verfügung zu stellen, spätestens vier Wochen vor der Sitzung.

Sitzungsniederschriften sind innerhalb von vier Wochen nach der Sitzung durch die Geschäftsleitung zu erstellen und den Gremienmitgliedern sowie dem Beteiligungsmanagement zuzuleiten.

Die Geschäftsführung stellt sicher, dass in der Beteiligungsrichtlinie, im Gesellschaftsvertrag bzw. vom Beteiligungsmanagement gesetzte Termine und Fristen eingehalten werden. Nachfragen des Beteiligungsmanagements sind unverzüglich, spätestens innerhalb von sieben Tagen zu beantworten. Werden Fristen und Termine unentschuldigt nicht eingehalten, wird dieses Versäumnis Gegenstand der nachfolgenden Sitzung der Aufsichtsgremien.

Die Geschäftsführung erstattet auf Verlangen dem Ausschuss für Wirtschaft Bericht über die Situation des Unternehmens. Der Gesellschaftsvertreter des Landkreises Teltow-Fläming soll im Vorfeld Umfang und Inhalt der Berichterstattungen mit der Geschäftsführung abstimmen. Dabei wird er vom Beteiligungsmanagement unterstützt.

Die Geschäftsführung ist verpflichtet, die kontinuierliche unternehmensspezifische Weiterbildung der Aufsichtsratsmitglieder zu unterstützen.

3 Steuerung der kreislichen Beteiligungen (Beteiligungsmanagement)

3.1 Zielvereinbarungen

Mit Gründung eines kommunalen Unternehmens legt die Kommune den Geschäftszweck und die zu erfüllenden öffentlichen Aufgaben für ein Unternehmen fest. Um die Vorgaben des Geschäftszwecks und der Fachkonzepte zusammenzufassen, möglichst zu präzisieren und zwischen Unternehmen, Verwaltung und Politik diesbezüglich eine mittelfristig verbindliche strategische Linie zu vereinbaren erfolgt im Rahmen der strategischen Beteiligungssteuerung durch den Kreistag die Vorgabe von Eigentümerzielen.

Zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Gesellschafter und den Gesellschaften mit wesentlicher Bedeutung sollen auf Grundlage eines Zielsystems mehrjährige Zielvereinbarungen geschlossen werden. Dabei sollten die Ziele des Landkreises (u.a. abgeleitet aus dem Leitbild) mit den unternehmens- und marktspezifischen Gegebenheiten in Einklang gebracht werden.

Die Ziele enthalten sowohl Sach- als auch Finanzziele mit klarer Priorisierung, um einerseits der Verpflichtung des öffentlichen Zwecks gerecht zu werden und andererseits die Erfüllung der kommunalen Aufgaben auf wirtschaftliche Weise sicherzustellen. Die Zielvereinbarungen gelten für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren und werden möglichst realistisch und messbar formuliert. Zwischenzeitliche Anpassungen sind aufgrund geänderter Ziele oder veränderter Marktbedingungen möglich.

Anhand der Zielvereinbarungen erarbeitet die Gesellschaft durch Konkretisierung der Eigentümerziele ein strategisches Unternehmenskonzept für einen Zeitraum von drei bis

fünf Jahren. Das strategische Unternehmenskonzept ist wiederum Grundlage des jährlichen Wirtschaftsplanes.

Die Beteiligungssteuerung durch strategische Zielvorgaben beinhaltet ein Zielcontrolling. Im Rahmen des Zielcontrollings wird regelmäßig die Erreichung der Eigentümerziele einschließlich der Umsetzung des strategischen Unternehmenskonzeptes und der jährlichen Wirtschaftsplanung sowie die Erreichung der mit der Geschäftsführung vereinbarten Ziele überprüft.

3.2 Wirtschaftsplan

Vor Beginn eines Geschäftsjahres ist für jedes Geschäftsjahr in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften ein Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser ist dem Beteiligungsmanagement unverzüglich zuzuleiten. Der Wirtschaftsplan soll bis zum 30.09. von der Gesellschafterversammlung festgestellt sein.

Der Wirtschaftsplan besteht aus den in § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV genannten Festsetzungen, dem Erfolgsplan und dem Finanzplan. Beigefügt werden ihm insbesondere ein Vorbericht, eine Stellenübersicht, ein Investitionsplan sowie eine Kreditübersicht. Die Stellenübersicht hat Angaben zur Stellenanzahl, der Eingruppierung und den Beschäftigungsumfang zu enthalten. Datenschutzrechtliche und unternehmerische Interessen sind zu berücksichtigen.

Der Wirtschaftsplan ist in den Fällen des § 14 Abs. 4 EigV durch Nachtrag zu ändern. Die Wertgrenze, ab der Abweichungen im Sinne des § 14 Abs. 4 EigV als von erheblicher Bedeutung angesehen werden, wird auf grundsätzlich 10 % festgesetzt.

Die Wirtschaftspläne sind dem Beteiligungsmanagement durch die Beteiligungsunternehmen in digitalisierter Form zur Verfügung zu stellen.

3.3 Unterjähriges Berichtswesen – Quartalsberichte

Zur Erfüllung der Aufgaben des Beteiligungsmanagement aus § 98 BbgKVerf ist es nötig, dass die Unternehmen dem Beteiligungsmanagement zeitnah Informationen zur Verfügung stellen. Dies erfolgt in Form des unterjährigen Berichtswesens. Mit dem Berichtswesen sollen kompakte und aktuelle Informationen zur Lage der jeweiligen Beteiligung zur Verfügung gestellt werden, so dass eine unterjährige Überwachung des Geschäftsverlaufes und ein frühzeitiges Erkennen von Entwicklungen/ Tendenzen gewährleistet wird. Damit soll das frühzeitige Ergreifen von Gegenmaßnahmen ermöglicht werden.

Die Geschäftsführung soll in Form von Quartalsberichten auf Abweichungen des Geschäftsverlaufes von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen eingehen (Soll-Ist-Vergleich). Zudem ist ein Sachstandsbericht zur wirtschaftlichen Entwicklung abzugeben. Wesentliche (negative) Abweichungen von mehr als 10 % sind vom Unternehmen schriftlich zu begründen.

Diese Daten sind dem Beteiligungsmanagement spätestens vier Wochen nach Quartalsende elektronisch zur Verfügung zu stellen.

Befindet sich ein Unternehmen in wirtschaftlich prekärer Situation, ist von diesem unverzüglich ein Risikobericht anzufertigen und dem Beteiligungsmanagement zu übersenden.

3.4 Risikoberichte

Die Geschäftsführung hat geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden. Die Risikosituation der Beteiligung ist in einem Risikobericht darzustellen. Der Risikobericht umfasst

- die konkrete Darstellung des Risikos,
- die Auswirkung auf die Wirtschafts- und Finanzplanung,
- eine Ursachenanalyse sowie
- Maßnahmen zur Gegensteuerung.

Der Risikobericht ist in den Unternehmensorganen zu beraten und spätestens zum 30.04. beim Beteiligungsmanagement abzugeben.

3.5 Jährliches Berichtswesen

Die Jahresabschlüsse der kreislichen Beteiligungen sind gemäß § 96 Abs. 1 Nr.4 BbgKVerf aufzustellen und zu prüfen. Der Jahresabschluss ist so rechtzeitig aufzustellen, dass seine Prüfung durch einen Abschlussprüfer und seine Feststellung durch die Gesellschaftsgremien innerhalb des im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zeitraumes erfolgen kann. Der (vorläufige) Jahresabschluss ist dem Beteiligungsmanagement in der Regel bis Mitte Mai des jeweiligen Jahres in elektronischer Form zu übersenden. Der Lagebericht der Geschäftsführung soll zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung nehmen.

Die Landrätin berichtet dem Kreistag mindestens jährlich in zusammengefasster Form über die bestätigten Jahresabschlüsse der Unternehmen sowie die Erfüllung der Zielvereinbarungen.

Vom Beteiligungsmanagement wird unter Beachtung des § 82 Abs.2 Satz 2 Nr.5 bzw. § 83 Abs. 4 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf i.V.m. § 61 KomHKV der Beteiligungsbericht des Landkreises auf der Grundlage der geprüften Jahresabschlüsse angefertigt und jährlich fortgeschrieben.

3.6 Portfoliomanagement

Das Portfoliomanagement¹ gehört zu den Aufgaben des Beteiligungsmanagements. Dabei ist zu prüfen, ob neue Beteiligungen in das Beteiligungsportfolio aufgenommen werden sollten oder ob Beteiligungen aus dem Beteiligungsportfolio zu nehmen sind.

4 Inkrafttreten

Diese Richtlinie mit ihren Anlagen tritt mit Beschlussfassung des Kreistages am 01.01.2016 in Kraft.

¹ umfasst die Gesamtheit der Beteiligungsunternehmen inkl. der Tochterunternehmen

Anlage I

Regelungen zur Bestellung/Wiederbestellung von Geschäftsführern sowie zur Ausgestaltung der Verträge

1. Bestellung und Wiederbestellung von Geschäftsführern

Über die Bestellung und Wiederbestellung von Geschäftsführern entscheidet die Gesellschafterversammlung nach Vorberatung durch den Aufsichtsrat. Die Laufzeit von Geschäftsführer- und Vorstandsverträgen beträgt grundsätzlich 5 Jahre. Eine automatische Verlängerung der Anstellung ist auszuschließen. Vor der Entscheidung über eine Wiederbestellung ist der Gesellschafter rechtzeitig, möglichst 9 Monate vor Ablauf der Frist, durch den Geschäftsführer zu informieren.

2. Inhaltliche Ausgestaltung von Geschäftsführerverträgen

Die Entscheidung über die inhaltliche Ausgestaltung des Anstellungsverhältnisses obliegt in der Regel der Gesellschafterversammlung. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Verträge ist die Stellung von öffentlichen Unternehmen gegenüber den Einwohnern, unter dem Aspekt der Finanzierung der Unternehmen aus öffentlichen Geldern und der Aufgabe des Landkreises gem. §122 Abs. 2 BbgKVerf, das Wohl der Einwohner zu fördern, zu berücksichtigen und Verhältnismäßigkeit zu wahren. Insbesondere sind bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Verträge folgende Rahmenregelungen zu berücksichtigen:

- a. Tantieme: Es ist darauf hinzuwirken, dass ein Teil der Vergütung eine stark leistungsbezogene Komponente aufweist (Tantiemenregelung). Diese sollte 20% der Vergütung nicht unterschreiten. Der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung entscheidet über alle Punkte der leistungsbezogenen Komponente, wie Ziele, Gewichtung und Zielerreichung.
- b. Versorgung: Versorgungsregelungen nach Auslaufen des Vertrages, welche die Gesellschaft dauerhaft belasten, sind auszuschließen.
- c. Rückkehrrecht: Von einem vertraglich geregelten Rückkehrrecht zur Kreisverwaltung für den Fall, dass keine Wiederbestellung erfolgt, ist abzusehen, soweit gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen.

3. Nebentätigkeiten von Geschäftsführern

Soweit Geschäftsführer neben der Führung der Geschäfte der Gesellschaft noch weitere entgeltliche Tätigkeiten ausüben, bedürfen Sie dafür der Genehmigung des Aufsichtsgremiums.

Anlage II

Vertragsbeziehungen und Rechtsgeschäfte zwischen Organen der Gesellschaft und der Gesellschaft

1. Beraterverträge für ausscheidende oder ausgeschiedene Geschäftsführer

Soweit für einen Zeitraum innerhalb von 2 Jahren nach Ausscheiden aus der Gesellschaft vorgesehen ist, mit Aufsichtsratsmitgliedern, Geschäftsführern oder leitenden Angestellten Beraterverträge abzuschließen, ist hierfür die Zustimmung des Gesellschafters nach Vorbefassung des Aufsichtsrates notwendig. Dem Aufsichtsrat sind die relevanten Vertragsinhalte offen zu legen, soweit gesetzliche Bestimmungen einer Offenlegung nicht entgegenstehen.

2. Sonstige Vertragsbeziehungen/ Rechtsgeschäfte

Vertragsbeziehungen und Rechtsgeschäfte (z.B. Dienstleistungs- und Werkverträge) zwischen Aufsichtsratsmitgliedern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten mit der Gesellschaft sind dem Aufsichtsrat ebenfalls anzuzeigen und von diesem zu genehmigen.

Ausgenommen hiervon sind Geschäfte des Alltags, welche lediglich eine tarifliche Leistung der Gesellschaft im Rahmen des originären Unternehmenszwecks darstellen. Für ehemalige Aufsichtsratsmitglieder und Geschäftsführer gilt diese Regelung für die ersten zwei Jahre nach Ihrem Ausscheiden entsprechend.

Anlage III:

Jubiläen und Abschiedsfeiern

Sofern Jubiläen oder Abschiedsfeiern durchgeführt werden, sind folgende Vorgaben zu beachten:

- Die Kosten für die Feierlichkeiten im Rahmen von Jubiläen und Abschiedsfeiern von Aufsichtsratsmitgliedern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten sind von den Personen selbst zu tragen.
- Von dieser Regelung ausgeschlossen sind Kosten, die gesellschaftsintern durch Nutzung der Peripherie und der Infrastruktur der Gesellschaft entstehen, soweit diese Kosten verhältnismäßig sind. Die Entscheidung über die Inanspruchnahme dieser Leistungen sowie über die Verhältnismäßigkeit der Kosten obliegt vorab dem Aufsichtsrat. Dem Aufsichtsrat ist bei der Inanspruchnahme von Infrastruktur der Gesellschaft eine geeignete Darstellung der Kosten vorzulegen.

Anlage IV

Dienstwagenregelung

1. Generelles

Es ist in Bezug auf die o.g. Stellung eines kommunalen Unternehmens Verhältnismäßigkeit bzgl. des Preises, der Ausstattung und des Modells zu wahren. Hierbei ist insbesondere auf den für die gewählte Fahrzeugklasse geringst möglichen Schadstoffausstoß und niedrige Verbrauchswerte zu achten. Bei der Wahl der Finanzierung von Dienstwagen ist innerhalb der Gesellschaftsicherheit zu stellen, dass das für die Gesellschaft wirtschaftlichste Finanzierungsinstrument (Leasing, Finanzierungskauf, Kauf) gewählt wird.

2. Geschäftsführer:

Es können grundsätzlich Vereinbarungen getroffen werden, welche die Nutzung von Dienstwagen auch für private Zwecke ermöglichen. Dieses bedarf vorab einer Entscheidung des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung. Über den Rahmen der privaten Nutzung sind entsprechende Regelungen im Unternehmen zu treffen.

3. Dienstwagennutzung unterhalb der Geschäftsführerebene:

Unterhalb der Geschäftsführerebene können grundsätzlich Vereinbarungen getroffen werden, welche die Nutzung von Dienstwagen auch für private Zwecke ermöglichen. Dieses bedarf vorab einer Entscheidung des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung. Über den Rahmen der privaten Nutzung sind entsprechende Regelungen im Unternehmen zu treffen.

Anlage V

Regelungen zum Aufsichtsrat

Die Vertreter des Landkreises Teltow- Fläming setzen sich **unter Beachtung** der Beteiligungsrichtlinie **für die Interessen des Unternehmens und** des Landkreises ein.

1. Grundsätzliches

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden mittels Entsendung durch den/ die Gesellschafter oder durch Wahl bestellt. Der Aufsichtsrat ist ein wichtiges Überwachungs- und Kontrollorgan. Die Aufsichtsratsmitglieder sind für die Ausübung ihres Mandats persönlich verantwortlich.

Im Gesellschaftsvertrag kann zudem bestimmt werden, dass Geschäfte und Rechtshandlungen von grundsätzlicher Bedeutung der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen. Hierzu gehören Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern oder hochriskant sind.

In einem Katalog der zustimmungspflichtigen Geschäfte können im Gesellschaftsvertrag weitere Maßnahmen der Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung durch den

Aufsichtsrat unterworfen werden. Weitere Zuständigkeitsfragen können in einer Geschäftsordnung durch den Aufsichtsrat festgelegt werden.

2. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Grundlage dafür ist gegenseitiges Vertrauen, welches insbesondere durch Beachtung der in der Beteiligungsrichtlinie hinterlegten Transparenz-, Offenlegungs- und Vertraulichkeitspflichten geschaffen wird. Deren Einhaltung ist wesentliche Pflicht gegenüber dem Unternehmen und seinen Organen.

Die Geschäftsleitung stimmt auf der Grundlage von Unternehmensgegenstand und Unternehmenszweck die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Die ausreichende Informationsversorgung des Überwachungsorgans ist gemeinsame Aufgabe von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. Die Geschäftsleitung informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements sowie über für das Unternehmen bedeutende Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds. Sie geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein. Inhalt und Turnus der Berichtspflichten sollen sich an § 90 AktG orientieren. Der Aufsichtsrat legt die Informations- und Berichtspflichten der Geschäftsleitung in deren Geschäftsordnung näher fest. Berichte der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat sind in der Regel in Textform zu erstatten. Entscheidungsnotwendige Unterlagen, insbesondere der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht, werden den Mitgliedern des Aufsichtsrates rechtzeitig vor der Sitzung zugeleitet. Der Sitzungen des Aufsichtsrates sind nichtöffentlich. Bei Bedarf kann der Aufsichtsrat auch ohne Geschäftsführung tagen.

3. Aufgaben

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, die Geschäftsführung bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Er ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einzubinden.

Der Aufsichtsrat achtet im Rahmen seiner Überwachungsfunktion darauf, dass die operativen Ziele, die die Gesellschaft verfolgt, den strategischen Zielen der Gesellschafter nicht entgegenstehen.

Der Aufsichtsrat wirkt auf eine inhaltsnahe Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie hin.

Der Aufsichtsrat soll sich eine Geschäftsordnung geben.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat für seine eigene persönliche und fachliche Qualifikation zu sorgen, um seine Aufgabe und Verantwortlichkeit im Sinne dieses Verhaltenskodex erfüllen zu können.

Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht. Außerdem sollen insgesamt nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate in Gesellschaften wahrgenommen werden. Dies gilt nicht für die Landrätin.

Alle zwei Jahre sind vom Aufsichtsrat die Wertgrenzen für die unter einem Zustimmungsvorbehalt stehenden Arten von Geschäften und Rechtshandlungen auf ihre Zweckmäßigkeit und Praktikabilität zu überprüfen.

Der Aufsichtsrat hat regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit zu prüfen. Dies soll insbesondere dadurch geschehen, dass er einmal im Jahr über Verbesserungsmöglichkeiten berät.

4. Entsendung/ Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder

Unter Berücksichtigung des § 97 Abs.4 BbgKVerf sind die persönlichen Fähigkeiten ausschlaggebend für die vom Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming getroffene Auswahl. Die den Aufsichtsratsmitgliedern zufallenden Aufgaben erfordern insbesondere die Fähigkeit, etwaige unternehmerische Chancen und Risiken rechtzeitig erkennen zu können. Aus diesem Grund haben die für die Entsendung der Aufsichtsratsmitglieder zuständigen Fraktionen neben den kommunalrechtlichen Vorgaben bei der Vergabe von Aufsichtsratsmandaten folgende Kriterien zu beachten:

- Ist eine ausreichende zeitliche Verfügbarkeit gewährleistet?
- Bestehen Interessenskonflikte, sind diese vor Entsendung dem Gesellschafter anzuzeigen.

Ferner ist nach Rechtsprechung des BGH ein Vorhandensein von Mindestkenntnissen erforderlich. Hier handelt es sich um die Frage der individuellen Qualifikation der potentiellen Mandatsträger. Hier sind Mindestkenntnisse in allgemeiner wirtschaftlicher, organisatorischer und rechtlicher Art vorauszusetzen, welche notwendig sind, um alle normalerweise anfallenden Geschäftsvorgänge auch ohne fremde Hilfe verstehen und sachgerecht beurteilen zu können. Insbesondere gehören hierzu:

- Kenntnisse der satzungsmäßigen sowie der gesetzlichen Aufgaben des Aufsichtsrates
- Wissen um die individuellen Rechte und Pflichten als Aufsichtsratsmitglied,
- Kenntnisse, um die dem Aufsichtsrat vorliegenden Berichte verstehen, bewerten und daraus Schlussfolgerungen ziehen zu können,
- die Fähigkeit, den geprüften Jahresabschluss (ggf. mit Hilfe des Abschlussprüfers) beurteilen zu können,
- Kenntnisse zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit von Unternehmensentscheidungen.

Die Aufsichtsratsmitglieder sind damit in der Pflicht über die Kenntnisse und Fähigkeiten zu verfügen, welche erforderlich sind, um alle anfallenden Geschäftsvorfälle weitgehend ohne fremde Hilfe zu verstehen und sachgerecht beurteilen zu können. Neu in einen Aufsichtsrat entsandte Mitglieder müssen daher auch zu einer ausreichenden Einarbeitung bereit sein, wozu sie von allen Seiten (Aufsichtsrat, Gesellschaft, Kreisverwaltung) insbesondere durch Schulungen Unterstützung erhalten.

5. Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsratsvorsitzenden

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit der Geschäftsführung regelmäßig Kontakt, um mit ihr die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens zu beraten.

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch die Geschäftsführung zu informieren. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat sodann den Aufsichtsrat unterrichten und erforderlichenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einzuberufen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hat auf die Einhaltung der Verschwiegenheitsregelung durch alle Mitglieder des Aufsichtsrats zu achten.

6. Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Bei der Benennung seitens des Kreistages bzw. der Fraktion ist darauf zu achten, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und hinreichend unabhängig sind. Ferner sind die Tätigkeit des Unternehmens und potenzielle Interessenkonflikte zu berücksichtigen.

Eine unabhängige Beratung und Überwachung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat wird auch dadurch ermöglicht, dass dem Aufsichtsrat kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung angehören darf. Das Aufsichtsratsmitglied hat eine Erklärung darüber abzugeben, ob es Beratungsaufgaben oder Organfunktionen bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausübt.

7. Vergütung

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festgelegt. Sie hat der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens Rechnung zu tragen. Der § 18 der Hauptsatzung des Landkreises (Regelung zur Angemessenheit von Vergütungen) ist zu berücksichtigen. Die Landrätin erhält keine Vergütung für ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und die Vergütungssätze der Aufsichtsratsmitglieder werden im Jahresabschluss ausgewiesen; die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auch im Anhang zum Jahresabschluss.

Die vom Unternehmen an die Mitglieder des Aufsichtsrats gezahlten Vergütungen oder gewährten Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, werden gesondert im Anhang zum Jahresabschluss angegeben.

Vermögenshaftpflichtversicherung: Im Falle einer Aufsichtsratsvergütung soll für eine von der Gesellschaft für die Aufsichtsratsmitglieder abgeschlossene D&O (Directors & Officers) Versicherung eine angemessene Selbstbeteiligung, die sich an der Höhe der Vergütung orientiert, vereinbart werden. Die Zweckmäßigkeit und Höhe einer solchen Versicherung ist unternehmensspezifisch zu prüfen.

8. Interessenkonflikte

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Gleichzeitig haben die Vertreter des Landkreises in den Aufsichtsratsgremien dessen besonderen Interessen, insbesondere die Beschlüsse des Kreistages, zu berücksichtigen, sofern diese nicht dem Unternehmensinteresse entgegenstehen.

Die kreislichen Vertreter in den Aufsichtsräten haben die Umsetzung der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung sowie den öffentlichen Zweck sorgfältig zu überprüfen und die Ausübung der Geschäftstätigkeit ggf. kritisch zu hinterfragen.

Die kreislichen Vertreter setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinie ein und arbeiten in ihren Gremien darauf hin, dass die genannten Punkte umgesetzt werden. Kein Aufsichtsratsmitglied darf bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen, noch Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenkonflikte, insbesondere solche, die auf Grund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern der Gesellschaft entstehen können, dem Aufsichtsrat gegenüber offen legen. Der Aufsichtsrat hat in seinem Bericht an die Gesellschafterversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung zu informieren. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats.

9. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat vereinbart, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Der Aufsichtsrat soll Festlegungen zu Prüfungsschwerpunkten des Abschlussprüfers treffen. Bei Unternehmen ohne Aufsichtsrat vereinbart die Gesellschafterversammlung mit dem Abschlussprüfer entsprechende Berichts- und Informationspflichten. Der Abschlussprüfer nimmt in der Regel an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

Anlage VI

Sponsoring und Anti-Korruptionsregelungen

Sponsoring umfasst die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, Sachmitteln und Dienstleistungen durch die Unternehmen zur Förderung von Personen und/oder Organisationen im sportlichen, kulturellen und/oder sozialen Bereich. Sponsoring verfolgt gleichzeitig Ziele der Unternehmenskommunikation. Spenden umfassen im Sinne dieser Beteiligungsrichtlinie alle direkten und indirekten Geld-, Sach-, und Leistungsspenden für religiöse, wissenschaftliche, gemeinnützige, kulturelle oder politische Zwecke. Die Höhe der Sponsoring- und Spendenleistungen soll sich nach der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens richten. Der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung hat im Vorfeld über die Ausreichung der Leistung zu entscheiden.

Transparenz über die persönlichen und wirtschaftlichen Umstände der Aufsichtsratsmitglieder sichert das Vertrauen in deren Entscheidungen.

Im Hinblick auf die zu Recht erwartete Vorbildfunktion und in Ergänzung zu den gesetzlichen Regelungen verpflichten sich die Aufsichtsratsmitglieder kreiseigener Gesellschaften freiwillig zu den nachfolgend genannten Grundsätzen:

Die Mitglieder fühlen sich an ihre Offenbarungs- und Anzeigepflichten gebunden, insbesondere bei möglichen Unvereinbarkeiten mit dem von Ihnen ausgeübten Mandat.

Die Aufsichtsratsmitglieder sehen es mit ihrem Amt als unvereinbar an, irgendwelche Vorteile entgegenzunehmen, mit denen Einfluss auf Entscheidungen genommen werden könnte bzw. der Anschein einer Einflussnahme entstehen könnte und verpflichten sich, weder Geld noch unangemessene Sachgeschenke oder sonstige Vorteile anzunehmen, die ihnen auf Grund des Aufsichtsratsmandates angeboten werden.

Sie nehmen ihre Pflicht zur Anzeige von Befangenheitsumständen sehr ernst und werden relevante Angaben mitteilen.

Schließlich sehen es sie es als unzulässig an, Kenntnisse, die sie allein auf Grund ihrer Tätigkeit als Aufsichtsrat erlangen, zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil Dritter zu verwenden.

Die Annahme von Bargeld ist unzulässig. Zulässig ist die Annahme von geringwertigen Sachgeschenken bis zu einer Wertgrenze von 30 Euro sowie zum Beispiel von Massenwerbeartikeln, Blumensträußen oder ähnlichen im Rahmen des Üblichen liegenden Aufmerksamkeiten. Höherwertige Geschenke bei offiziellen Anlässen, deren Ablehnung gegen die Regeln der Höflichkeit verstoßen würde (zum Beispiel Gastgeschenke bei Auslandsreisen), sind unverzüglich dem Beteiligungsmanagement zu übergeben.

Einladungen zum Essen oder ähnlichen Anlässen gehören zur Ausübung insbesondere der repräsentativen Funktionen der ehrenamtlichen Tätigkeit und sind nicht zu beanstanden, wenn sie einen angemessenen Umfang nicht überschreiten. In jedem Einzelfall ist zu prüfen, ob sich aus einer Einladung Abhängigkeiten ergeben können. Abhängigkeiten können bei Einladungen in einem kleineren Personenkreis leichter entstehen als bei Veranstaltungen in einem großen offiziellen Rahmen. In Zweifelsfällen soll die Einladung abgelehnt werden. Als Obergrenze für den Wert einer angemessenen Bewirtung werden etwa 50 Euro angesehen.

Die Teilnahme an repräsentativen Veranstaltungen ist Bestandteil auch ehrenamtlicher Mandatstätigkeit. Die Annahme von angebotenen Freikarten für sonstige Veranstaltungen ist grundsätzlich unzulässig.

ÜBERSICHT ÜBER DIE EIGENBETRIEBE UND WIRTSCHAFTLICHEN BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING

BETEILIGUNGEN

1. STRUKTUR- UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING MBH

Im Biotechnologiepark, CCB, 14943 Luckenwalde

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Johannes Ferdinand

STAMMKAPITAL

3.956.050,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming: 100 %

2. VERKEHRSGESELLSCHAFT TELTOW-FLÄMING MBH

Forststraße 16, 14943 Luckenwalde

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Volker Fleischer

STAMMKAPITAL

40.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming: 100 %

3. RETTUNGSDIENST TELTOW-FLÄMING GMBH

Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Denny Mieles

STAMMKAPITAL

200.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming: 100 %

4. FLUGPLATZGESELLSCHAFT SCHÖNHAGEN MBH

Am Flugplatz, 14959 Trebbin (OT Schönhagen)

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dr. Klaus-Jürgen Schwahn

STAMMKAPITAL
2.275.300,00 €

<u>BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE</u>		
Landkreis Teltow-Fläming:	99,54 %	2.264.800,00 €
Stadt Trebbin:	0,46 %	10.500,00 €

5. GEMEINNÜTZIGE ARBEITSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT KLAUSDORF MBH

Bahnhofstr. 10, 15838 Am Mellensee (OT Klausdorf)

GESCHÄFTSFÜHRERIN
Frau Brigitte Brodtrück

STAMMKAPITAL
50.000,00 €

<u>BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE</u>		
Landkreis Teltow-Fläming:	75 %	37.500,00 €
Gemeinde Am Mellensee:	25 %	12.500,00 €

6. LUCKENWALDER BESCHÄFTIGUNGS- UND AUFBAUGESELLSCHAFT MBH

Rudolf-Breidscheid-Str. 72a, 14943 Luckenwalde

GESCHÄFTSFÜHRER
Herr Jörg Kräker

STAMMKAPITAL
217.500,00 €

<u>BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE</u>		
Landkreis Teltow-Fläming:	40 %	87.000,00 €
Stadt Luckenwalde:	40 %	87.000,00 €
Gemeinde Nuthe-Urstromtal:	20 %	43.500,00 €

Hinweis: Austrittsgesuch des Landkreises TF liegt vor; Verfahren ruht jedoch wegen Sanierungsverfahren der LUBA.

7. TELTOWER KREISWERKE GMBH, BERLIN

Wallstraße 35, 10179 Berlin

GESCHÄFTSFÜHRERIN
Frau Annette Hansel

STAMMKAPITAL
200.000,00 €

<u>BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE</u>		
Landkreis Teltow-Fläming:	39,5 %	79.000,00 €
Landkreis Dahme- Spreewald:	40,7 %	81.400,00 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark:	19,8 %	39.600,00 €

8. BERLIN-BRANDENBURG AREA DEVELOPMENT COMPANY GMBH

Freiheitsstraße 124/126, 15745 Wildau

GESCHÄFTSFÜHRER
Herr Gerhard Janßen

STAMMKAPITAL
50.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	5 %	2.500,00 €
Landkreis Dahme-Spreewald:	10 %	5.000,00 €
Gemeinde Rangsdorf:	16 %	8.000,00 €
Gemeinde Wildau:	15 %	7.500,00 €
Stadt Königs Wusterhausen:	15 %	7.500,00 €
Gemeinde Großbeeren:	10 %	5.000,00 €
Stadt Ludwigsfelde:	10 %	5.000,00 €
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow:	6 %	3.000,00 €
Stadt Eichwalde:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Schulzendorf:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Zeuthen:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Schönefeld:	3 %	1.500,00 €
Stadt Mittenwalde:	1 %	500,00 €

9. VERKEHRSVERBUND BERLIN-BRANDENBURG GMBH, BERLIN

Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin

GESCHÄFTSFÜHRERIN
Frau Susanne Henckel

STAMMKAPITAL
324.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Land Berlin:	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg:	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel:	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder):	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus:	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam:	1,85%	6.000 €
Landkreis Barnim:	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald:	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster:	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland:	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspreewald-Lausitz:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree:	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin:	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark:	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz:	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße:	1,85%	6.000 €

Landkreis Teltow-Fläming:	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark:	1,85%	6.000 €

10. RENATA GRUNDSTÜCKS-VERMIETUNGSGESELLSCHAFT MBH & CO. KREISHAUS TELTOW-FLÄMING KG, STUTTGART

Landhausstraße 84, 70190 Stuttgart

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Manfred Gubelt

GESELLSCHAFTSKAPITAL

15.267.175,57 €

Kapitalanteil des Kommanditisten:

10.225,84 €

Kapitalanteil des atypisch stillen Gesellschafters:

15.256.949,73 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Komplementär (persönlich haftender Gesellschafter):

RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Stuttgart:

Stimmenanteil: 85 Stimmen (keine Einlage)

Kommanditist (Teilhafter):

Landkreis Teltow-Fläming:

Stimmenanteil: 15 Stimmen

Kommanditeinlage: 10.225,84

Hinweis: Mit KT-Beschluss Nr. 4 – 1994/14-I/1 vom 01.09.2014 beschloss der Kreistag den Verkauf und die Abtretung der Kommanditeinlage

EIGENBETRIEB

RETTUNGSDIENST EIGENBETRIEB LANDKREIS TELTOW-FLÄMING

Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

WERKLEITER:

GÜNTHER DÜBE



Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Teltow-Fläming

INHALTSVERZEICHNIS

Präambel.....	3
1 Aufgaben und Ziele der Beteiligungsrichtlinie.....	3
2 Akteure und deren Zuständigkeiten.....	3
2.1 Eigentümerebene.....	4
2.1.1 Kreistag	4
2.1.2 Ausschuss für Wirtschaft.....	4
2.1.3 Haushalts- und Finanzausschuss	4
2.1.4 Landrätin.....	4
2.1.5 Beteiligungsmanagement.....	4
2.1.6 Kämmerei	6
2.1.7 Rechnungsprüfungsamt	6
2.1.8 Wirtschaftsprüfer.....	6
2.2 Unternehmensebene	6
2.2.1 Gesellschafterversammlung.....	6
2.2.2 Aufsichtsrat (Werksausschuss)	7
2.2.3 Geschäftsführung.....	8
3 Steuerung der kreislichen Beteiligungen (Beteiligungsmanagement)	8
3.1 Zielvereinbarungen	8
3.2 Wirtschaftsplan	9
3.3 Unterjähriges Berichtswesen- Quartalsberichte.....	9
3.4 Risikoberichte	9
3.5 Jährliches Berichtswesen.....	10
3.6 Portfoliomanagement	10
4 Inkrafttreten.....	10
Anlagen	10
Anlage I Regelungen zur Bestellung/ Wiederbestellung von Geschäftsführern sowie Ausgestaltung der Verträge	10
1. Bestellung und Wiederbestellung von Geschäftsführern	10
2. Inhaltliche Ausgestaltung von Geschäftsführerverträgen.....	11
3. Nebentätigkeiten von Geschäftsführern	11
Anlage II Vertragsbeziehungen und Rechtsgeschäfte zwischen Organen der Gesellschaft und der Gesellschaft.....	11
1. Beraterverträge für ausscheidende oder ausgeschiedene Geschäftsführer	11
2. Sonstige Vertragsbeziehungen/ Rechtsgeschäfte	11
Anlage III Jubiläen und Abschiedsfeiern.....	12
Anlage IV Dienstwagenregelung	12
1. Generelles	12
2. Geschäftsführer	12
3. Dienstwagnutzung unterhalb der Geschäftsführerebene	12
Anlage V Regelungen zum Aufsichtsrat	12
1. Grundsätzliches	12
2. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat	13
3. Aufgaben	13
4. Entsendung/ Qualifikation von Aufsichtsratsmitgliedern	14
5. Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsratsvorsitzenden.....	14
6. Zusammensetzung des Aufsichtsrates.....	14
7. Vergütung	15
8. Interessenkonflikte	15
9. Abschlussprüfung	16
Anlage VI Sponsoring und Anti-Korruptionsregelungen.....	16

Präambel

Der Landkreis Teltow-Fläming ist Gemeindeverband und Gebietskörperschaft. Er erfüllt in seinem Gebiet in eigener Verantwortung alle die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Ämter, Städte und Gemeinden übersteigenden öffentlichen Aufgaben. Er fördert insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebietes zum Wohle der Einwohner.

Seine Aufgaben erfüllt der Landkreis auch in Form der wirtschaftlichen Betätigung über seine Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen gemäß § 92 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf).

Als Gesellschafter ist er unmittelbar oder mittelbar an Unternehmen in den Bereichen Strukturentwicklung, Verkehr, Gesundheitsvorsorge- und Gefahrenabwehr, Wirtschafts- und Arbeitsförderung beteiligt. Weitere könnten bei entsprechendem politischen Willen dazu kommen. Mit ihren Dienstleistungen erbringen die Unternehmen einen wichtigen kommunalen Beitrag. Ein erfolgreiches Agieren der Unternehmen erfordert ein gutes Zusammenspiel zwischen dem Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming, dem Kreistag, den Ausschüssen des Kreistages, den Mitgesellschaftern, den Aufsichtsräten und den Geschäftsführern der Unternehmen.

Der Landkreis definiert die Aufgaben der Unternehmen, formuliert die damit verbundenen Ziele und stellt die notwendigen finanziellen Mittel bereit. Der Geschäftsführung obliegt es, das Unternehmen in eigener Verantwortung so zu führen, dass die Ziele des Landkreises erreicht werden. Sie wird dabei, soweit vorhanden, vom Aufsichtsrat überwacht und ist ihm gegenüber informationspflichtig. Bei wichtigen Geschäften entsprechend der jeweiligen Satzung erteilt er seine Zustimmung bzw. gibt gegenüber dem Gesellschafter Beschlussempfehlungen ab. An diesem Prinzip der „verteilten Verantwortung“ knüpft die Beteiligungsrichtlinie an und formuliert Grundsätze für die Zusammenarbeit.

1 Aufgaben und Ziele der Beteiligungsrichtlinie

Die Aufgabe der Richtlinie ist es, die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Beteiligungen transparent zu regeln. Dabei sind Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten abzugrenzen und an den Schnittstellen aufeinander abzustimmen.

Die Beteiligungsrichtlinie soll sicherstellen, dass der Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming seine Gesellschafterziele erreicht. Neben kommunalpolitischen Zielen (Leistungszielen) verfolgt der Landkreis auch wirtschaftliche Ziele (Finanzziele).

Die Beteiligungsrichtlinie gilt für alle Eigengesellschaften des Landkreises. Bei Minderheitsbeteiligungen des Landkreises ist eine Anwendung der Beteiligungsrichtlinie anzustreben.

Ebenso soll die Beteiligungsrichtlinie sinngemäß für den Eigenbetrieb des Landkreises sowie für alle weiteren gemäß § 92 BbgKVerf möglichen Unternehmensformen gelten.

Diese Richtlinie gilt nicht für Zweckverbände, Stiftungen und Vereine.

2 Akteure und deren Zuständigkeiten

Die wirtschaftlichen Betätigungen des Landkreises werden durch verschiedene Akteure gelenkt und getragen. Dies sind

- die Eigentümerebene des Landkreises Teltow-Fläming mit dem Kreistag, dem Ausschuss für Wirtschaft, dem Haushalts- und Finanzausschuss, der Landrätin, dem Beteiligungsmanagement, dem Fachbereich Kämmerei und dem Rechnungsprüfungsamt.

- die Unternehmensebene mit der Gesellschafterversammlung, ggf. dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung (Werkleitung).

2.1 Eigentümerebene

2.1.1 Kreistag

Der Kreistag ist für alle nach § 28 BbgKVerf und § 97 BbgKVerf zugewiesenen Aufgabenausschließlichen zuständig (z.B. Gründung, Übernahme, Auflösung und Veräußerung von Unternehmen i.S.d. § 92 Abs. 2 Nr. 4 BbgKVerf oder Umwandlung der Rechtsform). Der Kreistag beschließt die Beteiligungsrichtlinie und die Zielvereinbarungen für die einzelnen Beteiligungen. Er bestellt aus seinen Reihen Vertreter in die Aufsichtsräte von Unternehmen, an denen der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist. Der Kreistag kann von dem Vertreter des Landkreises nach § 97 Abs. 1 BbgKVerf jederzeit Auskunft verlangen und ihm Weisungen erteilen.

2.1.2 Ausschuss für Wirtschaft

Der Ausschuss für Wirtschaft berät den Kreistag und die Kreisverwaltung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen des Landkreises.

Er gibt Empfehlungen:

- zur Steuerungsintensität einzelner Beteiligungen
- zu Zielvereinbarungen
- zum Portfoliomanagement.

Zur Wahrung der Vertraulichkeit von Gesellschaftsinterna erfolgt die Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistags durch den Ausschuss für Wirtschaft in nichtöffentlicher Sitzung, soweit hierzu die Voraussetzungen des § 36 (2) BbgKVerf vorliegen.

2.1.3 Haushalts- und Finanzausschuss

Der Haushalts- und Finanzausschuss berät den Kreistag und die Kreisverwaltung hinsichtlich der finanziellen Bestandteile der Zielvereinbarungen.

Zur Wahrung der Vertraulichkeit von Gesellschaftsinterna erfolgt die Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistags durch den Haushalts- und Finanzausschuss in nichtöffentlicher Sitzung, soweit hierzu die Voraussetzungen des § 36 (2) BbgKVerf vorliegen.

2.1.4 Landrätin

Die Landrätin vertritt den Landkreis gemäß § 97 Abs. 1 BbgKVerf in der Gesellschafterversammlung und gemäß § 97 Abs. 2 BbgKVerf im Aufsichtsrat. Sie kann einen Bediensteten der Kreisverwaltung mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben dauerhaft betrauen.

Die Landrätin informiert den Kreistag regelmäßig im Sinne des § 97 Abs. 7 BbgKVerf über wichtige Angelegenheiten der wirtschaftlichen Beteiligungen. Die Themen der Gesellschafterversammlungen werden den Kreistagsmitgliedern in Form der von den Unternehmen an den Landkreis übersandten und von diesem weitergeleiteten Einladungen bekannt gegeben.

2.1.5 Beteiligungsmanagement

Das Beteiligungsmanagement ist das Bindeglied zwischen dem Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming und den Unternehmen. Seine Aufgaben sind in § 98 BbgKVerf festgelegt. Dem Beteiligungsmanagement obliegt dabei u.a.

- die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften des Kapitels 3 der BbgKVerf durch die Unternehmen
- die konzeptionelle Entwicklung und Pflege der kreislichen Standards für die kreislichen Beteiligungen. Dies gilt insbesondere für die Beteiligungsrichtlinie und die Erarbeitung einer Grundstruktur für die Geschäftsführungsverträge und Gesellschaftsverträge
- die Steuerung der Beteiligungen zur Erreichung strategischer und finanzieller Ziele der Gemeinde
- die Betreuung, Unterstützung und Beratung der Vertreter der Gemeinde in den Organen der Unternehmen in Angelegenheiten von grundsätzlicher rechtlicher oder finanzieller Bedeutung sowie die Gewährleistung ihrer entsprechenden Qualifizierung

Beim Beteiligungsmanagement wird auch die Beteiligungsakte geführt. Die Beteiligungsakte besteht aus folgenden Bestandteilen:

- wesentliche Vertragswerke (Gesellschaftsvertrag, Geschäftsordnung, Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, Anstellungsvertrag des Geschäftsführers nebst Anlagen). Dabei sind Personalakten aus Datenschutzgründen gesondert zu führen.
- Unterlagen der Gesellschafterversammlung (Einladungen, Tagesordnungen, Vorbereitungen der Tagesordnungen, Beschlüsse, Niederschriften etc.)
- Aufsichtsratsunterlagen (Einladungen, Tagesordnungen, inkl. Anlagen, Vorbereitungen der Tagesordnungen für die Mandatsträger, Sitzungsniederschriften etc.)
- Berichtswesen (Wirtschafts- und Finanzpläne, jährliches und unterjähriges Berichtswesen, Risikoberichte, Prüfungsberichte etc.)
- laufende Vorgänge.

Die Beteiligungsverwaltung hat ein aktives Teilnahmerecht an den Sitzungen der Gesellschaftsgremien. An Gesprächen von Geschäftsführern mit der Landrätin bzw. mit der Aufgabenwahrnehmung dauerhaft betrauten Personen soll die Beteiligungsverwaltung teilnehmen.

Für mittelbare Beteiligungen nimmt das Beteiligungsmanagement in dem Maße die Beteiligungsverwaltung und das Beteiligungscontrolling wahr, wie dies für den Landkreis möglich und sinnvoll ist.

Bei Unternehmen, an welchen der Landkreis unmittelbar seine Anteile hält, ist der Wirtschaftsplan auf Anforderung des Beteiligungsmanagements in Vorbereitung der Haushaltsplanung des Landkreises termingerecht einzureichen. Bei Wirtschaftsplänen von Unternehmen, welche darüber hinaus Zuschüsse, Zuwendungen oder Leistungsentgelte aus dem Haushalt des Landkreises erhalten, stellt das Beteiligungsmanagement die Abstimmungen mit der Kämmerei sicher. Im Übrigen ist das Beteiligungsmanagement in die Wirtschaftsplanung frühzeitig einzubeziehen.

Die zeitliche Planung und die Eckwerte der Erstellung des Jahresabschlusses sind mit dem Beteiligungsmanagement frühzeitig abzustimmen, um u. a. eine rechtzeitige Erstellung des Jahresabschlusses des Landkreises zu ermöglichen. Zu den Jahresabschlussgesprächen mit den Abschlussprüfern ist das Beteiligungsmanagement von den Geschäftsführungen einzuladen und kann bei diesen mitwirken.

Das Beteiligungsmanagement ist im Vorfeld an der Wahl (Vorschlag) des Abschlussprüfers beratend zu beteiligen. Es kann den Aufsichtsrat bei der Festlegung von Prüfungsschwerpunkten beraten.

Das Beteiligungsmanagement erstellt gemäß §82 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 bzw. § 83 Abs. 4 Satz 2 Nr.5 BbgKVerf in Verbindung mit § 61 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung

(KomHKV) den Beteiligungsbericht. Die Unternehmen haben bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes entsprechend mitzuwirken.

Sofern Sachverhalte im Aufgabenbereich des Beteiligungsmanagements einer Mitteilung gegenüber Ministerien des Landes Brandenburg bedürfen, erfolgt diese ausschließlich durch das Beteiligungsmanagement. Darüber hinaus ist das Beteiligungsmanagement Ansprechpartner in sämtlichen Fragen der überörtlichen Aufsicht.

Das Beteiligungsmanagement soll im Sinne des § 98 Nr. 4 BbgKVerf einen ausreichenden Informationsfluss zwischen den verschiedenen Entscheidungsträgern sicherstellen. Für die Mitglieder in den Aufsichtsgremien bereitet es die Unterlagen und Beschlussvorlagen aus den Unternehmen auf und kommentiert diese bzw. spricht Empfehlungen aus. In dieser Form erfolgt gegenüber den Mandatsträgern eine Hilfestellung bei der Vorbereitung von Entscheidungen.

Das Beteiligungsmanagement gewährt den Mandatsträgern fachliche Unterstützung sowie Beratung und sorgt gemeinsam mit den Geschäftsführungen in Abstimmung mit den Fraktionen für eine ständige Weiterbildung.

2.1.6 Kämmerei

Die Kämmerei ist für das Finanzwesen des Landkreises zuständig. Sie wird vom Beteiligungsmanagement über alle Beteiligungsvorgänge informiert, die Auswirkungen auf den Haushalt des Kreises haben. Ebenso hat die Kämmerei das Beteiligungsmanagement über veränderte Ansätze in der Haushaltsplanung sowie im Haushaltsjahr eintretende Veränderungen der Finanzsituation des Landkreises, welche Auswirkungen auf die kommunalen Unternehmen haben, zu informieren und gegebenenfalls dazu Abstimmungen vorzunehmen.

2.1.7 Rechnungsprüfungsamt

Die spezielle Bedeutung und die Befugnisse des Rechnungsprüfungsamtes als Prüfeinrichtung des Landkreises Teltow-Fläming richten sich nach § 102 Abs. 1 BbgKVerf sowie § 53 in Verbindung mit § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG). Die Prüfbefugnisse sind zugleich gemäß der BbgKVerf in den Gesellschaftsverträgen verankert.

2.1.8 Wirtschaftsprüfer

Die Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt nach den entsprechenden Regelungen des Gesellschaftsvertrages.

Der Jahresabschluss von Eigenbetrieben obliegt nach § 106 i.V.m. § 105 Abs. 3 BbgKVerf dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises. Dieses kann sich zur Durchführung der Prüfung eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bedienen.

Um eine objektive und unabhängige Prüfung sicherzustellen, sollte ein Wechsel des Wirtschaftsprüfers nach spätestens 5 Jahren erfolgen.

2.2 Unternehmensebene

2.2.1 Gesellschafterversammlung

Die Landrätin oder eine von ihr dauerhaft betraute Person ist gemäß § 97 Abs. 1 BbgKVerf der Vertreter des Landkreises Teltow-Fläming in der Gesellschafterversammlung der kreislichen Beteiligung.

Weisungsbeschlüsse des Kreistages zu bestimmten Entscheidungen in der Gesellschafterversammlung binden den Vertreter in seinem Stimmverhalten.

Die Landrätin unterrichtet den Kreistag in nichtöffentlicher Sitzung frühzeitig über die Angelegenheiten von besonderer Bedeutung. Eine Angelegenheit ist insbesondere dann von besonderer Bedeutung, wenn absehbar ist, dass von den Finanzziele der Gesellschaft in erheblichem Umfang abgewichen wird. Gemäß § 97 Abs. 7 BbgKVerf besteht die Unterrichtungspflicht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Soweit die Gesellschafterversammlungen im Einzelfall keine anderen Festlegungen treffen, nehmen an den Gesellschafterversammlungen neben dem Gesellschaftervertreter des Landkreises Teltow-Fläming (Landrätin oder ein von ihr mit der Wahrnehmung der Aufgaben betrauter Beschäftigter) stimmrechtslos weiterhin die Geschäftsführung des Unternehmens und Mitarbeiter des Beteiligungsmanagement teil.

2.2.2 Aufsichtsrat (Werksausschuss)

Die Bildung eines Aufsichtsrates – bzw. eines entsprechenden Aufsichtsorgans – ist im Gesellschaftsvertrag auch bei den Unternehmen vorzusehen, für die keine gesetzliche Pflicht hierzu besteht. Davon kann abgewichen werden, wenn dies aufgrund der Größe, Aufgaben und Bedeutung des Unternehmens nicht angemessen ist. Wird kein Aufsichtsrat gebildet, obliegen die für ihn vorgesehenen Aufgaben und Funktionen der Gesellschafterversammlung.

Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung. Dabei erstreckt sich die Überwachung auf die Ordnungsgemäßheit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung des Unternehmens. Zusammensetzung, Aufgaben und Rechte des Aufsichtsrats ergeben sich aus den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

Aufsichtsratsmitglieder sind nicht an Weisungen gebunden. Ihre Entscheidungen sind auf das Unternehmenswohl gerichtet. Soweit der Kreistag Empfehlungen abgibt, sind diese zwar in der Entscheidung als solche zu berücksichtigen, jedoch nicht, wenn sie dem Unternehmenswohl entgegenstehen. Diese Prüfung hat jedes Aufsichtsratsmitglied eigenverantwortlich vorzunehmen.

Die aus dem Kreistag entsandten Aufsichtsratsmitglieder unterrichten die Landrätin frühzeitig über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, vgl. § 97 Abs. 7 Satz 1 BbgKVerf.

Dem Aufsichtsrat sollen gemäß § 97 Abs. 4 BbgKVerf jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Eignung verfügen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben durch eigene persönliche und fachliche Fort- und Weiterbildung dafür zu sorgen, dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Aufgaben erfüllen können. Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seines Mandates genügend Zeit zur Verfügung steht. Die Fraktionen des Kreistages tragen bei der Ausübung ihres Vorschlagsrechtes eine besondere Verantwortung.

Zu Beginn einer neuen Legislaturperiode bietet das Beteiligungsmanagement ein Einführungsseminar zur Wahrnehmung des kommunalen Aufsichtsratsmandates für alle durch die Fraktionen berufenen Personen in den Aufsichtsräten an. Weitere laufende Weiterbildungsmaßnahmen werden in enger Abstimmung zwischen den Geschäftsführungen, dem Beteiligungsmanagement und den Fraktionen vereinbart und vorbereitet. Die Teilnahme an den genannten Fortbildungsseminaren ist obligatorisch, soweit nicht ein sonstiger Nachweis der nach § 97 Abs. 4 BbgKVerf erforderlichen Qualifikationen der Aufsichtsratsmitglieder unzweifelhaft erbracht werden kann.

Der Aufsichtsrat soll sich auf der Basis des Gesellschaftsvertrages eine Geschäftsordnung geben.

Dem Beteiligungsmanagement steht gemäß § 97 Abs. 5 BbgKVerf ein aktives Teilnahme-recht an den Gremiensitzungen zu.

2.2.3 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages, der Geschäftsordnung, des Anstellungsvertrages und der geltenden Beteiligungsrichtlinie zu führen. Die Geschäftsführung stellt sicher, dass sich das Unternehmen den vergaberechtlichen Vorschriften (insbesondere GWB, VOB, VOL, VOF) wie ein öffentlicher Auftraggeber unterwirft und sich bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen gemäß diesen Vorschriften verhält. Die Rechte und Pflichten der Geschäftsführung nach GmbH-Gesetz werden durch diese Richtlinie nicht eingeschränkt.

Ein Eingriff in die unternehmerische Verantwortung der Geschäftsführung darf nicht erfolgen. Dies betrifft insbesondere Entscheidungen über die Vorgehensweise zur Erreichung der Ziele des Gesellschafters, den Vollzug der Wirtschaftspläne, Entscheidungen über Maßnahmen zur Vermeidung von Planabweichungen oder die Aufstellung des Jahresabschlusses.

Unbeschadet des Rechtes der Gesellschafterversammlung, der Geschäftsführung zulässige Weisungen zu erteilen, ist diese ausschließlich dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Unzulässige Weisungen, die mit dem Unternehmensinteresse kollidieren, hat die Geschäftsführung formell zu beanstanden.

Sämtliche Vorlagen an die Gesellschafterversammlung, den Aufsichtsrat der Gesellschaft, seine Ausschüsse oder sonstige Gremien, sind dem Beteiligungsmanagement im Vorfeld der Sitzungen zum Zeitpunkt der Zustellung an die Mitglieder der entsprechenden Gremien ebenfalls zur Verfügung zu stellen, spätestens vier Wochen vor der Sitzung. Sitzungsniederschriften sind innerhalb von vier Wochen nach der Sitzung durch die Geschäftsleitung zu erstellen und den Gremienmitgliedern sowie dem Beteiligungsmanagement zuzuleiten.

Die Geschäftsführung erstattet auf Verlangen dem Ausschuss für Wirtschaft Bericht über die Situation des Unternehmens. Der Gesellschaftsvertreter des Landkreises Teltow-Fläming soll im Vorfeld Umfang und Inhalt der Berichterstattungen mit der Geschäftsführung abstimmen. Dabei wird er vom Beteiligungsmanagement unterstützt.

Die Geschäftsführung ist verpflichtet, die kontinuierliche unternehmensspezifische Weiterbildung der Aufsichtsratsmitglieder zu unterstützen.

3 Steuerung der kreislichen Beteiligungen (Beteiligungsmanagement)

3.1 Zielvereinbarungen

Mit Gründung eines kommunalen Unternehmens legt die Kommune grundsätzlich den Geschäftszweck und die zu erfüllenden öffentlichen Aufgaben für ein Unternehmen fest. Um die Vorgaben des Geschäftszwecks und der Fachkonzepte zusammenzufassen, möglichst zu präzisieren und zwischen Unternehmen, Verwaltung und Politik diesbezüglich eine mittelfristig verbindliche strategische Linie zu vereinbaren erfolgt im Rahmen der strategischen Beteiligungssteuerung durch den Kreistag die Vorgabe von Eigentümerzielen.

Zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Gesellschafter und den Gesellschaften mit – wesentlicher Bedeutung – sollen auf Grundlage eines Zielsystems mehrjährige Zielvereinbarungen geschlossen werden. Dabei sollten die Ziele des Landkreises (Eigentümerziele) (u.a. abgeleitet aus dem Leitbild) mit den unternehmens- und marktspezifischen Gegebenheiten in Einklang gebracht werden.

Die Ziele enthalten sowohl Sach- als auch Finanzziele mit klarer Priorisierung, um einerseits der Verpflichtung des öffentlichen Zwecks gerecht zu werden und andererseits die Erfüllung der kommunalen Aufgaben auf wirtschaftliche Weise sicherzustellen. Die Zielvereinbarungen gelten für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren und sind möglichst realistisch und messbar zu formulieren. Zwischenzeitliche Anpassungen sind aufgrund geänderter Ziele oder veränderter Marktbedingungen möglich.

Anhand der Zielvereinbarungen erarbeitet die Gesellschaft durch Konkretisierung der Eigentümerziele ein strategisches Unternehmenskonzept für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren. Das strategische Unternehmenskonzept ist wiederum Grundlage des jährlichen Wirtschaftsplanes.

Die Beteiligungssteuerung durch strategische Zielvorgaben beinhaltet ein Zielcontrolling. Im Rahmen des Zielcontrollings wird regelmäßig die Erreichung der Eigentümerziele einschließlich der Umsetzung des strategischen Unternehmenskonzeptes und der jährlichen Wirtschaftsplanung sowie die Erreichung der mit der Geschäftsführung vereinbarten Ziele überprüft.

3.2 Wirtschaftsplan

Vor Beginn eines Geschäftsjahres ist für jedes Geschäftsjahr in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften ein Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser ist dem Beteiligungsmanagement unverzüglich zuzuleiten. Der Wirtschaftsplan soll bis zum 30.09. von der Gesellschafterversammlung festgestellt sein.

Der Wirtschaftsplan besteht aus den in § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV genannten Festsetzungen, dem Erfolgsplan und dem Finanzplan. Beigefügt werden ihm insbesondere ein Vorbericht, eine Stellenübersicht sowie ein Investitionsplan.

Der Wirtschaftsplan ist in den Fällen des § 14 Abs. 4 EigV durch Nachtrag zu ändern. Die Wertgrenze, ab der Abweichungen im Sinne des § 14 Abs. 4 EigV als von erheblicher Bedeutung angesehen werden, wird auf grundsätzlich 10 % festgesetzt.

Die Wirtschaftspläne sind dem Beteiligungsmanagement durch die Beteiligungsunternehmen in digitalisierter Form zur Verfügung zu stellen.

3.3 Unterjähriges Berichtswesen – Quartalsberichte

Zur Erfüllung der Aufgaben des Beteiligungsmanagement aus § 98 BbgKVerf ist es nötig, dass die Unternehmen dem Beteiligungsmanagement zeitnah Informationen zur Verfügung stellen. Dies erfolgt in Form des unterjährigen Berichtswesens. Mit dem Berichtswesen sollen kompakte und aktuelle Informationen zur Lage der jeweiligen Beteiligung zur Verfügung gestellt werden, so dass eine unterjährige Überwachung des Geschäftsverlaufes und ein frühzeitiges Erkennen von Entwicklungen/ Tendenzen gewährleistet wird. Damit soll das frühzeitige Ergreifen von Gegenmaßnahmen ermöglicht werden.

Die Geschäftsführung soll in Form von Quartalsberichten auf Abweichungen des Geschäftsverlaufes von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen eingehen (Soll-Ist-Vergleich). Zudem ist ein Sachstandsbericht zur wirtschaftlichen Entwicklung abzugeben. Wesentliche (negative) Abweichungen von mehr als 10 % sind vom Unternehmen schriftlich zu begründen.

Diese Daten sind dem Beteiligungsmanagement spätestens vier Wochen nach Quartalsende elektronisch zur Verfügung zu stellen.

Befindet sich ein Unternehmen in wirtschaftlich prekärer Situation, ist von diesem unverzüglich ein Risikobericht anzufertigen und dem Beteiligungsmanagement zu übersenden.

3.4 Risikoberichte

Die Geschäftsführung hat geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden. Die Risikosituation der Beteiligung ist in einem Risikobericht darzustellen. Der Risikobericht umfasst

- die konkrete Darstellung des Risikos,
- die Auswirkung auf die Wirtschafts- und Finanzplanung,
- eine Ursachenanalyse sowie
- Maßnahmen zur Gegensteuerung.

Der Risikobericht ist in den Unternehmensorganen zu beraten und spätestens zum 30.04. beim Beteiligungsmanagement abzugeben.

3.5 Jährliches Berichtswesen

Die Jahresabschlüsse der kreislichen Beteiligungen sind gemäß § 96 Abs. 1 Nr.4 BbgKVerf aufzustellen und zu prüfen. Der Jahresabschluss ist so rechtzeitig aufzustellen, dass seine Prüfung durch einen Abschlussprüfer und seine Feststellung durch die Gesellschaftsgremien innerhalb des im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zeitraumes erfolgen kann. Der (vorläufige) Jahresabschluss ist dem Beteiligungsmanagement in der Regel bis Mitte Mai des jeweiligen Jahres in elektronischer Form zu übersenden. Der Lagebericht der Geschäftsführung soll zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung nehmen.

Die Landrätin berichtet dem Kreistag mindestens jährlich in zusammengefasster Form über die bestätigten Jahresabschlüsse der Unternehmen sowie die Erfüllung der Zielvereinbarungen.

Vom Beteiligungsmanagement wird unter Beachtung des § 82 Abs.2 Satz 2 Nr.5 bzw. § 83 Abs. 4 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf i.V.m. § 61 KomHKV der Beteiligungsbericht des Landkreises auf der Grundlage der geprüften Jahresabschlüsse angefertigt und jährlich fortgeschrieben.

3.6 Portfoliomanagement

Das Portfoliomanagement gehört zu den Aufgaben des Beteiligungsmanagements. Dabei ist zu prüfen, ob neue Beteiligungen in das Beteiligungsportfolio aufgenommen werden sollten oder ob Beteiligungen aus dem Beteiligungsportfolio zu nehmen sind.

4 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Beschlussfassung des Kreistages am xxxx in Kraft.

Anlage I

Regelungen zur Bestellung/Wiederbestellung von Geschäftsführern sowie zur Ausgestaltung der Verträge

1. Bestellung und Wiederbestellung von Geschäftsführern

Über die Bestellung und Wiederbestellung von Geschäftsführern entscheidet die Gesellschafterversammlung nach Vorberatung durch den Aufsichtsrat. Die Laufzeit von Geschäftsführer- und Vorstandsverträgen beträgt grundsätzlich 5 Jahre. Eine automatische Verlängerung der Anstellung ist auszuschließen. Vor der Entscheidung über eine Wiederbestellung ist der Gesellschafter rechtzeitig, möglichst 9 Monate vor Ablauf der Frist, durch den Geschäftsführer zu informieren.

2. Inhaltliche Ausgestaltung von Geschäftsführerverträgen

Die Entscheidung über die inhaltliche Ausgestaltung des Anstellungsverhältnisses obliegt in der Regel der Gesellschafterversammlung. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Verträge ist die Stellung von öffentlichen Unternehmen gegenüber den Einwohnern, unter dem Aspekt der Finanzierung der Unternehmen aus öffentlichen Geldern und der Aufgabe des Landkreises gem. §122 Abs. 2 BbgKVerf, das Wohl der Einwohner zu fördern, zu berücksichtigen und Verhältnismäßigkeit zu wahren. Insbesondere sind bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Verträge folgende Rahmenregelungen zu berücksichtigen:

a. Tantieme: Es ist darauf hinzuwirken, dass ein Teil der Vergütung eine stark leistungsbezogene Komponente aufweist (Tantiemenregelung). Diese sollte 20% der Vergütung nicht unterschreiten. Der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung entscheidet über alle Punkte der leistungsbezogenen Komponente, wie Ziele, Gewichtung und Zielerreichung.

b. Versorgung: Versorgungsregelungen nach Auslaufen des Vertrages, welche die Gesellschaft dauerhaft belasten, sind auszuschließen.

c. Rückkehrrecht: Von einem vertraglich geregelten Rückkehrrecht zur Kreisverwaltung für den Fall, dass keine Wiederbestellung erfolgt, ist abzusehen, soweit gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen.

3. Nebentätigkeiten von Geschäftsführern

Soweit Geschäftsführer neben der Führung der Geschäfte der Gesellschaft noch weitere entgeltliche Tätigkeiten ausüben, bedürfen Sie dafür der Genehmigung des Aufsichtsgremiums.

Anlage II:

Vertragsbeziehungen und Rechtsgeschäfte zwischen Organen der Gesellschaft und der Gesellschaft

1. Beraterverträge für ausscheidende oder ausgeschiedene Geschäftsführer

Soweit für einen Zeitraum innerhalb von 2 Jahren nach Ausscheiden aus der Gesellschaft vorgesehen ist, mit Aufsichtsratsmitgliedern, Geschäftsführern oder leitenden Angestellten Beraterverträge abzuschließen, ist hierfür die Zustimmung des Gesellschafters nach Vorberatung des Aufsichtsrates notwendig. Dem Aufsichtsrat sind die relevanten Vertragsinhalte offen zu legen, soweit gesetzliche Bestimmungen einer Offenlegung nicht entgegenstehen.

2. Sonstige Vertragsbeziehungen/ Rechtsgeschäfte

Vertragsbeziehungen und Rechtsgeschäfte (z.B. Dienstleistungs- und Werkverträge) zwischen Aufsichtsratsmitgliedern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten mit der Gesellschaft sind dem Aufsichtsrat ebenfalls anzuzeigen und von diesem zu genehmigen. Ausgenommen hiervon sind Geschäfte des Alltags, welche lediglich eine tarifliche Leistung der Gesellschaft im Rahmen des originären Unternehmenszwecks darstellen. Für ehemalige

Aufsichtsratsmitglieder und Geschäftsführer gilt diese Regelung für die ersten zwei Jahre nach Ihrem Ausscheiden entsprechend.

Anlage III: Jubiläen und Abschiedsfeiern

Sofern Jubiläen oder Abschiedsfeiern durchgeführt werden, sind folgende Vorgaben zu beachten:

- Die Kosten für die Feierlichkeiten im Rahmen von Jubiläen und Abschiedsfeiern von Aufsichtsratsmitgliedern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten sind von den Personen selbst zu tragen.
- Von dieser Regelung ausgeschlossen sind Kosten, die gesellschaftsintern durch Nutzung der Peripherie und der Infrastruktur der Gesellschaft entstehen, soweit diese Kosten verhältnismäßig sind. Die Entscheidung über die Inanspruchnahme dieser Leistungen sowie über die Verhältnismäßigkeit der Kosten obliegt vorab dem Aufsichtsrat. Dem Aufsichtsrat ist bei der Inanspruchnahme von Infrastruktur der Gesellschaft eine geeignete Darstellung der Kosten vorzulegen.

Anlage IV: Dienstwagenregelung

1. Generelles

Es ist in Bezug auf die o.g. Stellung eines kommunalen Unternehmens Verhältnismäßigkeit bzgl. des Preises, der Ausstattung und des Modells zu wahren. Hierbei ist insbesondere auf den für die gewählte Fahrzeugklasse geringst möglichen Schadstoffausstoß und niedrige Verbrauchswerte zu achten.

Bei der Wahl der Finanzierung von Dienstwagen ist innerhalb der Gesellschaft sicherzustellen, dass das für die Gesellschaft wirtschaftlichste Finanzierungsinstrument (Leasing, Finanzierungskauf, Kauf) gewählt wird.

2. Geschäftsführer:

Es können grundsätzlich Vereinbarungen getroffen werden, welche die Nutzung von Dienstwagen auch für private Zwecke ermöglichen. Dieses bedarf vorab einer Entscheidung des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung. Über den Rahmen der privaten Nutzung sind entsprechende Regelungen im Unternehmen zu treffen.

3. Dienstwagennutzung unterhalb der Geschäftsführerebene:

Unterhalb der Geschäftsführerebene können grundsätzlich Vereinbarungen getroffen werden, welche die Nutzung von Dienstwagen auch für private Zwecke ermöglichen. Dieses bedarf vorab einer Entscheidung des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung. Über den Rahmen der privaten Nutzung sind entsprechende Regelungen im Unternehmen zu treffen.

Anlage V Regelungen zum Aufsichtsrat

Die Vertreter des Landkreises Teltow- Fläming setzen sich **unter Beachtung** der Beteiligungsrichtlinie **für die Interessen des Unternehmens und** des Landkreises ein.

1. Grundsätzliches

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden mittels Entsendung durch den/ die Gesellschafter oder durch Wahl bestellt. Der Aufsichtsrat ist das wichtigste Überwachungs- und Kontrollorgan. Die Aufsichtsratsmitglieder sind für die Ausübung ihres Mandats persönlich verantwortlich.

Im Gesellschaftsvertrag kann zudem bestimmt werden, dass Geschäfte und Rechtshandlungen von grundsätzlicher Bedeutung der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen. Hierzu

gehören Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern oder hochriskant sind.

In einem Katalog der zustimmungspflichtigen Geschäfte können im Gesellschaftsvertrag weitere Maßnahmen der Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung durch den Aufsichtsrat unterworfen werden. Weitere Zuständigkeitsfragen können in einer Geschäftsordnung durch den Aufsichtsrat festgelegt werden.

2. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Grundlage dafür ist gegenseitiges Vertrauen, welches insbesondere durch Beachtung der in der Beteiligungsrichtlinie hinterlegten Transparenz-, Offenlegungs- und Vertraulichkeitspflichten geschaffen wird. Deren Einhaltung ist wesentliche Pflicht gegenüber dem Unternehmen und seinen Organen.

Die Geschäftsleitung stimmt auf der Grundlage von Unternehmensgegenstand und Unternehmenszweck die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung.

Die ausreichende Informationsversorgung des Überwachungsorgans ist gemeinsame Aufgabe von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat.

Die Geschäftsleitung informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements sowie über für das Unternehmen bedeutende Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds. Sie geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Inhalt und Turnus der Berichtspflichten sollen sich an § 90 AktG orientieren.

Der Aufsichtsrat legt die Informations- und Berichtspflichten der Geschäftsleitung in deren Geschäftsordnung näher fest. Berichte der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat sind in der Regel in Textform zu erstatten. Entscheidungsnotwendige Unterlagen, insbesondere der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht, werden den Mitgliedern des Aufsichtsrates rechtzeitig vor der Sitzung zugeleitet.

Der Sitzungen des Aufsichtsrates sind nichtöffentlich. Bei Bedarf kann der Aufsichtsrat auch ohne Geschäftsführung tagen.

3. Aufgaben

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, die Geschäftsführung bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Er ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einzubinden.

Der Aufsichtsrat achtet im Rahmen seiner Überwachungsfunktion darauf, dass die operativen Ziele, die die Gesellschaft verfolgt, den strategischen Zielen der Gesellschafter nicht entgegenstehen.

Der Aufsichtsrat wirkt auf eine inhaltsnahe Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie hin.

Der Aufsichtsrat soll sich eine Geschäftsordnung geben.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat für seine eigene persönliche und fachliche Qualifikation zu sorgen, um seine Aufgabe und Verantwortlichkeit im Sinne dieses Verhaltenskodex erfüllen zu können.

Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht. Außerdem sollen insgesamt nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate in Gesellschaften wahrgenommen werden. Dies gilt nicht für die Landrätin.

Alle zwei Jahre sind vom Aufsichtsrat die Wertgrenzen für die unter einem

Zustimmungsvorbehalt stehenden Arten von Geschäften und Rechtshandlungen auf ihre Zweckmäßigkeit und Praktikabilität zu überprüfen.

Der Aufsichtsrat hat regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit zu prüfen. Dies soll insbesondere dadurch geschehen, dass er einmal im Jahr über Verbesserungsmöglichkeiten berät.

4. Entsendung/ Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder

Unter Berücksichtigung des § 97 Abs.4 BbgKVerf sind die persönlichen Fähigkeiten ausschlaggebend für die vom Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming getroffene Auswahl. Die den Aufsichtsratsmitgliedern zufallenden Aufgaben erfordern insbesondere die Fähigkeit, etwaige unternehmerische Chancen und Risiken rechtzeitig erkennen zu können. Aus diesem Grund haben die für die Entsendung der Aufsichtsratsmitglieder zuständigen Fraktionen neben den kommunalrechtlichen Vorgaben bei der Vergabe von Aufsichtsratsmandaten folgende Kriterien zu beachten:

- Ist eine ausreichende zeitliche Verfügbarkeit gewährleistet?
- Bestehen Interessenskonflikte, sind diese vor Entsendung dem Gesellschafter anzuzeigen.

Ferner ist nach Rechtsprechung des BGH ein Vorhandensein von Mindestkenntnissen erforderlich. Hier handelt es sich um die Frage der individuellen Qualifikation der potentiellen Mandatsträger. Hier sind Mindestkenntnisse in allgemeiner wirtschaftlicher, organisatorischer und rechtlicher Art vorauszusetzen, welche notwendig sind, um alle normalerweise anfallenden Geschäftsvorgänge auch ohne fremde Hilfe verstehen und sachgerecht beurteilen zu können. Insbesondere gehören hierzu:

- Kenntnisse der satzungsmäßigen sowie der gesetzlichen Aufgaben des Aufsichtsrates
- Wissen um die individuellen Rechte und Pflichten als Aufsichtsratsmitglied,
- Kenntnisse, um die dem Aufsichtsrat vorliegenden Berichte verstehen, bewerten und daraus Schlussfolgerungen ziehen zu können,
- die Fähigkeit, den geprüften Jahresabschluss (ggf. mit Hilfe des Abschlussprüfers) beurteilen zu können,
- Kenntnisse zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit von Unternehmensentscheidungen.

Die Aufsichtsratsmitglieder sind damit in der Pflicht über die Kenntnisse und Fähigkeiten zu verfügen, welche erforderlich sind, um alle anfallenden Geschäftsvorfälle weitgehend ohne fremde Hilfe zu verstehen und sachgerecht beurteilen zu können. Neu in einen Aufsichtsrat entsandte Mitglieder müssen daher auch zu einer ausreichenden Einarbeitung bereit sein, wozu sie von allen Seiten (Aufsichtsrat, Gesellschaft, Kreisverwaltung) insbesondere durch Schulungen Unterstützung erhalten.

5. Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsratsvorsitzenden

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit der Geschäftsführung regelmäßig Kontakt, um mit ihr die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens zu beraten.

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch die Geschäftsführung zu informieren. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat sodann den Aufsichtsrat unterrichten und erforderlichenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einzuberufen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hat auf die Einhaltung der Verschwiegenheitsregelung durch alle Mitglieder des Aufsichtsrats zu achten.

6. Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Bei der Benennung seitens des Kreistages bzw. der Fraktion ist darauf zu achten, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und hinreichend unabhängig sind. Ferner sind die Tätigkeit des Unternehmens und potenzielle Interessenkonflikte zu berücksichtigen.

Eine unabhängige Beratung und Überwachung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat wird auch dadurch ermöglicht, dass dem Aufsichtsrat kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung angehören darf. Das Aufsichtsratsmitglied hat eine Erklärung darüber abzugeben, ob es Beratungsaufgaben oder Organfunktionen bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausübt.

7. Vergütung

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festgelegt. Sie hat der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens Rechnung zu tragen.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und die Vergütungssätze der Aufsichtsratsmitglieder werden im Jahresabschluss ausgewiesen; die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auch im Anhang zum Jahresabschluss.

Die vom Unternehmen an die Mitglieder des Aufsichtsrats gezahlten Vergütungen oder gewährten Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, werden gesondert im Anhang zum Jahresabschluss angegeben.

Vermögenshaftpflichtversicherung: Im Falle einer Aufsichtsratsvergütung soll für eine von der Gesellschaft für die Aufsichtsratsmitglieder abgeschlossene D&O (Directors & Officers) Versicherung eine angemessene Selbstbeteiligung, die sich an der Höhe der Vergütung orientiert, vereinbart werden. Die Zweckmäßigkeit und Höhe einer solchen Versicherung ist unternehmensspezifisch zu prüfen.

8. Interessenkonflikte

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Gleichzeitig haben die Vertreter des Landkreises in den Aufsichtsratsgremien dessen besonderen Interessen, insbesondere die Beschlüsse des Kreistages, zu berücksichtigen, sofern diese nicht dem Unternehmensinteresse entgegenstehen.

Die kreislichen Vertreter in den Aufsichtsräten haben die Umsetzung der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung sowie den öffentlichen Zweck sorgfältig zu überprüfen und die Ausübung der Geschäftstätigkeit ggf. kritisch zu hinterfragen.

Die kreislichen Vertreter setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinie ein und arbeiten in ihren Gremien darauf hin, dass die genannten Punkte umgesetzt werden.

Kein Aufsichtsratsmitglied darf bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen, noch Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenkonflikte, insbesondere solche, die auf Grund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern der Gesellschaft entstehen können, dem Aufsichtsrat gegenüber offen legen. Der Aufsichtsrat hat in seinem Bericht an die Gesellschafterversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung zu informieren. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats.

9. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat vereinbart, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Der Aufsichtsrat soll Festlegungen zu Prüfungsschwerpunkten des Abschlussprüfers treffen. Bei Unternehmen ohne Aufsichtsrat vereinbart die Gesellschafterversammlung mit dem Abschlussprüfer entsprechende Berichts- und Informationspflichten. Der Abschlussprüfer nimmt in der Regel an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

Anlage VI:

Sponsoring und Anti-Korruptionsregelungen

Sponsoring umfasst die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, Sachmitteln und Dienstleistungen durch die Unternehmen zur Förderung von Personen und/oder Organisationen im sportlichen, kulturellen und/oder sozialen Bereich. Sponsoring verfolgt gleichzeitig Ziele der Unternehmenskommunikation. Spenden umfassen im Sinne dieser Beteiligungsrichtlinie alle direkten und indirekten Geld-, Sach-, und Leistungsspenden für religiöse, wissenschaftliche, gemeinnützige, kulturelle oder politische Zwecke.

Die Höhe der Sponsoring- und Spendenleistungen soll sich nach der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens richten. Der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung hat im Vorfeld über die Ausreichung der Leistung zu entscheiden.

Transparenz über die persönlichen und wirtschaftlichen Umstände der Aufsichtsratsmitglieder sichert das Vertrauen in deren Entscheidungen.

Im Hinblick auf die zu Recht erwartete Vorbildfunktion und in Ergänzung zu den gesetzlichen Regelungen verpflichten sich die Aufsichtsratsmitglieder kreiseigener Gesellschaften freiwillig zu den nachfolgend genannten Grundsätzen:

Die Mitglieder fühlen sich an ihre Offenbarungs- und Anzeigepflichten gebunden, insbesondere bei möglichen Unvereinbarkeiten mit dem von Ihnen ausgeübten Mandat.

Die Aufsichtsratsmitglieder sehen es mit ihrem Amt als unvereinbar an, irgendwelche Vorteile entgegenzunehmen, mit denen Einfluss auf Entscheidungen genommen werden könnte bzw. der Anschein einer Einflussnahme entstehen könnte und verpflichten sich, weder Geld noch unangemessene Sachgeschenke oder sonstige Vorteile anzunehmen, die ihnen auf Grund des Aufsichtsratsmandates angeboten werden.

Sie nehmen ihre Pflicht zur Anzeige von Befangenheitsumständen sehr ernst und werden relevante Angaben mitteilen.

Schließlich sehen es sie es als unzulässig an, Kenntnisse, die sie allein auf Grund ihrer Tätigkeit als Aufsichtsrat erlangen, zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil Dritter zu verwenden.

Die Annahme von Bargeld ist unzulässig. Zulässig ist die Annahme von geringwertigen Sachgeschenken bis zu einer Wertgrenze von 30 Euro sowie zum Beispiel von Massenwerbeartikeln, Blumensträußen oder ähnlichen im Rahmen des Üblichen liegenden Aufmerksamkeiten. Höherwertige Geschenke bei offiziellen Anlässen, deren Ablehnung gegen die Regeln der Höflichkeit verstoßen würde (zum Beispiel Gastgeschenke bei Auslandsreisen),

sind unverzüglich dem Beteiligungsmanagement zu übergeben.

Einladungen zum Essen oder ähnlichen Anlässen gehören zur Ausübung insbesondere der repräsentativen Funktionen der ehrenamtlichen Tätigkeit und sind nicht zu beanstanden, wenn sie einen angemessenen Umfang nicht überschreiten. In jedem Einzelfall ist zu prüfen, ob sich aus einer Einladung Abhängigkeiten ergeben können. Abhängigkeiten können bei Einladungen in einem kleineren Personenkreis leichter entstehen als bei Veranstaltungen in einem großen offiziellen Rahmen. In Zweifelsfällen soll die Einladung abgelehnt werden. Als Obergrenze für den Wert einer angemessenen Bewirtung werden etwa 50 Euro angesehen.

Die Teilnahme an repräsentativen Veranstaltungen ist Bestandteil auch ehrenamtlicher Mandatstätigkeit. Die Annahme von angebotenen Freikarten für sonstige Veranstaltungen ist grundsätzlich unzulässig.

Beteiligungsrichtlinie 25.02.2011	Überarbeitungsvorschlag	Kurze Begründung zu Vorschlag
Präambel Der Landkreis Teltow-Fläming ist als Gesellschafter unmittelbar oder mittelbar an Unternehmen in den Bereichen Strukturentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr, Gesundheit, Arbeitsförderung und Freizeit beteiligt. Weitere können dazu kommen. Mit ihren Dienstleistungen erbringen die Unternehmen einen wichtigen kommunalen Beitrag. Ein erfolgreiches Agieren der Unternehmen erfordert ein gutes Zusammenspiel zwischen dem Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming, dem Kreistag, den Ausschüssen des Kreistages, den Mitgesellschaftern, den Aufsichtsräten und den Geschäftsführern der Unternehmen. Der Landkreis definiert die Aufgaben der Unternehmen, formuliert die damit verbundenen Ziele und stellt die notwendigen finanziellen Mittel bereit. Dem Geschäftsführer obliegt es, das Unternehmen in eigener Verantwortung so zu führen, dass die Ziele des Landkreises erreicht werden. Er wird dabei, soweit vorhanden, vom Aufsichtsrat überwacht. Bei wichtigen Geschäften erteilt er seine Zustimmung bzw. gibt gegenüber dem Gesellschafter Beschlussempfehlungen ab. An diesem Prinzip der „verteilten Verantwortung“ knüpft die Beteiligungsrichtlinie	Präambel Der Landkreis Teltow-Fläming ist Gemeindeverband und Gebietskörperschaft. Er erfüllt in seinem Gebiet in eigener Verantwortung alle die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Ämter, Städte und Gemeinden übersteigenden öffentlichen Aufgaben. Er fördert insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebietes zum Wohle der Einwohner. Seine Aufgaben erfüllt der Landkreis auch in Form der wirtschaftlichen Betätigung über seine Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen gemäß § 92 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf). Als Gesellschafter ist er unmittelbar oder mittelbar an Unternehmen in den Bereichen Strukturentwicklung, Verkehr, Gesundheitsvorsorge- und Gefahrenabwehr, Wirtschafts- und Arbeitsförderung beteiligt. Weitere könnten bei entsprechendem politischen Willen dazu kommen. Mit ihren Dienstleistungen erbringen die Unternehmen einen wichtigen kommunalen Beitrag. Ein erfolgreiches Agieren der Unternehmen erfordert ein gutes Zusammenspiel zwischen dem Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming,	Ergänzung und Neuformulierung (leserfreundlicher)

an und formuliert Grundsätze für die Zusammenarbeit.	dem Kreistag, den Ausschüssen des Kreistages, den Mitgesellschaftern, den Aufsichtsräten und den Geschäftsführern der Unternehmen. Der Landkreis definiert die Aufgaben der Unternehmen, formuliert die damit verbundenen Ziele und stellt die notwendigen finanziellen Mittel bereit. Der Geschäftsführung obliegt es, das Unternehmen in eigener Verantwortung so zu führen, dass die Ziele des Landkreises erreicht werden. Sie wird dabei, soweit vorhanden, vom Aufsichtsrat überwacht und ist ihm gegenüber informationspflichtig. Bei wichtigen Geschäften entsprechend der jeweiligen Satzung erteilt er seine Zustimmung bzw. gibt gegenüber dem Gesellschafter Beschlussempfehlungen ab. An diesem Prinzip der „verteilten Verantwortung“ knüpft die Beteiligungsrichtlinie an und formuliert Grundsätze für die Zusammenarbeit.	
1 Aufgaben und Ziele der Beteiligungsrichtlinie Die Aufgabe der Richtlinie ist es, die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Beteiligungen zu regeln. Dabei sind Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten abzugrenzen und an den Schnittstellen aufeinander abzustimmen. Die Beteiligungsrichtlinie soll sicherstellen, dass der Gesellschafter Landkreis Teltow-	1 Aufgaben und Ziele der Beteiligungsrichtlinie Die Aufgabe der Richtlinie ist es, die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Beteiligungen transparent zu regeln. Dabei sind Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten abzugrenzen und an den Schnittstellen aufeinander abzustimmen. Die Beteiligungsrichtlinie soll sicherstellen, dass der Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming seine Gesellschafterziele erreicht.	kleinere Ergänzungen

Fläming seine Gesellschafterziele erreicht. Neben kommunalpolitischen Zielen (Leistungszielen) verfolgt der Landkreis auch wirtschaftliche Ziele (Finanzziele). Die Richtlinie formuliert die dafür notwendigen Grundsätze, die in die Gesellschaftsverträge aufgenommen werden sollen.	Neben kommunalpolitischen Zielen (Leistungszielen) verfolgt der Landkreis auch wirtschaftliche Ziele (Finanzziele). Die Beteiligungsrichtlinie gilt für alle Eigengesellschaften des Landkreises. Bei Minderheitsbeteiligungen des Landkreises ist eine Anwendung der Beteiligungsrichtlinie anzustreben. Ebenso soll die Beteiligungsrichtlinie sinngemäß für den Eigenbetrieb des Landkreises sowie für alle weiteren gemäß § 92 BbgKVerf möglichen Unternehmensformen gelten. Diese Richtlinie gilt nicht für Zweckverbände, Stiftungen und Vereine.	Klarstellung des Geltungsbereiches
2 Begriffsverständnis Beteiligungsmanagement, -verwaltung und -controlling Zu den Inhalten einer effektiven kommunalen Beteiligungspolitik zählen das Beteiligungsmanagement mit den beiden Elementen Beteiligungsverwaltung und Beteiligungscontrolling. Die Rahmenrichtlinie legt folgendes funktionales Begriffsverständnis zu Grunde. Die <i>Beteiligungsverwaltung</i> umfasst die Unterstützung bei der Wahrnehmung der formalen und finanziellen Interessen des Gesellschafters Landkreis Teltow-Fläming, die Vorbereitung der Entscheidungen beim		Keine losgelöste Regelung, fließt in Punkt 2.1.5 ein

Gesellschafter, die Mandatsbetreuung und die Schaffung der Voraussetzungen für die Abstimmung der Finanzströme zwischen den Gesellschaften bzw. zwischen den Gesellschaften und dem kreislichen Haushalt. Der Beteiligungsverwaltung kommt eine administrative Funktion zu. In der Beteiligungsverwaltung werden Unterlagen und Informationen zu den Beteiligungen in Beteiligungsakten zentral verwaltet. Durch das <i>Beteiligungscontrolling</i> wird dieser Prozess begleitet. Dem Beteiligungscontrolling kommt eine unterstützende Funktion zu, indem entsprechende Analysen und Sachverhaltsbewertungen vorgenommen werden. Wesentliche Instrumente des Beteiligungscontrollings sind eine strategische Planung, eine integrierte operative Planung, die Analyse der Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse und ein geschäftsfeldbezogenes Berichtswesen. Über das Beteiligungscontrolling stellt der Gesellschafter Landkreis sicher, dass seine spezifischen Ziele von den Gesellschaften umgesetzt werden. Das Beteiligungsmanagement basiert auf einer funktionierenden Beteiligungsverwaltung und nutzt das Beteiligungscontrolling als Steuerungsinstrument.		
3 Geltungsbereich Diese Richtlinie gilt für alle privatrechtlichen		Unter Punkt 1 mit geregelt

Unternehmen und Einrichtungen, an denen der Landkreis beteiligt ist, sowie sinngemäß für alle Eigenbetriebe, eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit keine übergeordneten Regelungen entgegenstehen und in den Gesellschaftsverträgen/ -satzungen entsprechende Regelungen enthalten sind. Die Anwendung dieser Beteiligungsrichtlinie ist auch bei Minderheitenbeteiligungen anzustreben. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Anteilsmehrheit in der Summe Gebietskörperschaften zusteht. Ist dies nicht möglich, sind die Teile der Richtlinie und des Konzernberichtswesens umzusetzen, die ohne eine Änderung des Gesellschaftsvertrages möglich sind. Diese Richtlinie gilt nicht für Stiftungen und Vereine.				
4 Definition der beteiligten Akteure Im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung sind folgende Akteure beteiligt: <table><tr><td>Eigentümere. der Kreistag der AfW /der HFA der Landrat das Bet.mang. die Kämmerei das RPA</td><td>Gesellschafterebene die Gesellschaftervers. der Aufsichtsrat die Geschäftsführung/ Werkleitung</td></tr></table>	Eigentümere. der Kreistag der AfW /der HFA der Landrat das Bet.mang. die Kämmerei das RPA	Gesellschafterebene die Gesellschaftervers. der Aufsichtsrat die Geschäftsführung/ Werkleitung	2 Akteure und deren Zuständigkeiten Die wirtschaftlichen Betätigungen des Landkreises werden durch verschiedene Akteure gelenkt und getragen. Dies sind - die Eigentümerebene des Landkreises Teltow-Fläming mit dem Kreistag, dem Ausschuss für Wirtschaft, dem Haushalts- und Finanzausschuss, der Landrätin, dem Beteiligungsmanagement, dem Fachbereich Kämmerei und dem Rechnungsprüfungsamt.	Leserfreundlichere Formulierung (statt Tabelle)
Eigentümere. der Kreistag der AfW /der HFA der Landrat das Bet.mang. die Kämmerei das RPA	Gesellschafterebene die Gesellschaftervers. der Aufsichtsrat die Geschäftsführung/ Werkleitung			

	- die Unternehmensebene mit der Gesellschafterversammlung, ggf. dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung (Werkleitung).	
4.1 Eigentümerebene 4.1.1 Kreistag Der Kreistag wird bezüglich der Beteiligung im Rahmen der nach § 28 BbgKVerf und § 97 BbgKVerf zugewiesenen ausschließlichen Zuständigkeit tätig (z.B. erstmalige Beteiligung, Erhöhung, Veräußerung und Umwandlung einer Beteiligung, Wahl von Vertretern des Landkreises). Der Kreistag beschließt die Beteiligungsrichtlinie und die Zielvereinbarungen für die einzelnen Beteiligungen.	2.1 Eigentümerebene 2.1.1 Kreistag Der Kreistag ist für alle nach § 28 BbgKVerf und § 97 BbgKVerf zugewiesenen Aufgabenausschließlichen zuständig (z.B. Gründung, Übernahme, Auflösung und Veräußerung von Unternehmen i.S.d. § 92 Abs. 2 Nr. 4 BbgKVerf oder Umwandlung der Rechtsform). Der Kreistag beschließt die Beteiligungsrichtlinie und die Zielvereinbarungen für die einzelnen Beteiligungen. Er bestellt aus seinen Reihen Vertreter in die Aufsichtsräte von Unternehmen, an denen der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist. Der Kreistag kann von dem Vertreter des Landkreises nach § 97 Abs. 1 BbgKVerf jederzeit Auskunft verlangen und ihm Weisungen erteilen.	Änderung von Formulierungen und Ergänzung um Kompetenzen laut BbgKVerf
4.1.2 Ausschuss für Wirtschaft Der Ausschuss für Wirtschaft berät den Kreistag und die Kreisverwaltung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen des Landkreises. Er gibt Empfehlungen:	2.1.2 Ausschuss für Wirtschaft Der Ausschuss für Wirtschaft berät den Kreistag und die Kreisverwaltung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen des Landkreises. Er gibt Empfehlungen:	

- zur Steuerungsintensität (vgl. Abschnitt 5.2) einzelner Beteiligungen - zu Zielvereinbarungen (vgl. Abschnitt 5.1) - zum Portfoliomanagement (vgl. Abschnitt 5.2.5). Zur Wahrung der Vertraulichkeit von Gesellschaftsinterna erfolgt die Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistags durch den Ausschuss für Wirtschaft in nichtöffentlicher Sitzung, soweit hierzu die Voraussetzungen des § 36 (2) BbgKVerf vorliegen.	- zur Steuerungsintensität einzelner Beteiligungen - zu Zielvereinbarungen - zum Portfoliomanagement. Zur Wahrung der Vertraulichkeit von Gesellschaftsinterna erfolgt die Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistags durch den Ausschuss für Wirtschaft in nichtöffentlicher Sitzung, soweit hierzu die Voraussetzungen des § 36 (2) BbgKVerf vorliegen.	
4.1.3 Haushalts- und Finanzausschuss Der Haushalts- und Finanzausschuss berät den Kreistag und die Kreisverwaltung hinsichtlich der finanziellen Bestandteile der Zielvereinbarungen. Zur Wahrung der Vertraulichkeit von Gesellschaftsinterna erfolgt die Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistags durch den Haushalts- und Finanzausschuss in nichtöffentlicher Sitzung, soweit hierzu die Voraussetzungen des § 36 (2) BbgKVerf vorliegen.	2.1.3 Haushalts- und Finanzausschuss Der Haushalts- und Finanzausschuss berät den Kreistag und die Kreisverwaltung hinsichtlich der finanziellen Bestandteile der Zielvereinbarungen. Zur Wahrung der Vertraulichkeit von Gesellschaftsinterna erfolgt die Vorbereitung der Beschlüsse des Kreistags durch den Haushalts- und Finanzausschuss in nichtöffentlicher Sitzung, soweit hierzu die Voraussetzungen des § 36 (2) BbgKVerf vorliegen.	
4.1.4 Landrat Der Landrat vertritt den Landkreis gemäß § 97 Abs. 1 BbgKVerf in der Gesellschafterversammlung	2.1.4 Landrätin Die Landrätin vertritt den Landkreis gemäß § 97 Abs. 1 BbgKVerf in der Gesellschafterversammlung und gemäß § 97 Abs. 2 BbgKVerf im Aufsichtsrat. Sie kann	Anpassung an aktuelle Situation

und gemäß § 97 Abs. 2 BbgKVerf im Aufsichtsrat. Der Landrat kann einen Bediensteten der Kreisverwaltung mit der Wahrnehmung seiner Aufgaben betrauen.	einen Bediensteten der Kreisverwaltung mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben dauerhaft betrauen. Die Landrätin informiert den Kreistag regelmäßig im Sinne des § 97 Abs. 7 BbgKVerf über wichtige Angelegenheiten der wirtschaftlichen Beteiligungen. Die Themen der Gesellschafterversammlungen werden den Kreistagsmitgliedern in Form der von den Unternehmen an den Landkreis übersandten und von diesem weitergeleiteten Einladungen bekannt gegeben.	Ergänzung um Aufgaben aus der BbgKVerf Transparenz Ermöglichung von Weisungen des Kreistages an Landrätin
4.1.5 Beteiligungsmanagement Dem Beteiligungsmanagement obliegt dabei u.a. - die konzeptionelle Entwicklung und Pflege der kreislichen Standards für die kreislichen Beteiligungen. Dies gilt insbesondere für die Beteiligungsrichtlinie und das Konzernberichtswesen einschließlich der als Orientierungshilfe dienenden Musterverträge, damit eingeschlossen ist die Erarbeitung einer Grundstruktur für die Geschäftsführungsverträge - das Portfoliomanagement (vgl. Abschnitt 5.2.5) - das Beteiligungscontrolling im Rahmen der Richtlinie und das Konzernberichtswesen - die Beteiligungsverwaltung, in der auch die Beteiligungsakte geführt wird Die Beteiligungsakte besteht aus folgenden	2.1.5 Beteiligungsmanagement Das Beteiligungsmanagement ist das Bindeglied zwischen dem Gesellschafter Landkreis Teltow- Fläming und den Unternehmen. Seine Aufgaben sind in § 98 BbgKVerf festgelegt. Dem Beteiligungsmanagement obliegt dabei u.a. - die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften des Kapitels 3 der BbgKVerf durch die Unternehmen - die konzeptionelle Entwicklung und Pflege der kreislichen Standards für die kreislichen Beteiligungen. Dies gilt insbesondere für die Beteiligungsrichtlinie und die Erarbeitung einer Grundstruktur für die Geschäftsführungsverträge und Gesellschaftsverträge	Neuformulierung unter Berücksichtigung des alten Regelungsinhaltes von Punkt 2 sowie der BbgKVerf Gewährleistung von Beratung und Transparenz Sicherstellung der ausreichenden Einbindung des Beteiligungsmanagements in Verfahrensabläufe

Bestandteilen: - Vertragswerke (Gesellschaftsvertrag, Geschäftsordnung, Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, Konsortialvertrag, Anstellungsvertrag des Geschäftsführers nebst Anlagen). Dabei sind Personalakten aus Datenschutzgründen gesondert zu führen. - Unterlagen der Gesellschafterversammlung (Einladungen, Tagesordnungen, Weisungsbeschlüsse, Niederschriften) - Aufsichtsratsunterlagen (Einladungen, Tagesordnungen, inkl. Anlagen, Vorbereitungen der Tagesordnungen für die Mandatsträger, Sitzungsniederschriften) - Berichtswesen (Wirtschafts- und Finanzpläne, jährliches und unterjähriges Berichtswesen, Risikoberichte, Prüfungsberichte, Unternehmensgutachten) - laufende Vorgänge Für mittelbare Beteiligungen nimmt das Beteiligungsmanagement in dem Maße die Beteiligungsverwaltung und das Beteiligungscontrolling wahr, wie dies für den Landkreis möglich und sinnvoll ist. Das Beteiligungsmanagement ist im Vorfeld an der Auswahl des Abschlussprüfers beratend zu beteiligen. Es berät den Aufsichtsrat auch bei der Auswahl von zusätzlichen Prüfungsschwerpunkten.	- die Steuerung der Beteiligungen zur Erreichung strategischer und finanzieller Ziele der Gemeinde - die Betreuung, Unterstützung und Beratung der Vertreter der Gemeinde in den Organen der Unternehmen in Angelegenheiten von grundsätzlicher rechtlicher oder finanzieller Bedeutung sowie die Gewährleistung ihrer entsprechenden Qualifizierung Beim Beteiligungsmanagement wird auch die Beteiligungsakte geführt. Die Beteiligungsakte besteht aus folgenden Bestandteilen: - wesentliche Vertragswerke (Gesellschaftsvertrag, Geschäftsordnung, Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, Anstellungsvertrag des Geschäftsführers nebst Anlagen). Dabei sind Personalakten aus Datenschutzgründen gesondert zu führen. - Unterlagen der Gesellschafterversammlung (Einladungen, Tagesordnungen, Vorbereitungen der Tagesordnungen, Beschlüsse, Niederschriften etc.) - Aufsichtsratsunterlagen (Einladungen, Tagesordnungen, inkl. Anlagen, Vorbereitungen der Tagesordnungen für die Mandatsträger, Sitzungsniederschriften etc.)	
---	--	--

	- Berichtswesen (Wirtschafts- und Finanzpläne, jährliches und unterjähriges Berichtswesen, Risikoberichte, Prüfungsberichte etc.) - laufende Vorgänge. Die Beteiligungsverwaltung hat ein aktives Teilnahmerecht an den Sitzungen der Gesellschaftsgremien. An Gesprächen von Geschäftsführern mit der Landrätin bzw. mit der Aufgabenwahrnehmung dauerhaft betrauten Personen soll die Beteiligungsverwaltung teilnehmen. Für mittelbare Beteiligungen nimmt das Beteiligungsmanagement in dem Maße die Beteiligungsverwaltung und das Beteiligungscontrolling wahr, wie dies für den Landkreis möglich und sinnvoll ist. Bei Unternehmen, an welchen der Landkreis unmittelbar seine Anteile hält, ist der Wirtschaftsplan auf Anforderung des Beteiligungsmanagements in Vorbereitung der Haushaltsplanung des Landkreises termingerecht einzureichen. Bei Wirtschaftsplänen von Unternehmen, welche darüber hinaus Zuschüsse, Zuwendungen oder Leistungsentgelte aus dem Haushalt des Landkreises erhalten, stellt das Beteiligungsmanagement die Abstimmungen mit der Kämmerei sicher. Im Übrigen ist das Beteiligungsmanagement in die Wirtschaftsplanung frühzeitig einzubeziehen. Die zeitliche Planung und die Eckwerte der	
--	---	--

	Erstellung des Jahresabschlusses sind mit dem Beteiligungsmanagement frühzeitig abzustimmen, um u. a. eine rechtzeitige Erstellung des Jahresabschlusses des Landkreises zu ermöglichen. Zu den Jahresabschlussgesprächen mit den Abschlussprüfern ist das Beteiligungsmanagement von den Geschäftsführungen einzuladen und kann bei diesen mitwirken. Das Beteiligungsmanagement ist im Vorfeld an der Wahl (Vorschlag) des Abschlussprüfers beratend zu beteiligen. Es kann den Aufsichtsrat bei der Festlegung von Prüfungsschwerpunkten beraten. Das Beteiligungsmanagement erstellt gemäß §82 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 bzw. § 83 Abs. 4 Satz 2 Nr.5 BbgKVerf in Verbindung mit § 61 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) den Beteiligungsbericht. Die Unternehmen haben bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes entsprechend mitzuwirken. Sofern Sachverhalte im Aufgabenbereich des Beteiligungsmanagements einer Mitteilung gegenüber Ministerien des Landes Brandenburg bedürfen, erfolgt diese ausschließlich durch das Beteiligungsmanagement. Darüber hinaus ist das Beteiligungsmanagement Ansprechpartner in sämtlichen Fragen der überörtlichen Aufsicht.	
--	---	--

	Das Beteiligungsmanagement soll im Sinne des § 98 Nr. 4 BbgKVerf einen ausreichenden Informationsfluss zwischen den verschiedenen Entscheidungsträgern sicherstellen. Für die Mitglieder in den Aufsichtsgremien bereitet es die Unterlagen und Beschlussvorlagen aus den Unternehmen auf und kommentiert diese bzw. spricht Empfehlungen aus. In dieser Form erfolgt gegenüber den Mandatsträgern eine Hilfestellung bei der Vorbereitung von Entscheidungen. Das Beteiligungsmanagement gewährt den Mandatsträgern fachliche Unterstützung sowie Beratung und sorgt gemeinsam mit den Geschäftsführungen in Abstimmung mit den Fraktionen für eine ständige Weiterbildung.	
4.1.6 Kämmerei Die Kämmerei ist die für das Finanzwesen des Landkreises zuständig. Sie wird vom Beteiligungsmanagement über alle Beteiligungsvorgänge informiert, die Auswirkungen für den Haushalt des Kreises haben. Ebenso hat die Kämmerei das Beteiligungsmanagement über veränderte Ansätze in der Haushaltsplanung sowie im Haushaltsjahr eintretende Veränderungen der Finanzsituation des Landkreises, welche Auswirkungen auf die kommunalen Unternehmen haben, zu informieren und gegebenenfalls dazu Abstimmungen vorzunehmen.	2.1.6 Kämmerei Die Kämmerei ist für das Finanzwesen des Landkreises zuständig. Sie wird vom Beteiligungsmanagement über alle Beteiligungsvorgänge informiert, die Auswirkungen auf den Haushalt des Kreises haben. Ebenso hat die Kämmerei das Beteiligungsmanagement über veränderte Ansätze in der Haushaltsplanung sowie im Haushaltsjahr eintretende Veränderungen der Finanzsituation des Landkreises, welche Auswirkungen auf die kommunalen Unternehmen haben, zu informieren und gegebenenfalls dazu Abstimmungen	

	vorzunehmen.	
4.1.7 Rechnungsprüfungsamt Den für den Landkreis zuständigen Prüfungseinrichtungen stehen die Befugnisse nach § 102 Abs. 1 BbgKVerf und gemäß § 53 in Verbindung mit § 54 Haushaltsgrundsätze-gesetz zu.	2.1.7 Rechnungsprüfungsamt Die spezielle Bedeutung und die Befugnisse des Rechnungsprüfungsamtes als Prüfeinrichtung des Landkreises Teltow-Fläming richten sich nach § 102 Abs. 1 BbgKVerf sowie § 53 in Verbindung mit § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz(HGrG). Die Prüfbefugnisse sind zugleich gemäß der BbgKVerf in den Gesellschaftsverträgen verankert.	Neuformulierung und Ergänzung
	2.1.8 Wirtschaftsprüfer Die Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt nach den entsprechenden Regelungen des Gesellschaftsvertrages. Der Jahresabschluss von Eigenbetrieben obliegt nach § 106 i.V.m. § 105 Abs. 3 BbgKVerf dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises. Dieses kann sich zur Durchführung der Prüfung eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bedienen. Um eine objektive und unabhängige Prüfung sicherzustellen, sollte ein Wechsel des Wirtschaftsprüfers nach spätestens 5 Jahren erfolgen.	Ergänzung, da Wirtschaftsprüfung bislang ungeregelt aber wichtig

4.2 Gesellschafterebene 4.2.1 Gesellschafterversammlung Der Landrat oder ein Kreisbediensteter ist der Vertreter des Landkreises Teltow-Fläming in der Gesellschafterversammlung der kreislichen Beteiligung. Weitere konkretisierende Regelungen sind Gegenstand der Gesellschaftsverträge.	2.2 Unternehmensebene 2.2.1 Gesellschafterversammlung Die Landrätin oder eine von ihr dauerhaft betraute Person ist gemäß § 97 Abs. 1 BbgKVerf der Vertreter des Landkreises Teltow-Fläming in der Gesellschafterversammlung der kreislichen Beteiligung. Weisungsbeschlüsse des Kreistages zu bestimmten Entscheidungen in der Gesellschafterversammlung binden den Vertreter in seinem Stimmverhalten. Die Landrätin unterrichtet den Kreistag in nichtöffentlicher Sitzung frühzeitig über die Angelegenheiten von besonderer Bedeutung. Eine Angelegenheit ist insbesondere dann von besonderer Bedeutung, wenn absehbar ist, dass von den Finanzziele der Gesellschaft in erheblichem Umfang abgewichen wird. Gemäß § 97 Abs. 7 BbgKVerf besteht die Unterrichtungspflicht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist. Soweit die Gesellschafterversammlungen im Einzelfall keine anderen Festlegungen treffen, nehmen an den Gesellschafterversammlungen neben dem Gesellschaftervertreter des Landkreises Teltow-Fläming (Landrätin oder ein von ihr mit der Wahrnehmung der Aufgaben	Neuformulierung und Anpassung an BbgKVerf Klarstellung der Aufgaben
--	--	---

	betrachter Beschäftigter) stimmrechtslos weiterhin die Geschäftsführung des Unternehmens und Mitarbeiter des Beteiligungsmanagement teil.	
4.2.2 Aufsichtsrat (Werksausschuss) Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung. Besetzung, Aufgaben und Rechte des Aufsichtsrats ergeben sich aus den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages. Der Aufsichtsrat bereitet die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer vor und schließt nach Beschluss der Gesellschafterversammlung die Verträge. Der Aufsichtsrat gibt sich auf der Basis des Gesellschaftsvertrages eine Geschäftsordnung.	2.2.2 Aufsichtsrat (Werksausschuss) Die Bildung eines Aufsichtsrates – bzw. eines entsprechenden Aufsichtsorgans – ist im Gesellschaftsvertrag auch bei den Unternehmen vorzusehen, für die keine gesetzliche Pflicht hierzu besteht. Davon kann abgewichen werden, wenn dies aufgrund der Größe, Aufgaben und Bedeutung des Unternehmens nicht angemessen ist. Wird kein Aufsichtsrat gebildet, obliegen die für ihn vorgesehenen Aufgaben und Funktionen der Gesellschafterversammlung. Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung. Dabei erstreckt sich die Überwachung auf die Ordnungsgemäßheit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung des Unternehmens. Zusammensetzung, Aufgaben und Rechte des Aufsichtsrats ergeben sich aus den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages. Aufsichtsratsmitglieder sind nicht an Weisungen gebunden. Ihre Entscheidungen sind auf das Unternehmenswohl gerichtet. Soweit der Kreistag Empfehlungen abgibt, sind diese zwar in der Entscheidung als solche zu berücksichtigen, jedoch nicht, wenn sie dem	Neuformulierung und Anpassung an BbgKVerf Klarstellung Aufgaben und Befugnisse

	Unternehmenswohl entgegenstehen. Diese Prüfung hat jedes Aufsichtsratsmitglied eigenverantwortlich vorzunehmen. Die aus dem Kreistag entsandten Aufsichtsratsmitglieder unterrichten die Landrätin frühzeitig über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, vgl. § 97 Abs. 7 Satz 1 BbgKVerf. Dem Aufsichtsrat sollen gemäß § 97 Abs. 4 BbgKVerf jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Eignung verfügen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben durch eigene persönliche und fachliche Fort- und Weiterbildung dafür zu sorgen, dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Aufgaben erfüllen können. Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seines Mandates genügend Zeit zur Verfügung steht. Die Fraktionen des Kreistages tragen bei der Ausübung ihres Vorschlagsrechtes eine besondere Verantwortung. Zu Beginn einer neuen Legislaturperiode bietet das Beteiligungsmanagement ein Einführungsseminar zur Wahrnehmung des kommunalen Aufsichtsratsmandates für alle durch die Fraktionen berufenen Personen in den Aufsichtsräten an. Weitere laufende Weiterbildungsmaßnahmen werden in enger Abstimmung zwischen den Geschäftsführungen, dem	
--	--	--

	Beteiligungsmanagement und den Fraktionen vereinbart und vorbereitet. Die Teilnahme an den genannten Fortbildungsseminaren ist obligatorisch, soweit nicht ein sonstiger Nachweis der nach § 97 Abs. 4 BbgKVerf erforderlichen Qualifikationen der Aufsichtsratsmitglieder unzweifelhaft erbracht werden kann. Der Aufsichtsrat soll sich auf der Basis des Gesellschaftsvertrages eine Geschäftsordnung geben. Dem Beteiligungsmanagement steht gemäß § 97 Abs. 5 BbgKVerf ein aktives Teilnahmerecht an den Gremiensitzungen zu.	
4.2.3 Geschäftsführung Die Geschäftsführung hat die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze und des Gesellschaftsvertrages zu führen. Dabei ist die Richtlinie für Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming in der jeweils gültigen Fassung zu beachten. Die Rechte der Geschäftsführung nach GmbH-Gesetz werden durch diese Richtlinie nicht eingeschränkt.	2.2.3 Geschäftsführung Die Geschäftsführung hat die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages, der Geschäftsordnung, des Anstellungsvertrages und der geltenden Beteiligungsrichtlinie zu führen. Die Geschäftsführung stellt sicher, dass sich das Unternehmen den vergaberechtlichen Vorschriften (insbesondere GWB, VOB, VOL, VOF) wie ein öffentlicher Auftraggeber unterwirft und sich bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen gemäß diesen Vorschriften verhält. Die Rechte und Pflichten der Geschäftsführung nach GmbH-Gesetz werden durch diese Richtlinie nicht	Neuformulierung und Ergänzung um Kriterien der Vergabe u.a.

	Gremienmitgliedern sowie dem Beteiligungsmanagement zuzuleiten. Die Geschäftsführung erstattet auf Verlangen dem Ausschuss für Wirtschaft Bericht über die Situation des Unternehmens. Der Gesellschaftsvertreter des Landkreises Teltow-Fläming soll im Vorfeld Umfang und Inhalt der Berichterstattungen mit der Geschäftsführung abstimmen. Dabei wird er vom Beteiligungsmanagement unterstützt. Die Geschäftsführung ist verpflichtet, die kontinuierliche unternehmensspezifische Weiterbildung der Aufsichtsratsmitglieder zu unterstützen.	
5 Steuerung der kreislichen Beteiligungen (Beteiligungsmanagement) 5.1 Zielvereinbarungen Die Beteiligungen werden über Zielvereinbarungen gesteuert. Die Zielvereinbarungen gelten für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren und sind möglichst mit messbaren Kennzahlen zu unterlegen. Zwischenzeitliche Anpassungen sind aufgrund geänderter Ziele oder veränderter Marktbedingungen möglich.	3 Steuerung der kreislichen Beteiligungen (Beteiligungsmanagement) 3.1 Zielvereinbarungen Mit Gründung eines kommunalen Unternehmens legt die Kommune grundsätzlich den Geschäftszweck und die zu erfüllenden öffentlichen Aufgaben für ein Unternehmen fest. Um die Vorgaben des Geschäftszwecks und der Fachkonzepte zusammenzufassen, möglichst zu präzisieren und zwischen Unternehmen, Verwaltung und Politik diesbezüglich eine mittelfristig verbindliche strategische Linie zu vereinbaren	Neufassung, Ergänzung und Präzisierung

	erfolgt im Rahmen der strategischen Beteiligungssteuerung durch den Kreistag die Vorgabe von Eigentümerzielen. Zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Gesellschafter und den Gesellschaften mit – wesentlicher Bedeutung – sollen auf Grundlage eines Zielsystems mehrjährige Zielvereinbarungen geschlossen werden. Dabei sollten die Ziele des Landkreises (Eigentümerziele) (u.a. abgeleitet aus dem Leitbild) mit den unternehmens- und marktspezifischen Gegebenheiten in Einklang gebracht werden. Die Ziele enthalten sowohl Sach- als auch Finanzziele mit klarer Priorisierung, um einerseits der Verpflichtung des öffentlichen Zwecks gerecht zu werden und andererseits die Erfüllung der kommunalen Aufgaben auf wirtschaftliche Weise sicherzustellen. Die Zielvereinbarungen gelten für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren und sind möglichst realistisch und messbar zu formulieren. Zwischenzeitliche Anpassungen sind aufgrund geänderter Ziele oder veränderter Marktbedingungen möglich. Anhand der Zielvereinbarungen erarbeitet die Gesellschaft durch Konkretisierung der Eigentümerziele ein strategisches Unternehmenskonzept für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren. Das strategische Unternehmenskonzept ist wiederum Grundlage des jährlichen Wirtschaftsplanes.	Klarstellung des Anwendungsbereiches Aufbau Umgang mit Zielvereinbarungen
--	---	--

	Die Beteiligungssteuerung durch strategische Zielvorgaben beinhaltet ein Zielcontrolling. Im Rahmen des Zielcontrollings wird regelmäßig die Erreichung der Eigentümerziele einschließlich der Umsetzung des strategischen Unternehmenskonzeptes und der jährlichen Wirtschaftsplanung sowie die Erreichung der mit der Geschäftsführung vereinbarten Ziele überprüft.	
5.2 Steuerungsintensität Jede Beteiligung ist individuell bezüglich der Steuerungsintensität zu beurteilen. Die Steuerungsintensität ergibt sich aufgrund der kommunalpolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung. Wird eine Beteiligung als steuerungsintensiv eingestuft, sind folgende Punkte im Rahmen des Beteiligungscontrollings zu berücksichtigen: - detaillierte Analyse der Unternehmenspläne (Abs. 5.2.1), Aufbereitung der Ergebnisse für die Entscheidungsträger und Koordination der Finanzströme aus Konzernsicht (Zusammenfassung der Daten aller Beteiligungen des Landkreises) - Analyse des Jahresabschlusses, der Prüfberichte und der Risikoberichte im Zusammenhang mit der Feststellung des Jahresabschlusses - Analyse des unterjährigen Berichtswesens (Abs. 5.2.3) mit Blick auf Haushaltsrisiken aufgrund von Planungsabweichungen.		Keine separate Regelung mehr, fließt in neuen Punkt 3.1 ein, sofern erforderlich

Ein Eingriff in die unternehmerische Verantwortung des Geschäftsführers darf dabei nicht erfolgen. Dies betrifft insbesondere Entscheidungen über die Vorgehensweise zur Erreichung der Gesellschaftsziele, den Vollzug der Unternehmensplanung, Entscheidungen über Maßnahmen zur Vermeidung von sich negativ auswirkenden Planabweichungen oder die Aufstellung des Jahresabschlusses.		
5.2.1 Wirtschafts- und Finanzpläne (Unternehmensplan) Die Gesellschaften sind verpflichtet, als Grundlage für die Zielvereinbarungen eine mittelfristige strategische Planung (Zeithorizont 3 bis 5 Jahre) aufzustellen. Aus den strategischen Zielen sind konkrete möglichst messbare Ziele für den Wirtschaftsplan abzuleiten. Die Gesellschaften erstellen eine integrierte Planung aus den Bestandteilen strategische Planung, Plan Gewinn- und Verlustrechnung und Finanzbedarfsrechnung. Der Unternehmensplan besteht aus folgenden Bestandteilen: - Beschreibung der Entwicklung der Rahmenbedingungen im Umfeld der Gesellschaften - strategische Ziele für die nächsten 3 - 5 Jahre inklusive der entsprechenden Aufgaben- bzw. Maßnahmenprogramme - Darstellung der Planungsprämissen für die	3.2 Wirtschaftsplan Vor Beginn eines Geschäftsjahres ist für jedes Geschäftsjahr in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften ein Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser ist dem Beteiligungsmanagement unverzüglich zuzuleiten. Der Wirtschaftsplan soll bis zum 30.09. von der Gesellschafterversammlung festgestellt sein. Der Wirtschaftsplan besteht aus den in § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV genannten Festsetzungen, dem Erfolgsplan und dem Finanzplan. Beigefügt werden ihm insbesondere ein Vorbericht, eine Stellenübersicht sowie ein Investitionsplan. Der Wirtschaftsplan ist in den Fällen des § 14 Abs. 4 EigV durch Nachtrag zu ändern. Die Wertgrenze, ab der Abweichungen im Sinne des § 14 Abs. 4 EigV als von erheblicher Bedeutung angesehen werden, wird auf grundsätzlich 10 % festgesetzt.	Neufassung und Ergänzung entsprechend der Vorgaben der BbgKVerf Klare, leserfreundliche Formulierung

Gesamtplanung und die einzelnen Planungsrechnungen - drei- bis fünfjähriger Wirtschaftsplan mit den Bestandteilen: Erfolgsplanung inklusive Erfolgskennzahlen nach Geschäftsfeldern, Finanzplanung, Investitionsplanung und Maßnahmenbeschreibungen und Stellenplan Die Unternehmensplanungen sind an den mit dem Landkreis abgeschlossenen Zielvereinbarungen auszurichten und mit dem Beteiligungsmanagement abzustimmen. Die Inhalte und Aufgaben der einzelnen Planungsrechnungen müssen dem Standard „Konzernberichtswesen“ entsprechen. Bei der Aufstellung der Unternehmensplanung sind die Vorgaben zum Konzernberichtswesen zu berücksichtigen. Seitens der Beteiligung ist die Unternehmensplanung dem Beteiligungsmanagement in digitalisierter Form zur Verfügung zu stellen. Das Beteiligungsmanagement nimmt eine Aggregation der Einzelplanungen zu einer Konzernplanung vor.	Die Wirtschaftspläne sind dem Beteiligungsmanagement durch die Beteiligungsunternehmen in digitalisierter Form zur Verfügung zu stellen.	
5.2.2 Jährliches Berichtswesen Jedes Beteiligungsunternehmen erstellt ein jährliches Berichtswesen in Form des Jahresabschlusses, des Prüfberichts und ggf. des Risikoberichts. Ebenso sind die im Rahmen der Erstellung des Beteiligungsberichtes geforderten Leistungskennzahlen zu ermitteln.		Andere Struktur, da nach Wirtschaftsplan dessen Abrechnung folgt (Quartalsberichte, Risikoberichte und dann erst jährliche Berichte) Jetzt in Punkt 3.5

Daraus wird durch das Beteiligungsmanagement gemäß §98 Punkt 3. BbgKVerf der Beteiligungsbericht erstellt und dem Kreistag vorgelegt.		
5.2.3 Unterjähriges Berichtswesen Jedes Beteiligungsunternehmen erstellt ein unterjähriges Berichtswesen in Form einer Prognoserechnung. Die Prognoserechnung besteht aus folgenden Bestandteilen: - Ist-Entwicklung und Hochrechnung der Erfolgsplanung zum Jahresende - ggf. Vergleich mit den Plan- und Vorjahresdaten - Erläuterung der Abweichungen in den einzelnen Planungspositionen - ggf. Benennung der Maßnahmen, die zur Gegensteuerung eingeleitet wurden. Die Inhalte und der Aufbau des unterjährigen Berichtswesens müssen dem Standard „Konzernberichtswesen“ entsprechen. Die Berichtsintensität richtet sich nach der kommunalpolitischen Bedeutung der Beteiligung und dem Risikopotenzial für den kreislichen Haushalt. Die Berichtsintensität ergibt sich aus der Informationskategorie, der die Beteiligung im Konzernberichtswesen zugeordnet wird. Die Zuordnung erfolgt durch das Beteiligungsmanagement. Je nach Zuordnung zu einer Informationskategorie berichtet die Beteiligung quartalsweise		Andere Struktur, da nach Wirtschaftsplan dessen Abrechnung folgt (Quartalsberichte, Risikoberichte und dann erst jährliche Berichte) Jetzt in Punkt 3.3

(Informationskategorie A) oder halbjährlich (Informationskategorie B).		
5.2.4 Risikoberichte Der Geschäftsführer (Werkleiter) hat geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden. Die Risikosituation der Beteiligung ist in einem Risikobericht darzustellen. Der Risikobericht umfasst - die Ergebnisse der Risikoinventur - die Beschreibung der einzelnen Risiken - eine Risikobewertung (Schadenshöhe, Eintrittswahrscheinlichkeit). Der Risikobericht wird im Aufsichtsrat beraten.		Andere Struktur, da nach Wirtschaftsplan dessen Abrechnung folgt (Quartalsberichte, Risikoberichte und dann erst jährliche Berichte) Jetzt in Punkt 3.4
5.2.5 Portfoliomanagement Das Portfoliomanagement gehört zu den Aufgaben des Beteiligungsmanagements. Dabei ist zu prüfen, ob neue Beteiligungen in das Beteiligungsportfolio aufgenommen werden sollten oder ob Beteiligungen aus dem Beteiligungsportfolio zu nehmen sind (z.B. Veräußerungen). Zur Prüfung der wirtschaftlichen und fiskalischen Vorteilhaftigkeit einer Veräußerung wird ein transparentes Beurteilungsinstrumentarium angewendet, das eine kurzfristige und längerfristige Perspektive aufzeigt. Zentrale		

	Diese Daten sind dem Beteiligungsmanagement spätestens vier Wochen nach Quartalsende elektronisch zur Verfügung zu stellen. Befindet sich ein Unternehmen in wirtschaftlich prekärer Situation, ist von diesem unverzüglich ein Risikobericht anzufertigen und dem Beteiligungsmanagement zu übersenden.	
	3.4 Risikoberichte Die Geschäftsführung hat geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden. Die Risikosituation der Beteiligung ist in einem Risikobericht darzustellen. Der Risikobericht umfasst - die konkrete Darstellung des Risikos, - die Auswirkung auf die Wirtschafts- und Finanzplanung, - eine Ursachenanalyse sowie - Maßnahmen zur Gegensteuerung. Der Risikobericht ist in den Unternehmensorganen zu beraten und spätestens zum 30.04. beim Beteiligungsmanagement abzugeben.	Neuformulierung gegenüber alter Richtlinie Klare Vorgaben zur Sicherstellung des Informationsflusses

	3.5 Jährliches Berichtswesen Die Jahresabschlüsse der kreislichen Beteiligungen sind gemäß § 96 Abs. 1 Nr.4 BbgKVerf aufzustellen und zu prüfen. Der Jahresabschluss ist so rechtzeitig aufzustellen, dass seine Prüfung durch einen Abschlussprüfer und seine Feststellung durch die Gesellschaftsgremien innerhalb des im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zeitraumes erfolgen kann. Der (vorläufige) Jahresabschluss ist dem Beteiligungsmanagement in der Regel bis Mitte Mai des jeweiligen Jahres in elektronischer Form zu übersenden. Der Lagebericht der Geschäftsführung soll zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung nehmen. Die Landrätin berichtet dem Kreistag mindestens jährlich in zusammengefasster Form über die bestätigten Jahresabschlüsse der Unternehmen sowie die Erfüllung der Zielvereinbarungen. Vom Beteiligungsmanagement wird unter Beachtung des § 82 Abs.2 Satz 2 Nr.5 bzw. § 83 Abs. 4 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf i.V.m. § 61 KomHKV der Beteiligungsbericht des Landkreises auf der Grundlage der geprüften Jahresabschlüsse angefertigt und jährlich fortgeschrieben.	Neuformulierung gegenüber alter Richtlinie Anpassung an BbgKVerf Betrifft Beteiligungsbericht Transparenz
--	--	---

	3.6 Portfoliomanagement Das Portfoliomanagement gehört zu den Aufgaben des Beteiligungsmanagements. Dabei ist zu prüfen, ob neue Beteiligungen in das Beteiligungsportfolio aufgenommen werden sollten oder ob Beteiligungen aus dem Beteiligungsportfolio zu nehmen sind.	Neuformulierung gegenüber alter Richtlinie
6 Beteiligungspolitik 6.1 Rechtsform Die Beteiligung ist in der Regel als Eigenbetrieb oder bei privatrechtlicher Organisation in der Rechtsform einer GmbH zu führen.		Entfällt, da Vorgaben in BbgKVerf und Einzelfallprüfung der vorteilhaftesten Gestaltung
6.2 Gesellschaftsverträge Neben den Inhaltsvoraussetzungen nach § 3 GmbHG, den Regelungen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) und den unternehmensspezifischen Gegebenheiten sollen sich Gesellschaftsverträge in Gliederung und Inhalt an einer einheitlichen Form orientieren. Um notwendige Anpassungen zu vereinfachen, wird der Gesellschaftsvertrag um eine Aufsichtsrats- und		Geht in anderen Regelungen auf

Geschäftsführerordnung ergänzt.		
6.3 Synergien im Landkreis Eine Überprüfung und Realisierung von Synergiepotenzialen aller wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming soll kontinuierlich erfolgen.		Gehört zu Portfoliomanagement
6.4 Bürgschaften Der Landkreis Teltow-Fläming kann für die Übernahme von Ausfallbürgschaften für die Besicherung von Investitionskrediten ein jährliches Entgelt (Bürgschaftsprovision) erheben. Dies bedarf eines gesonderten Beschlusses des Kreistages.		Entfällt, da klare Vorgaben in der BbgKVerf, die eine Bürgschaft durch den LK in derzeitiger Haushaltssituation i.d.R. ausschließen dürften Bislang keine praktische Relevanz
6.5 Änderung und Erweiterung von Geschäftsfeldern Änderungen des im Gesellschaftsvertrag festgelegten Unternehmensgegenstands erfordern einen Beschluss der Gesellschafterversammlung. Beim Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming beschließt der Kreistag Änderungen bzw. Erweiterungen des bestehenden Betätigungsfeldes von Beteiligungen über den im Gesellschaftsvertrag geregelten Unternehmenszweck hinaus. Zur Vorbereitung		Entfällt, da klare Vorgaben der BbgKVerf

von Entscheidungen ist das Beteiligungsmanagement rechtzeitig zu informieren und einzubeziehen.		
6.6 Verschwiegenheitspflicht Informationen, die in nicht öffentlicher Sitzung durch Mitglieder der Gremien des Kreistages Teltow-Fläming erlangt wurden, unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 21 BbgKVerf.		Entfällt, da klare Vorgaben der BbgKVerf
6.7 Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen (Werksausschusssitzungen) Eine vom Landrat des Landkreises Teltow-Fläming beauftragte Person aus dem Beteiligungsmanagement nimmt beratend an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil.		Regelung geht in anderen Punkten auf bzw. klare Vorgabe der BbgKVerf
6.8 D&O-Versicherung¹ Die Geschäftsführung ist ermächtigt, für sich und die Aufsichtsratsmitglieder eine angemessene Versicherung (D&O-Versicherung ¹ , Berufshaftpflicht für Aufsichtsräte und Geschäftsführer) abzuschließen.		Abschluss i.d.R. erfolgt Regelung in Anlage V Nr.7

7 Inkrafttreten Diese Richtlinie tritt am 1.10. 2010 in Kraft.	4 Inkrafttreten Diese Richtlinie tritt mit Beschlussfassung des Kreistages am xxxx in Kraft.	Neufassung enthält Anlagen mit konkreten Vorgaben
	Anlage I Regelungen zur Bestellung/Wiederbestellung von Geschäftsführern sowie zur Ausgestaltung der Verträge 1. Bestellung und Wiederbestellung von Geschäftsführern Über die Bestellung und Wiederbestellung von Geschäftsführern entscheidet die Gesellschafterversammlung nach Vorberatung durch den Aufsichtsrat. Die Laufzeit von Geschäftsführer- und Vorstandsverträgen beträgt grundsätzlich 5 Jahre. Eine automatische Verlängerung der Anstellung ist auszuschließen. Vor der Entscheidung über eine Wiederbestellung ist der Gesellschafter rechtzeitig, möglichst 9 Monate vor Ablauf der Frist, durch den Geschäftsführer zu informieren. 2. Inhaltliche Ausgestaltung von Geschäftsführerverträgen Die Entscheidung über die inhaltliche Ausgestaltung des Anstellungsverhältnisses	Sicherstellung von Transparenz

	obliegt in der Regel der Gesellschafterversammlung. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Verträge ist die Stellung von öffentlichen Unternehmen gegenüber den Einwohnern, unter dem Aspekt der Finanzierung der Unternehmen aus öffentlichen Geldern und der Aufgabe des Landkreises gem. §122 Abs. 2 BbgKVerf, das Wohl der Einwohner zu fördern, zu berücksichtigen und Verhältnismäßigkeit zu wahren. Insbesondere sind bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Verträge folgende Rahmenregelungen zu berücksichtigen: a. Tantieme: Es ist darauf hinzuwirken, dass ein Teil der Vergütung eine stark leistungsbezogene Komponente aufweist (Tantiemenregelung). Diese sollte 20% der Vergütung nicht unterschreiten. Der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung entscheidet über alle Punkte der leistungsbezogenen Komponente, wie Ziele, Gewichtung und Zielerreichung. b. Versorgung: Versorgungsregelungen nach Auslaufen des Vertrages, welche die Gesellschaft dauerhaft belasten, sind auszuschließen. c. Rückkehrrecht: Von einem vertraglich geregelten Rückkehrrecht zur Kreisverwaltung für den Fall, dass keine Wiederbestellung erfolgt, ist abzusehen, soweit gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen.	
--	--	--

	3. Nebentätigkeiten von Geschäftsführern Soweit Geschäftsführer neben der Führung der Geschäfte der Gesellschaft noch weitere entgeltliche Tätigkeiten ausüben, bedürfen Sie dafür der Genehmigung des Aufsichtsgremiums.	
	Anlage II: Vertragsbeziehungen und Rechtsgeschäfte zwischen Organen der Gesellschaft und der Gesellschaft 1. Beraterverträge für ausscheidende oder ausgeschiedene Geschäftsführer Soweit für einen Zeitraum innerhalb von 2 Jahren nach Ausscheiden aus der Gesellschaft vorgesehen ist, mit Aufsichtsratsmitgliedern, Geschäftsführern oder leitenden Angestellten Beraterverträge abzuschließen, ist hierfür die Zustimmung des Gesellschafters nach Vorbefassung des Aufsichtsrates notwendig. Dem Aufsichtsrat sind die relevanten Vertragsinhalte offen zu legen, soweit gesetzliche Bestimmungen einer Offenlegung nicht entgegenstehen. 2. Sonstige Vertragsbeziehungen/ Rechtsgeschäfte Vertragsbeziehungen und Rechtsgeschäfte (z.B. Dienstleistungs- und Werkverträge) zwischen Aufsichtsratsmitgliedern,	Sicherstellung von Transparenz

	Geschäftsführern und leitenden Angestellten mit der Gesellschaft sind dem Aufsichtsrat ebenfalls anzuzeigen und von diesem zu genehmigen. Ausgenommen hiervon sind Geschäfte des Alltags, welche lediglich eine tarifliche Leistung der Gesellschaft im Rahmen des originären Unternehmenszwecks darstellen. Für ehemalige Aufsichtsratsmitglieder und Geschäftsführer gilt diese Regelung für die ersten zwei Jahre nach Ihrem Ausscheiden entsprechend.	
	Anlage III: Jubiläen und Abschiedsfeiern Sofern Jubiläen oder Abschiedsfeiern durchgeführt werden, sind folgende Vorgaben zu beachten: • Die Kosten für die Feierlichkeiten im Rahmen von Jubiläen und Abschiedsfeiern von Aufsichtsratsmitgliedern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten sind von den Personen selbst zu tragen. • Von dieser Regelung ausgeschlossen sind Kosten, die gesellschaftsintern durch Nutzung der Peripherie und der Infrastruktur der Gesellschaft entstehen, soweit diese Kosten verhältnismäßig sind. Die Entscheidung über die Inanspruchnahme dieser Leistungen sowie über die Verhältnismäßigkeit der Kosten obliegt vorab dem Aufsichtsrat. Dem Aufsichtsrat ist bei der Inanspruchnahme von Infrastruktur der Gesellschaft eine geeignete Darstellung der	Sicherstellung von Transparenz Vermeidung von Streitigkeiten

	Kosten vorzulegen.	
	Anlage IV: Dienstwagenregelung 1. Generelles Es ist in Bezug auf die o.g. Stellung eines kommunalen Unternehmens Verhältnismäßigkeit bzgl. des Preises, der Ausstattung und des Modells zu wahren. Hierbei ist insbesondere auf den für die gewählte Fahrzeugklasse geringst möglichen Schadstoffausstoß und niedrige Verbrauchswerte zu achten. Bei der Wahl der Finanzierung von Dienstwagen ist innerhalb der Gesellschaft sicherzustellen, dass das für die Gesellschaft wirtschaftlichste Finanzierungsinstrument (Leasing, Finanzierungskauf, Kauf) gewählt wird. 2. Geschäftsführer: Es können grundsätzlich Vereinbarungen getroffen werden, welche die Nutzung von Dienstwagen auch für private Zwecke ermöglichen. Dieses bedarf vorab einer Entscheidung des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung. Über den Rahmen der privaten Nutzung sind entsprechende Regelungen im Unternehmen zu treffen. 3. Dienstwagennutzung unterhalb der Geschäftsführerebene: Unterhalb der Geschäftsführerebene können	Sicherstellung von Transparenz

	grundsätzlich Vereinbarungen getroffen werden, welche die Nutzung von Dienstwagen auch für private Zwecke ermöglichen. Dieses bedarf vorab einer Entscheidung des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung. Über den Rahmen der privaten Nutzung sind entsprechende Regelungen im Unternehmen zu treffen.	
	Anlage V Regelungen zum Aufsichtsrat Die Vertreter des Landkreises Teltow- Fläming setzen sich unter Beachtung der Beteiligungsrichtlinie für die Interessen des Unternehmens und des Landkreises ein. 1. Grundsätzliches Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden mittels Entsendung durch den/ die Gesellschafter oder durch Wahl bestellt. Der Aufsichtsrat ist das wichtigste Überwachungs- und Kontrollorgan. Die Aufsichtsratsmitglieder sind für die Ausübung ihres Mandats persönlich verantwortlich. Im Gesellschaftsvertrag kann zudem bestimmt werden, dass Geschäfte und Rechtshandlungen von grundsätzlicher Bedeutung der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen. Hierzu gehören Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern oder hochriskant sind.	Übersichtliche Kurzzusammenfassung der Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates Sicherstellung von Transparenz

	In einem Katalog der zustimmungspflichtigen Geschäfte können im Gesellschaftsvertrag weitere Maßnahmen der Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung durch den Aufsichtsrat unterworfen werden. Weitere Zuständigkeitsfragen können in einer Geschäftsordnung durch den Aufsichtsrat festgelegt werden. 2. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat Geschäftsleitung und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Grundlage dafür ist gegenseitiges Vertrauen, welches insbesondere durch Beachtung der in der Beteiligungsrichtlinie hinterlegten Transparenz-, Offenlegungs- und Vertraulichkeitspflichten geschaffen wird. Deren Einhaltung ist wesentliche Pflicht gegenüber dem Unternehmen und seinen Organen. Die Geschäftsleitung stimmt auf der Grundlage von Unternehmensgegenstand und Unternehmenszweck die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Die ausreichende Informationsversorgung des Überwachungsorgans ist gemeinsame Aufgabe von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. Die Geschäftsleitung informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend	
--	--	--

	über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements sowie über für das Unternehmen bedeutende Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds. Sie geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein. Inhalt und Turnus der Berichtspflichten sollen sich an § 90 AktG orientieren. Der Aufsichtsrat legt die Informations- und Berichtspflichten der Geschäftsleitung in deren Geschäftsordnung näher fest. Berichte der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat sind in der Regel in Textform zu erstatten. Entscheidungsnotwendige Unterlagen, insbesondere der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht, werden den Mitgliedern des Aufsichtsrates rechtzeitig vor der Sitzung zugeleitet. Der Sitzungen des Aufsichtsrates sind nichtöffentlich. Bei Bedarf kann der Aufsichtsrat auch ohne Geschäftsführung tagen. 3. Aufgaben Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, die Geschäftsführung bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Er ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einzubinden.	
--	---	--

	Der Aufsichtsrat achtet im Rahmen seiner Überwachungsfunktion darauf, dass die operativen Ziele, die die Gesellschaft verfolgt, den strategischen Zielen der Gesellschafter nicht entgegenstehen. Der Aufsichtsrat wirkt auf eine inhaltsnahe Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie hin. Der Aufsichtsrat soll sich eine Geschäftsordnung geben. Jedes Aufsichtsratsmitglied hat für seine eigene persönliche und fachliche Qualifikation zu sorgen, um seine Aufgabe und Verantwortlichkeit im Sinne dieses Verhaltenskodex erfüllen zu können. Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht. Außerdem sollen insgesamt nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate in Gesellschaften wahrgenommen werden. Dies gilt nicht für die Landrätin. Alle zwei Jahre sind vom Aufsichtsrat die Wertgrenzen für die unter einem Zustimmungsvorbehalt stehenden Arten von Geschäften und Rechtshandlungen auf ihre Zweckmäßigkeit und Praktikabilität zu überprüfen. Der Aufsichtsrat hat regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit zu prüfen. Dies soll	
--	---	--

	insbesondere dadurch geschehen, dass er einmal im Jahr über Verbesserungsmöglichkeiten berät. 4. Entsendung/ Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder Unter Berücksichtigung des § 97 Abs.4 BbgKVerf sind die persönlichen Fähigkeiten ausschlaggebend für die vom Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming getroffene Auswahl. Die den Aufsichtsratsmitgliedern zufallenden Aufgaben erfordern insbesondere die Fähigkeit, etwaige unternehmerische Chancen und Risiken rechtzeitig erkennen zu können. Aus diesem Grund haben die für die Entsendung der Aufsichtsratsmitglieder zuständigen Fraktionen neben den kommunalrechtlichen Vorgaben bei der Vergabe von Aufsichtsratsmandaten folgende Kriterien zu beachten: - Ist eine ausreichende zeitliche Verfügbarkeit gewährleistet? - Bestehen Interessenskonflikte, sind diese vor Entsendung dem Gesellschafter anzuzeigen. Ferner ist nach Rechtsprechung des BGH ein Vorhandensein von Mindestkenntnissen erforderlich. Hier handelt es sich um die Frage der individuellen Qualifikation der potentiellen Mandatsträger. Hier sind	
--	--	--

	Mindestkenntnisse in allgemeiner wirtschaftlicher, organisatorischer und rechtlicher Art voraussetzen, welche notwendig sind, um alle normalerweise anfallenden Geschäftsvorgänge auch ohne fremde Hilfe verstehen und sachgerecht beurteilen zu können. Insbesondere gehören hierzu: - Kenntnisse der satzungsmäßigen sowie der gesetzlichen Aufgaben des Aufsichtsrates - Wissen um die individuellen Rechte und Pflichten als Aufsichtsratsmitglied, - Kenntnisse, um die dem Aufsichtsrat vorliegenden Berichte verstehen, bewerten und daraus Schlussfolgerungen ziehen zu können, - die Fähigkeit, den geprüften Jahresabschluss (ggf. mit Hilfe des Abschlussprüfers) beurteilen zu können, - Kenntnisse zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit von Unternehmensentscheidungen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind damit in der Pflicht über die Kenntnisse und Fähigkeiten zu verfügen, welche erforderlich sind, um alle anfallenden Geschäftsvorfälle weitgehend ohne fremde Hilfe zu verstehen und sachgerecht beurteilen zu können. Neu in einen Aufsichtsrat entsandte Mitglieder	
--	--	--

	müssen daher auch zu einer ausreichenden Einarbeitung bereit sein, wozu sie von allen Seiten (Aufsichtsrat, Gesellschaft, Kreisverwaltung) insbesondere durch Schulungen Unterstützung erhalten. 5. Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsratsvorsitzenden Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen. Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit der Geschäftsführung regelmäßig Kontakt, um mit ihr die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens zu beraten. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch die Geschäftsführung zu informieren. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat sodann den Aufsichtsrat unterrichten und erforderlichenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einzuberufen. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat auf die Einhaltung der Verschwiegenheitsregelung durch alle Mitglieder des Aufsichtsrats zu achten.	
--	---	--

	6. Zusammensetzung des Aufsichtsrats Bei der Benennung seitens des Kreistages bzw. der Fraktion ist darauf zu achten, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und hinreichend unabhängig sind. Ferner sind die Tätigkeit des Unternehmens und potenzielle Interessenkonflikte zu berücksichtigen. Eine unabhängige Beratung und Überwachung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat wird auch dadurch ermöglicht, dass dem Aufsichtsrat kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung angehören darf. Das Aufsichtsratsmitglied hat eine Erklärung darüber abzugeben, ob es Beratungsaufgaben oder Organfunktionen bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausübt. 7. Vergütung Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festgelegt. Sie hat der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens Rechnung zu tragen.	
--	--	--

	Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und die Vergütungssätze der Aufsichtsratsmitglieder werden im Jahresabschluss ausgewiesen; die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auch im Anhang zum Jahresabschluss. Die vom Unternehmen an die Mitglieder des Aufsichtsrats gezahlten Vergütungen oder gewährten Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, werden gesondert im Anhang zum Jahresabschluss angegeben. Vermögenshaftpflichtversicherung: Im Falle einer Aufsichtsratsvergütung soll für eine von der Gesellschaft für die Aufsichtsratsmitglieder abgeschlossene D&O (Directors & Officers) Versicherung eine angemessene Selbstbeteiligung, die sich an der Höhe der Vergütung orientiert, vereinbart werden. Die Zweckmäßigkeit und Höhe einer solchen Versicherung ist unternehmensspezifisch zu prüfen. 8. Interessenkonflikte Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Gleichzeitig haben die Vertreter des Landkreises in den Aufsichtsratsgremien dessen besonderen Interessen, insbesondere die Beschlüsse des Kreistages, zu	
--	--	--

	berücksichtigen, sofern diese nicht dem Unternehmensinteresse entgegenstehen. Die kreislichen Vertreter in den Aufsichtsräten haben die Umsetzung der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung sowie den öffentlichen Zweck sorgfältig zu überprüfen und die Ausübung der Geschäftstätigkeit ggf. kritisch zu hinterfragen. Die kreislichen Vertreter setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinie ein und arbeiten in ihren Gremien darauf hin, dass die genannten Punkte umgesetzt werden. Kein Aufsichtsratsmitglied darf bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen, noch Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenkonflikte, insbesondere solche, die auf Grund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern der Gesellschaft entstehen können, dem Aufsichtsrat gegenüber offen legen. Der Aufsichtsrat hat in seinem Bericht an die Gesellschafterversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung zu informieren. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte	
--	--	--

	in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats. 9. Abschlussprüfung Der Aufsichtsrat vereinbart, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Der Aufsichtsrat soll Festlegungen zu Prüfungsschwerpunkten des Abschlussprüfers treffen .Bei Unternehmen ohne Aufsichtsrat vereinbart die Gesellschafterversammlung mit dem Abschlussprüfer entsprechende Berichts- und Informationspflichten. Der Abschlussprüfer nimmt in der Regel an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.	
	Anlage VI: Sponsoring und Anti-Korruptionsregelungen Sponsoring umfasst die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, Sachmitteln und Dienstleistungen durch die Unternehmen zur Förderung von Personen und/oder Organisationen im sportlichen, kulturellen und/oder sozialen Bereich. Sponsoring verfolgt gleichzeitig Ziele der Unternehmenskommunikation. Spenden	Sicherstellung von Transparenz Vermeidung von Korruption

	umfassen im Sinne dieser Beteiligungsrichtlinie alle direkten und indirekten Geld-, Sach-, und Leistungsspenden für religiöse, wissenschaftliche, gemeinnützige, kulturelle oder politische Zwecke. Die Höhe der Sponsoring- und Spendenleistungen soll sich nach der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens richten. Der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung hat im Vorfeld über die Ausreichung der Leistung zu entscheiden. Transparenz über die persönlichen und wirtschaftlichen Umstände der Aufsichtsratsmitglieder sichert das Vertrauen in deren Entscheidungen. Im Hinblick auf die zu Recht erwartete Vorbildfunktion und in Ergänzung zu den gesetzlichen Regelungen verpflichten sich die Aufsichtsratsmitglieder kreiseigener Gesellschaften freiwillig zu den nachfolgend genannten Grundsätzen: Die Mitglieder fühlen sich an ihre Offenbarungs- und Anzeigepflichten gebunden, insbesondere bei möglichen Unvereinbarkeiten mit dem von Ihnen ausgeübten Mandat. Die Aufsichtsratsmitglieder sehen es mit ihrem Amt als unvereinbar an, irgendwelche Vorteile entgegenzunehmen, mit denen Einfluss auf	
--	---	--

	Entscheidungen genommen werden könnte bzw. der Anschein einer Einflussnahme entstehen könnte und verpflichten sich, weder Geld noch unangemessene Sachgeschenke oder sonstige Vorteile anzunehmen, die ihnen auf Grund des Aufsichtsratsmandates angeboten werden. Sie nehmen ihre Pflicht zur Anzeige von Befangenheitsumständen sehr ernst und werden relevante Angaben mitteilen. Schließlich sehen es sie es als unzulässig an, Kenntnisse, die sie allein auf Grund ihrer Tätigkeit als Aufsichtsrat erlangen, zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil Dritter zu verwenden. Die Annahme von Bargeld ist unzulässig. Zulässig ist die Annahme von geringwertigen Sachgeschenken bis zu einer Wertgrenze von 30 Euro sowie zum Beispiel von Massenwerbeartikeln, Blumensträußen oder ähnlichen im Rahmen des Üblichen liegenden Aufmerksamkeiten. Höherwertige Geschenke bei offiziellen Anlässen, deren Ablehnung gegen die Regeln der Höflichkeit verstoßen würde (zum Beispiel Gastgeschenke bei Auslandsreisen), sind unverzüglich dem Beteiligungsmanagement zu übergeben. Einladungen zum Essen oder ähnlichen Anlässen gehören zur Ausübung insbesondere der repräsentativen Funktionen der ehrenamtlichen Tätigkeit und sind nicht zu beanstanden, wenn sie einen angemessenen Umfang nicht überschreiten. In jedem Einzelfall ist zu prüfen, ob sich aus einer	
--	---	--

	Einladung Abhängigkeiten ergeben können. Abhängigkeiten können bei Einladungen in einem kleineren Personenkreis leichter entstehen als bei Veranstaltungen in einem großen offiziellen Rahmen. In Zweifelsfällen soll die Einladung abgelehnt werden. Als Obergrenze für den Wert einer angemessenen Bewirtung werden etwa 50 Euro angesehen. Die Teilnahme an repräsentativen Veranstaltungen ist Bestandteil auch ehrenamtlicher Mandatstätigkeit. Die Annahme von angebotenen Freikarten für sonstige Veranstaltungen ist grundsätzlich unzulässig.	
--	--	--



Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

VORLAGE

Nr. 5-2387/15-I

für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
Haushalts- und Finanzausschuss
Kreistag

28.05.2015
22.06.2015
29.06.2015

Betr.: Zweite Änderungssatzung der Gebührensatzung der Kreismusikschule
Teltow-Fläming

Beschlussvorschlag:

**Der Kreistag beschließt die zweite Änderungssatzung der Gebührensatzung der
Kreismusikschule Teltow-Fläming**

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzierung durch:

Produktkonto: 263010.432100
Bezeichnung des Produktkontos: Ertrag Unterrichtsgebühren
Konto-Ansatz: 436.000 €

Luckenwalde, den 22.04.2016

Wehlan

Sachverhalt:

Der Landkreis Teltow-Fläming betreibt und unterhält die „Kreismusikschule Teltow-Fläming“. Die Kreismusikschule soll ihrer Satzung entsprechend ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dienen. Sie hat den Auftrag, die musikalische Kreativität von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu wecken und zu fördern. Neben einer auf Breitenarbeit angelegten Ausbildung in Grundstufe, Instrumental- bzw. Vokalunterricht sowie Ensemble- und Ergänzungsfächern soll sich die Musikschule auch der Förderung besonders begabter junger Menschen bis hin zur Vorbereitung auf ein Musikschulstudium widmen und durch ihre Musikgruppen und Orchester einen aktiven Beitrag zum kulturellen Leben des Landkreises Teltow-Fläming leisten.

Der Besuch der Musikschule des Landkreises Teltow-Fläming ist gebührenpflichtig. Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming hat in seiner Sitzung am 29. 06. 2006 die Gebührensatzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming beschlossen. Die darin festgelegten Unterrichtsgebühren wurden letztmalig zum 01. 08. 2011 durch Beschluss einer ersten Änderungssatzung angehoben.

Gemäß § 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG) sind Benutzungsgebühren spätestens alle zwei Jahre zu kalkulieren. Die aktuelle Kalkulation der Gebühren hat ergeben, dass der dem Kreistagsbeschluss im Jahr 2011 zugrundeliegende Gebührenbedarf sich um 49.977 € (entspricht 10,2 %) erhöht hat. Diese Steigerung ist der Kostenerhöhung im Bereich des Personalaufwandes und der jährlich zu verzeichnenden Reduzierung der Landesförderung geschuldet. Eine Änderung der Gebühren und damit der Gebührensatzung ist daher erforderlich.

Die Kreismusikschule Teltow-Fläming ist eine anerkannte Musikschule im Land Brandenburg und erfüllt als staatlich geförderte Einrichtung mehrere Kriterien:

- Ermäßigung für Familien und sozial Schwache
- Kostenfreier Unterricht in Ensemble- und Ergänzungsfächern
- Studienvorbereitende Ausbildung
- Vorhaltung eines umfassenden Fächerkanons
- Ansprechpartner für Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen
- Pflege des kulturellen Erbes.

Der Landkreis Teltow-Fläming hat für die Landesförderung einen erforderlichen Anteil von mindestens 40 Prozent der Kosten zu finanzieren. Derzeit liegt dieser Anteil bei 65 %. Bei den vorgeschlagenen Gebühren soll ein Anteil von 57 % erreicht werden. Eine kostendeckende Gebührenerhebung ist auf Grund des sozial-kulturellen Bildungsauftrages einer kommunalen Musikschule nicht möglich.

Die derzeitigen Gebühren werden mit Beschluss der zweiten Änderungssatzung um rund 10 Prozent steigen.

Darüber hinaus soll im § 4 Absatz 6 eine neue Gebühr durch die zweite Änderungssatzung beschlossen werden. Dabei handelt es sich um eine Gebühr für die Bereitstellung kopierter Noten. Der Landkreis muss aus Urheberrechtsgründen Kopierlizenzen erwerben, die von der GEMA angeboten werden, um rechtlich abgesichert, Noten kopieren zu dürfen. Sowohl für den Landkreis als auch für die Schülerinnen und Schüler ergibt sich daraus eine Ersparnis. Die Kosten je Schüler in Höhe von 12,00 Euro (entspricht 1,00 € pro Monat) aus dem Lizenzvertrag sollen gesondert auf die Nutzer umgelegt werden. Dies entspricht der gängigen Praxis bzw. den bisherigen Festlegungen in der Satzung. So wird bereits für den Unterricht im Fach Klavier eine Stimmgebühr und im Fach darstellende und bildende Kunst eine Materialgebühr zusätzlich zur Grundgebühr erhoben.

Anlagen:

- 1 Betriebswirtschaftliche Kosten
- 2 Prognose Gebührenbedarf (ohne Zuschuss)
- 3 Prognose Gebührenbedarf (mit Zuschuss)
- 4 Vergleich Unterrichtsgebühren und Ertragserwartung bei Gebührenerhöhung
- 5 derzeit gültige Gebührensatzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming vom 29. Juni 2006 (einschließlich der ersten Änderungssatzung vom 28. Juni 2011)

Unterrichtsart	Kostendeckende Gebühr (ohne Zuschuss) €	Gebühren nach derzeit gültiger Satzung €	Gebühren nach der Änderungs- satzung ab 01.08. 2015 €	Anzahl der Schüler	Erträge bei unver- änderter Gebühr 2015 €	Erträge bei Gebühren- änderung 2015 €	Erträge bei Gebühren- änderung 2016 €
Klassenunterricht (K) 90 Min.	740	247	270		0	0	0
K 60 Min.	616	205	225		0	0	0
- mit eig. Einkommen	770	256	281		0	0	0
K 45 Min.	493	164	180	36,0	5.904	6.140	6.480
- mit eig. Einkommen	616	205	225	5,0	1.025	1.066	1.125
K 30 Min.	370	123	135	221,0	27.183	28.271	29.835
K Darstellende und bildende Kunst 90 Min.	863	288	315	5,0	1.440	1.495	1.575
- mit eig. Einkommen	1.078	360	394	1,0	360	374	394
K Tanz 90 Min.	986	329	360	11,0	3.619	3.759	3.960
- mit eig. Einkommen	1.233	411	450		0	0	0
K Tanz 60 Min.	863	288	315	88,0	25.344	26.319	27.720
- mit eig. Einkommen	1.078	360	394	13,0	4.680	4.861	5.122
K Tanz 45 Min.	740	247	270	19,0	4.693	4.872	5.130
Einzelunterricht (E) 60 Min.	2.303	754	825	3,0	2.262	2.349	2.475
- mit eig. Einkommen	2.878	942	1031		0	0	0
E 60 Min. 14-tägig	1.151	377	413	5,0	1.885	1.959	2.065
- mit eig. Einkommen	1.439	471	516	1,0	471	489	516
E 45 Min.	1.842	603	660	92,0	55.476	57.627	60.720
- mit eig. Einkommen	2.303	754	825	21,0	15.834	16.446	17.325
E 45 Min.14-tägig	921	301	330	5,0	1.505	1.564	1.650
- mit eig. Einkommen	1.151	377	413	11,0	4.147	4.309	4.543
E 30 Min.	1.382	452	495	562,0	254.024	263.938	278.190
- mit eig. Einkommen	1.727	565	619	57,0	32.205	33.468	35.283
E 30 Min. 14-tägig	691	226	248	10,0	2.260	2.350	2.480

Unterrichtsart	Kostendeckende Gebühr (ohne Zuschuss)	Gebühren nach derzeit gültiger Satzung	Gebühren nach der Änderungs- satzung ab 01.08. 2015	Anzahl der Schüler	Erträge bei unver- änderter Gebühr 2015	Erträge bei Gebühren- änderung 2015	Erträge bei Gebühren- änderung 2016
Gruppenunterricht (G) 2 Schüler 60 Min.	1.533	501	549		0	0	0
G 2 Schüler 45 Min.	1.227	404	441	61,0	24.644	25.570	26.901
G 2 Schüler 30 Min.	920	302	330	32,0	9.664	10.032	10.560
- mit eig. Einkommen	1.150	377	412	4,0	1.508	1.565	1.648
G 3 Schüler 60 Min.	1.227	404	441		0	0	0
G 3 Schüler 45 Min.	920	302	330	12,0	3.624	3.762	3.960
G 4-5 Schüler 60 Min.	920	302	330		0	0	0
G 4-5 Schüler 45 Min.	691	229	249	4,0	916	949	996
Instrumentenkarussell	589	193	213	33,0	6.369	6.640	7.029
Summe:				1.312	491.042	510.176	537.682
abzüglich							
Ermäßigungen (Stand April 2014 x 12)					43.982	45.815	48.381
-Mehrfächererm. (25%)					8.504	8.859	9.355
-Sozialerm. (50%)					9.648	10.050	10.613
-2. Familienmitgl. (25%)					17.416	18.142	19.158
-3. Familienmitgl. (50%)					8.414	8.764	9.255
sonstige Rückerstattungen (2014)					3.213	3.347	3.534
Teilnehmergebühren nach Abzug der Ermäßigungen und sonstiger Rückerstattg.					443.847	461.015	485.767
Mehrertrag rechnerisch bei Erhöhung Teilnehmergebühren:						17.168	41.920
Steigerung um:						3,87	9,44

Anlage 1 - Betriebswirtschaftliche Kosten der Musikschule

Kostenarten	kalkulatorische Jahreskosten (€)
I Personalkosten	1.232.137,31
II Sachkosten	225.148,12
a) Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen siehe Seite 2	39.439,49
b) Wirtschaftsbedarf siehe Seite 2	3.731,95
c) Verwaltungsbedarf siehe Seite 2	179.128,09
d) Versicherungen, Beiträge siehe Seite 2	2.848,59
III Betriebsnotwendige Investitionsaufwendungen	38.432,81
a) Mieten, Pachten, Leasing	-
b) Zinsen für Fremdkapital (Tilgungsplan)	-
c) laufende Instandhaltung siehe Seite 3	2.309,15
d) Abschreibungen siehe Seite 3	36.123,66
IV Sachkosten (II+III)	263.580,93
V Kosten gesamt = zuordnungsfähige Kosten	1.495.718,24

I Stellenplan / Personalkosten

	Bruttoverdienst einschl. AG-Anteil, Urlaubs- und Weihnachtsvergütung	
Personalkosten	Stellenplan VZE	Kalkulierter Betrag
1) Leitungs- und Verwaltungspersonal	2,00	120.798,27
2) Lehrkräfte	13,86	826.556,07
3) Wirtschaftsdienst davon Hausmeister	anteilig	11.502,26
4) Aufwand für Honorare nebenamtliche Tätigkeit		273.065,71
5) sonstige Personalkosten (mit Erläuterungen)	-	-
Summe a / Personalkosten		1.231.922,31
Personalnebenkosten		
1) Aus- und Fortbildung ohne Reisekosten	-	215,00
2) Beitrag zur Berufsgenossenschaft	-	-
3) Beihilfen, sonstige Zuwendungen		-
4) sonstige Personal- Nebenkosten (Kosten Dienstkleidung)		
Summe b/ Personalnebenkosten		215,00
Summe a + b	-	1.232.137,31

II Sachkosten

II a) Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	kalkulatorische Jahreskosten (€)
Wasser, Abwasser,	1.488,53
Strom/Gas	15.279,05
Reinigung durch Fremdbetriebe	20.853,27
Müll- und Abfallkosten	519,39
Winterdienst	950,80
Objektbewachung	-
Sonstige Bewirtschaftung	348,45
Summe	39.439,49

II b) Wirtschaftsbedarf	kalkulatorische Jahreskosten (€)
Unterhaltung von Geräten, Ausstattungsgegenständen, Datentechnik, Musikinstrumente	3.611,46
Haltung von Fahrzeugen	0,00
Erwerb geringstwertige Wirtschaftsgüter (Geräte, Ausstattungsgegenstände)	120,49
Summe	3.731,95

II c) Verwaltungsbedarf	kalkulatorische Jahreskosten (€)
Bürobedarf, Fachzeitschriften	176,89
Aufwendungen für Veranstaltungen	4.087,71
Telefon- und Portogebühren	3.249,54
Reisekosten	478,89
sonstige Verwaltungskosten davon pauschale Verwaltungsumlage:	
15 % der Personalkosten der hauptamtl. Beschäftigten	143.828,49
und 10 % der Honorarkosten der nebenamtlichen Tätigkeit	27.306,57
Summe	179.128,09

II d) Versicherungen/ Beiträge	kalkulatorische Jahreskosten (€)
Verbands- und Organisationsbeiträge	1.045,00
Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	1.803,59
Summe	2.848,59

III Betriebsnotwendige Investitionsaufwendungen	
III c) laufende Instandhaltung tatsächlich gebuchter Ist-Aufwand im Instandhaltungsbereich	kalkulatorische Jahreskosten (€)
Unterhaltung von Gebäuden und baulichen Anlagen	2.309,15
Summe	2.309,15

III d) Abschreibungen	
1. Abschreibungen langfristiger Bereich	
	jährliche Abschreibung -€-
Anschaffungs- oder Herstellungskosten für Neubau,Rekonstruktion, Sanierung	31.108,22
abzüglich gewährte öffentliche Zuschüsse	0,00
Summe	31.108,22
2. Wiederbeschaffungsrücklage	
	jährliche Abschreibung -€-
unbewegliche Anlagegüter und Ausrüstungen	0,00
bewegliche Anlagegüter und GWG	5.015,44
Summe der Rücklagen	5.015,44
Abschreibungen gesamt	
1. langfristiger Bereich	31.108,22
2. Wiederbeschaffungsrücklage	5.015,44
Summe III d)	36.123,66

1. Prognose Gebührenbedarf für die Kreismusikschule Teltow-Fläming (ohne Zuschuss)

1.1.	Betriebswirtschaftliche Kosten (vgl. Anlage 1)		1.495.718 €
1.2.	Zuschuss des Landes		0 €
1.3.	Sonstige Erträge		0 €
1.4.	Zuschuss des Landkreises		0 €
1.5.	Gebührenbedarf		1.495.718 €
	Anzahl der Schüler (Stand März 2014)	1.312	
	Anzahl der Unterrichtswochen	39	
	Anzahl der Unterrichtsstunden (à 45 Min.) pro Unterrichtswoche (ohne Abminderung, Leitung, Verwaltung)	678	
1.6.	Kosten je Schüler / Schuljahr		1.140 €
1.7.	Kosten je Unterrichtsstunde (unabhängig von der Zahl der teilnehmenden Schüler)		57 €

2. Kalkulation kostendeckende Einzelgebühren

(Die Kalkulation der Einzelgebühren erfolgt nach der Äquivalenzziffernrechnung - hier *Gewichtungsfaktor*)

2.1.	<u>Aufteilung des Gebührenbedarfs auf Klassen-, Gruppen- und Einzelunterricht</u>	Anzahl der gebühren- pflichtigen Schüler	Gewich- tungs- faktor	Rechen- einheiten	Teilnehmer- gebühren in €
	Unterrichtsform				
2.1.1.	Klassenunterricht	399	0,40	159,60	222.559
2.1.2.	Gruppen- und Einzelunterricht	913	1,00	913,00	1.273.159
2.1.3.	Insgesamt	1.312		1.072,60	1.495.718

2.1.4. Ermittlung der Gebührenanteile je Recheneinheit

-Gebührenbedarf	1.495.718 €
-Gebührenbedarf je Recheneinheit (1.495.718 € : 1.072,60)	1.394,48 €

2.2. Berechnung der Gebührensätze für den Klassenunterricht

2.2.1.	Grundgebühr	Anzahl der gebühren- pflichtigen Schüler	Gewich- tungs- faktor	Rechen- einheiten	Teilnehmer- gebühren je Schüler €	Teilnehmer- gebühren zusammen €
	Klassen 90 Min.		1,50	0,00	740	0
	Klassen 60 Min.		1,25	0,00	616	0
	Klassen 45 Min.	36	1,00	36,00	493	17.748
	Klassen 30 Min. (u.a. Kita 4 JZ)	221	0,75	165,75	370	81.715
	Klassen Darstellende und bildende Kunst 90 Min.	5	1,75	8,75	863	4.314
	Klassen Tanz 90 Min.	11	2,00	22,00	986	10.846
	Klassen Tanz 60 Min.	88	1,75	154,00	863	75.922
	Klassen Tanz 45 Min.	19	1,50	28,50	740	14.051
	Zwischensumme	380		415,00		204.595
2.2.2.	Schüler mit eigenem Einkommen			zzgl 25 v.H.		

der Grundgebühr					
Klassen 90 Min.		1,88	0,00	924	0
Klassen 60 Min.		1,56	0,00	770	0
Klassen 45 Min.	5	1,25	6,25	616	3.081
Klassen Darstellende und bildende Kunst 90 Min.	1	2,19	2,19	1.078	1.078
Klassen Tanz 90 Min.		2,50	0,00	1.233	0
Klassen Tanz 60 Min.	13	2,19	28,44	1.078	14.020
Klassen Tanz 45 Min.		1,88	0,00	924	0
Zwischensumme	19		36,88		18.179
2.2.3. Insgesamt	399		451,88		222.774
2.2.4. Ermittlung der Gebührenanteile					
je Recheneinheit					
-Gebührenbedarf				222.559	€
-Gebührenbedarf je Recheneinheit (222.559 € : 451,88)				492,52	€
2.3. <u>Berechnung der Gebührensätze für den Gruppen- und Einzelunterricht</u>					
2.3.1. Grundgebühr	Anzahl der gebührenpflichtigen Schüler	Gewichtungs-faktor	Rechen-einheiten	Teilnehmer-gebühren je Schüler €	Teilnehmer-gebühren zusammen €
Einzelunterricht 60 Min.	3	1,25	3,75	2.303	6.908
Einzelunterricht 60´ 14-tägig	5	0,63	3,13	1.151	5.756
Einzelunterricht 45 Min.	92	1,00	92,00	1.842	169.464
Einzelunterricht 45´ 14-tägig	5	0,50	2,50	921	4.605
Einzelunterricht 30 Min.	562	0,75	421,50	1.382	776.403
Einzelunterricht 30´ 14-tägig	10	0,38	3,75	691	6.908
Gruppe 2 Schüler 60 Min.		0,83	0,00	1.533	0
Gruppe 2 Schüler 45 Min.	61	0,67	40,63	1.227	74.833
Gruppe 2 Schüler 30 Min.	32	0,50	15,98	920	29.443
Gruppe 3 Schüler 60 Min.		0,67	0,00	1.227	0
Gruppe 3 Schüler 45 Min.	12	0,50	5,99	920	11.041
Gruppe 4-5 Schüler 60 Min.		0,50	0,00	920	0
Gruppe 4-5 Schüler 45 Min.	4	0,38	1,50	691	2.763
Instrumentenkarussell	33	0,32	10,56	589	19.452
Zwischensumme	819		601,29		1.107.574
2.3.2. Schüler mit eigenem Einkommen					
		zzgl 25 v.H. der Grundgebühr			
Einzelunterricht 60 Min.		1,56	0,00	2.878	0
Einzelunterricht 60´ 14-tägig	1	0,78	0,78	1.439	1.439
Einzelunterricht 45 Min.	21	1,25	26,25	2.303	48.353
Einzelunterricht 45´ 14-tägig	11	0,63	6,88	1.151	12.664
Einzelunterricht 30 Min.	57	0,94	53,44	1.727	98.432
Einzelunterricht 30´ 14-tägig		0,47	0,00	863	0
Gruppe 2 Schüler 60 Min.		1,04	0,00	1.917	0
Gruppe 2 Schüler 45 Min.		0,83	0,00	1.533	0
Gruppe 2 Schüler 30 Min.	4	0,62	2,50	1.150	4.600
Gruppe 3 Schüler 60 Min.		0,83	0,00	1.533	0
Gruppe 3 Schüler 45 Min.		0,62	0,00	1.150	0
Gruppe 4-5 Schüler 60 Min.		0,62	0,00	1.150	0
Zwischensumme	94		89,84		165.488
2.3.3. Insgesamt	913		691,13		1.273.062
2.3.4. Ermittlung der Gebührenanteile					
je Recheneinheit					
-Gebührenbedarf				1.273.159	€
-Gebührenbedarf je Recheneinheit (1.273.159 € : 691,13)				1.842,14	€

2.4. Kontrollrechnung

2.4.1. Teilnehmergebühren für Klassenunterricht	222.774
2.4.2. Teilnehmergebühren für Gruppen- und Einzelunterricht	1.273.062
2.4.3. Teilnehmergebühren insgesamt	1.495.836
2.4.4. abzüglich Ermäßigungen	
2.4.5. Gebührenerwartung bei kostendeckenden Teilnehmergebühren	1.495.836

1. Prognose Gebührenbedarf für die Kreismusikschule Teltow-Fläming (mit Zuschuss)

1.1.	Betriebswirtschaftliche Kosten (vgl. Anlage 1)	1.495.718 €	
1.2.	Zuschuss des Landes (2014)	90.112 €	6 %
1.3.	Sonstige Erträge (2014)	4.272 €	0 %
1.4.	Zuschuss des Landkreises	860.000 €	57 %
1.5.	Gebührenbedarf	541.334 €	36 %
	Anzahl der Schüler (März 2014)	1.312	
	Anzahl der Unterrichtswochen	39	
	Anzahl der Unterrichtsstunden (à 45 Min.) pro Unterrichtswoche (ohne Abminderung, Leitung, Verwaltung)	637	
1.6.	Kosten je Schüler / Schuljahr	413 €	
1.7.	Kosten je Unterrichtsstunde (unabhängig von der Zahl der teilnehmenden Schüler)	22 €	

2. Kalkulation Einzelgebühren

(Die Kalkulation der Einzelgebühren erfolgt nach der Äquivalenzziffernrechnung - hier *Gewichtungsfaktor*)

2.1.	<u>Aufteilung des Gebührenbedarfs auf Klassen-, Gruppen- und Einzelunterricht</u>	Anzahl der gebührenpflichtigen Schüler	Gewichtungs-faktor	Rechen-einheiten	Gebühren-bedarf in €	
	Unterrichtsform					
2.1.1.	Klassenunterricht	399	0,40	159,60	80.549	
2.1.2.	Gruppen- und Einzelunterricht	913	1,00	913,00	460.785	
2.1.3.	Insgesamt	1.312		1.072,60	541.334	
2.1.4.	Ermittlung der Gebührenanteile je Recheneinheit					
	-Gebührenbedarf				541.334 €	
	-Gebührenbedarf je Recheneinheit (541.334 € : 1.072,60)				504,69 €	
2.2.	<u>Berechnung der Gebührensätze für den Klassenunterricht</u>	Anzahl der gebührenpflichtigen Schüler	Gewichtungs-faktor	Rechen-einheiten	Teilnehmer-gebühren je Schüler €	Teilnehmer-gebühren zusammen €
2.2.1.	Grundgebühr					
	Klassen 90 Min.		1,50	0,00	270	0
	Klassen 60 Min.		1,25	0,00	225	0
	Klassen 45 Min.	36	1,00	36,00	180	6.480
	Klassen 30 Min. (u.a. Kita 4 JZ)	221	0,75	165,75	135	29.835
	Klassen Darstellende und bildende Kunst 90 Min.	5	1,75	8,75	315	1.575
	Klassen Tanz 90 Min.	11	2,00	22,00	360	3.960
	Klassen Tanz 60 Min.	88	1,75	154,00	315	27.720
	Klassen Tanz 45 Min.	19	1,50	28,50	270	5.130
	Zwischensumme	380		415,00		74.700
2.2.2.	Schüler mit eigenem Einkommen			zzgl 25 v.H. der Grundgebühr		

Klassen 90 Min.		1,88	0,00	338	0
Klassen 60 Min.		1,56	0,00	281	0
Klassen 45 Min.	5	1,25	6,25	225	1.125
Klassen Darstellende und bildende Kunst 90 Min.	1	2,19	2,19	394	394
Klassen Tanz 90 Min.		2,50	0,00	450	0
Klassen Tanz 60 Min.	13	2,19	28,44	394	5.122
Klassen Tanz 45 Min.		1,88	0,00	338	0
Zwischensumme	19		36,88		6.641
2.2.3. Insgesamt	399		451,88		81.341

2.2.4. Ermittlung der Gebührenanteile
je Recheneinheit

-Gebührenbedarf	80.549 €
-Gebührenbedarf je Recheneinheit (80.549 € : 451,88)	178,26 €

2.3. Berechnung der Gebührensätze
für den Gruppen- und Einzelunterricht

	Anzahl der gebühren- pflichtigen Schüler	Gewich- tungs- faktor	Rechen- einheiten	Teilnehmer- gebühren je Schüler €	Teilnehmer- gebühren zusammen €
--	---	-----------------------------	----------------------	--	--

2.3.1. Grundgebühr

Einzelunterricht 60 Min.	3	1,25	3,75	825	2.475
Einzelunterricht 60´ 14-tägig	5	0,63	3,13	413	2.065
Einzelunterricht 45 Min.	92	1,00	92,00	660	60.720
Einzelunterricht 45´ 14-tägig	5	0,50	2,50	330	1.650
Einzelunterricht 30 Min.	562	0,75	421,50	495	278.190
Einzelunterricht 30´ 14-tägig	10	0,38	3,75	248	2.480
Gruppe 2 Schüler 60 Min.		0,83	0,00	549	0
Gruppe 2 Schüler 45 Min.	61	0,67	40,63	441	26.901
Gruppe 2 Schüler 30 Min.	32	0,50	15,98	330	10.560
Gruppe 3 Schüler 60 Min.		0,67	0,00	441	0
Gruppe 3 Schüler 45 Min.	12	0,50	5,99	330	3.960
Gruppe 4-5 Schüler 60 Min.		0,50	0,00	330	0
Gruppe 4-5 Schüler 45 Min.	4	0,38	1,50	249	996
Instrumentenkarussell	33	0,32	10,56	213	7.029
Zwischensumme	819		601,29		397.026

2.3.2. Schüler mit eigenem Einkommen

zzgl 25 v.H.
der Grundgebühr

Einzelunterricht 60 Min.		1,56	0,00	1.031	0
Einzelunterricht 60´ 14-tägig	1	0,78	0,78	516	516
Einzelunterricht 45 Min.	21	1,25	26,25	825	17.325
Einzelunterricht 45´ 14-tägig	11	0,63	6,88	413	4.543
Einzelunterricht 30 Min.	57	0,94	53,44	619	35.283
Einzelunterricht 30´ 14-tägig		0,47	0,00	309	0
Gruppe 2 Schüler 60 Min.		1,04	0,00	687	0
Gruppe 2 Schüler 45 Min.		0,83	0,00	549	0
Gruppe 2 Schüler 30 Min.	4	0,62	2,50	412	1.648
Gruppe 3 Schüler 60 Min.		0,83	0,00	549	0
Gruppe 3 Schüler 45 Min.		0,62	0,00	412	0
Gruppe 4-5 Schüler 60 Min.		0,62	0,00	412	0
Zwischensumme	94		89,84		59.315

2.3.3. Insgesamt **913** **691,13** **456.341**

2.3.4. Ermittlung der Gebührenanteile
je Recheneinheit

-Gebührenbedarf	460.785 €
-Gebührenbedarf je Recheneinheit (460.785 € : 691,13)	666,71 €

2.4. Kontrollrechnung

2.4.1.	Teilnehmergebühren für Klassenunterricht	81.341
2.4.2.	Teilnehmergebühren für Gruppen- und Einzelunterricht	456.341
2.4.3.	Teilnehmergebühren insgesamt	537.682
2.4.4.	abzüglich Ermäßigungen und sonstiger Rückerstattungen	51.915
2.4.5.	Tatsächliche Gebührenerwartung	485.767

3. Erträge bei In-Kraft-Treten der Gebührenänderung zum 01. 08. 2015

- Erträge bei unveränderter Gebühr (pro Jahr)	443.847 €
- Erträge bei Gebührenänderung (pro Jahr)	485.767 €
Mehrerträge pro Jahr:	41.920 €
Mehrerträge für 2015 (entsprechend der erteilten Unterrichtswochen):	17.168 €

**Gebührensatzung
der Kreismusikschule Teltow- Fläming**

In der Fassung der Ersten Änderung vom 28. Juni 2011

Aufgrund des § 5 Landkreisordnung für das Land Brandenburg vom 15. Oktober 1993 (GVBl. I S.398), zuletzt geändert durch Art. 26 des Gesetzes zur Zusammenführung von überörtlicher Prüfung und allgemeiner Kommunalaufsicht sowie zur Änderung des Landesrechnungshofgesetzes und anderer Gesetze vom 22. Juni 2005 (GVBl. I S. 210) und §§ 2, 4, 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg i. d. F. der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I S. 174), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. April 2005 (GVBl. I S. 170), hat der Kreistag des Landkreises Teltow- Fläming in seiner Sitzung am 26. Juni 2006 folgende Gebührensatzung beschlossen:

**§ 1
Benutzungsgebühren**

- (1) Der Besuch der Kreismusikschule ist gebührenpflichtig.
- (2) Es werden Unterrichtsgebühren, Gebühren für die Überlassung von Instrumenten, Stimmgebühren und Materialgebühren erhoben.

**§ 2
Gebührensschuldner**

Gebührensschuldner sind Schüler der Kreismusikschule. Minderjährige Schüler und ihre gesetzlichen Vertreter haften als Gesamtschuldner.

**§ 3
Entstehung der Gebührenschuld und deren Fälligkeit**

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Aufnahme der Schüler in die Kreismusikschule.
- (2) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Die Unterrichtsgebühr (§ 4 Abs. 2) wird in jeweils gleich hohen Teilbeträgen jeweils zum 15. eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig. Ist ein Fälligkeitszeitpunkt mit Bekanntgabe des Gebührenbescheides bereits überschritten, so wird der auf diesen Fälligkeitszeitpunkt entfallende Betrag einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides zur Zahlung fällig.

§ 4 Unterrichts-, Stimm- und Materialgebühr

(1) Die Unterrichtsgebühr wird als Jahresgebühr erhoben.

(2) Die Grundgebühr für den Unterricht beträgt:

Unterrichtsart		Unterrichtsdauer/ Woche	Unterrichtsgebühr in Euro
Einzelunterricht		60 Min. 45 Min. 30 Min.	754,00 603,00 452,00
Gruppenunterricht	2 Schüler	60 Min. 45 Min. 30 Min.	501,00 404,00 302,00
	3 Schüler	60 Min. 45 Min.	404,00 302,00
	4-5 Schüler	60 Min. 45 Min.	302,00 229,00
Instrumentenkarussell		30-45 Min. flexibel	193,00
Klassenunterricht (Chor, Ensemble, Musiklehre, Gemeinschaftsmusizieren, Eltern-Kind-Gruppe, Musikalische Früherziehung und Grundausbildung)		90 Min. 60 Min. 45 Min. 30 Min.	247,00 205,00 164,00 123,00
Darstellende und bildende Kunst (Klasse)		90 Min.	288,00
Darstellende und bildende Kunst (Gruppe)	5 Schüler 4 Schüler 3 Schüler 2 Schüler	90 Min. 90 Min. 90 Min. 90 Min.	345,60 432,00 576,00 864,00
Tanz (Klasse)		90 Min. 60 Min. 45 Min.	329,00 288,00 247,00
Tanz (Gruppe)	5 Schüler 4 Schüler 3 Schüler 2 Schüler	45 Min. 45 Min. 45 Min. 45 Min.	296,40 370,50 494,00 741,00

Studienvorbereitende Ausbildung und Förderklasse (ohne Landesförderung)		60 Min.	663,00
		75 Min.	714,00
		90 Min.	765,00
		105 Min.	816,00
		120 Min.	867,00
		135 Min.	918,00
Studienvorbereitende Ausbildung lt. Förderprogramm „Musische Bildung für alle“			612,00
Projekte mit einer Lehrkraft zwei Lehrkräften drei Lehrkräften	pro Gruppe	45 Min.	612,00
			1.224,00
			1.836,00

- (3) Für Schüler, die nicht schulpflichtig im Sinne des Brandenburgischen Schulgesetzes (BbgSchulG) sind, erhöht sich die Grundgebühr für das jeweilige Unterrichtsfach um 25 vom Hundert.
- (4) Für Schüler, die ihren Wohnsitz nicht im Landkreis Teltow-Fläming haben, erhöht sich die Grundgebühr um 10 vom Hundert; im Falle des Absatzes 3 um 35 vom Hundert.
- (5) Für den Unterricht im Fach Klavier wird eine Stimmgebühr in Höhe von 12,00 Euro erhoben. Diese Gebühr wird mit dem ersten Teilbetrag der Unterrichtsgebühr zur Zahlung fällig.
- (6) Für das Unterrichtsfach darstellende und bildende Kunst wird eine Materialgebühr in Höhe von 2,00 Euro monatlich erhoben. Diese Gebühr wird mit dem ersten Teilbetrag der Unterrichtsgebühr zur Zahlung fällig.
- (7) Bei Unterricht im 14-tägigen Rhythmus wird eine halbe Jahresgebühr erhoben.

§ 5

Gebührenfreiheit

Die Teilnahme an Fächern im klassenmäßigen Instrumental- oder Vokalunterricht ist für Schüler mit Instrumental- oder Vokalunterricht gebührenfrei.

§ 6

Gebührenermäßigung

- (1) Eine Ermäßigung wird als Sozialermäßigung, Mehrfächerermäßigung oder Familienermäßigung gewährt:
 1. Die Unterrichtsgebühr wird für Schüler, deren Unterhaltsverpflichtete Leistungen zum Lebensunterhalt gemäß Sozialgesetzbuch Zweites

Buch (SGB II) und/oder Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) erhalten, um 50 vom Hundert ermäßigt (Sozialermäßigung). Die jeweiligen Bescheide sind mit dem schriftlichen Antrag einzureichen. Die Sozialermäßigung wird grundsätzlich nur für ein Unterrichtsfach gewährt.

In besonderen sozialen Härtefällen kann im Einzelfall auf schriftlichen Antrag eine weitere Ermäßigung oder vorübergehende Gebührenbefreiung gewährt werden, sofern Begabung und Leistung des Schülers dies rechtfertigen. Über diese weitere Ermäßigung entscheidet ein Gremium aus Musikschullehrer, Schulleiter und Amtsleiter.

2. Bei Belegung eines zweiten Faches wird die Unterrichtsgebühr für dieses und jedes weitere Fach um 25 vom Hundert ermäßigt (Mehrfächerermäßigung). Das Fach mit der höchsten Unterrichtsgebühr gilt als erstes Fach.
3. Die Unterrichtsgebühr wird für Geschwisterkinder und Eltern/Personen-sorgeberechtigte wie folgt ermäßigt (Familienermäßigung):
 - für das zweite Familienmitglied um 25 vom Hundert
 - für jedes weitere Familienmitglied um 50 vom Hundert.
 Das Familienmitglied, welches die höchste Gebühr zu zahlen hat, gilt als erstes Familienmitglied.
- (2) Die Ermäßigungen nach Absatz 1, Nummer 1 bis 3 finden nebeneinander Anwendung.
- (3) Die Ermäßigungen nach Absatz 1, Nummer 1 bis 3 werden nur auf schriftlichen Antrag ab dem Monat gewährt, der dem Monat folgt, in dem die entsprechenden Nachweise vorgelegt werden.
- (4) Fallen die Voraussetzungen für eine Gebührenermäßigung nachträglich ganz oder teilweise weg, ist der Gebührenschuldner verpflichtet, dies unverzüglich der Kreismusikschule, Ackerstraße 15, 14943 Luckenwalde mitzuteilen.

§ 7

Gebühr für die Überlassung von Instrumenten

- (1) Für die Überlassung von Instrumenten werden pro Monat folgende Gebühren erhoben:

Anschaffungswert (in Euro)	Gebühr (in Euro)
bis 125,00	1,50
126,00 bis 250,00	3,00
251,00 bis 375,00	4,50
376,00 bis 500,00	6,00
501,00 bis 750,00	9,00
751,00 bis 1000,00	12,00
ab 1001,00	16,00

- (2) Diese Gebühr wird durch gesonderten Gebührenbescheid festgesetzt und zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig.

§ 8

Unterrichtsversäumnisse, Unterrichtsausfall

- (1) Schüler haben Anspruch auf 35 Unterrichtseinheiten pro Schuljahr, bei einer Aufnahme oder Kündigung im Laufe des Schuljahres entsprechend anteilig.
- (2) Wird eine angebotene Unterrichtseinheit aus Gründen, die der Schüler zu vertreten hat, nicht wahrgenommen, besteht kein Anspruch auf eine Nachholestunde oder auf Erstattung der anteiligen Gebühren.
- (3) Bei längerer Erkrankung oder Kuraufenthalt des Schülers, die zum Ausfall von mindestens drei aufeinanderfolgenden Unterrichtseinheiten führen, kann auf schriftlichen Antrag die anteilige Erstattung von 1/35 der Gebühren je ausgefallene Unterrichtseinheit, maximal jedoch für acht Unterrichtseinheiten, rückwirkend erfolgen, sofern die Zahl von 35 Unterrichtseinheiten im Schuljahr unterschritten wird. Eine ärztliche Bescheinigung ist dem Antrag beizufügen. Voraussetzung für eine Erstattung ist, dass der Tatbestand, der zum Unterrichtsausfall führt, unverzüglich nach Bekanntwerden der Kreismusikschule, Ackerstraße 15, 14943 Luckenwalde angezeigt wird.
- (3) Bei Unterrichtsausfall, den die Kreismusikschule zu vertreten hat, wird nach Möglichkeit Nachholeunterricht angeboten. Hierzu können zusätzlich Unterrichtszeiten festgelegt werden. Besteht diese Möglichkeit nicht oder kann die Schülerin oder der Schüler, z. B. durch eigene Krankheit, das Nachholeangebot nicht wahrnehmen, wird die Jahresgebühr anteilig je ausgefallene Unterrichtseinheit erstattet, wenn innerhalb eines Kalenderjahres weniger als 35 Unterrichtseinheiten erteilt werden.

§ 9

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am 1. August 2006 in Kraft.
- (2) Mit dem In-Kraft-Treten dieser Gebührensatzung treten gleichzeitig außer Kraft:
 1. die "Gebührensatzung zur Satzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming" vom 3. Juli 2001 (Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming Nr. 16 vom 11. Juli 2001)
 2. die Erste Änderungssatzung der Gebührensatzung zur Satzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming vom 10. Dezember 2001 (Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming Nr. 34 vom 28. Dezember 2001)
 3. die Zweite Änderungssatzung der Gebührensatzung zur Satzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming vom 24. März 2005 (Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming Nr. 8 vom 30. März 2005)

Veröffentlicht: Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming Nr. 19/2006 vom 29.06.2006 und Nr. 18 vom 30. Juni 2011

Zweite Änderungssatzung der Gebührensatzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming

Aufgrund des § 131 Absatz 1 i. V. m. §§ 3, 28 Absatz 2 Ziff. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32) und §§ 1, 2, 4 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg i. d. F. der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I S. 174), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32), hat der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming in seiner Sitzung vom folgende zweite Änderungssatzung der Gebührensatzung der Kreismusikschule Teltow-Fläming beschlossen.

Artikel 1

Änderung der Satzung

Die Gebührensatzung der Kreismusikschule Landkreis Teltow-Fläming vom 29. Juni 2006 (Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming Nr. 19 vom 29. Juni 2006), zuletzt geändert durch die erste Änderungssatzung vom 28. Juni 2011 (Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming Nr. 18 vom 30. Juni 2011), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Besuch der Kreismusikschule ist gebührenpflichtig.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Grundgebühr für den Unterricht beträgt:

Unterrichtsart		Unterrichtsdauer/ Woche	Unterrichtsgebühr in Euro
Einzelunterricht		60 Min. 45 Min. 30 Min.	825,00 660,00 495,00
Gruppenunterricht	2 Schüler	60 Min. 45 Min. 30 Min.	549,00 441,00 330,00
	3 Schüler	60 Min. 45 Min.	441,00 330,00
	4-5 Schüler	60 Min. 45 Min.	330,00 249,00
Instrumentenkarussell		30-45 Min. flexibel	213,00
Klassenunterricht (Chor, Ensemble, Musiklehre, Gemeinschaftsmusizieren, Eltern-Kind-Gruppe, Musikalische Früherziehung und Grundausbildung)		90 Min. 60 Min. 45 Min. 30 Min.	270,00 225,00 180,00 135,00

Darstellende und bildende Kunst (Klasse)		90 Min.	315,00
Darstellende und bildende Kunst (Gruppe)	5 Schüler	90 Min.	378,00
	4 Schüler	90 Min.	472,50
	3 Schüler	90 Min.	630,00
	2 Schüler	90 Min.	945,00
Tanz (Klasse)		90 Min. 60 Min. 45 Min.	360,00 315,00 270,00
Tanz (Gruppe)	5 Schüler	45 Min.	324,00
	4 Schüler	45 Min.	405,00
	3 Schüler	45 Min.	540,00
	2 Schüler	45 Min.	810,00
Studienvorbereitende Ausbildung und Förderklasse (ohne Landesförderung)		60 Min. 75 Min. 90 Min. 105 Min. 120 Min. 135 Min.	715,00 770,00 825,00 880,00 935,00 990,00
Studienvorbereitende Ausbildung lt. Förderprogramm „Mussische Bildung für alle“			660,00
Projekte mit			
einer Lehrkraft	pro Gruppe	45 Min.	660,00
zwei Lehrkräften			1.320,00
drei Lehrkräften			1.980,00“

b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

a. Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

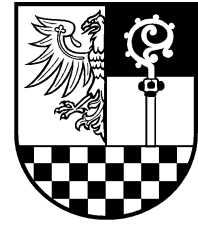
„Für Schüler im Unterrichtsfach darstellende und bildende Kunst wird eine Materialgebühr in Höhe von 2,00 Euro monatlich und für Schüler im Instrumental- und Gesangsunterricht eine Gebühr für die Bereitstellung kopierter Noten in Höhe von 1,00 € monatlich erhoben.“

b. In Satz 2 werden die Worte „Gebühr wird“ durch die Worte „Gebühren werden“ ersetzt und vor dem Wort „Unterrichtsgebühr“ wird das Wort „jeweiligen“ eingefügt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. August 2015 in Kraft.



Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

VORLAGE

Nr. 5-2414/15-LR

für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Haushalts- und Finanzausschuss
Kreistag

22.06.2015
29.06.2015

Betr.: Stellenplanerweiterung im Sozialamt der Kreisverwaltung um eine Stelle
„Mitarbeiter/-in Leistungen nach dem AsylbLG,,

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan der Kreisverwaltung wird um eine Stelle Mitarbeiter/-in Leistungen nach dem AsylbLG (TVöD, VKA EG 8) befristet auf 2 Jahre erweitert.

Finanzielle Auswirkungen:

Ansatz:

Finanzierung durch:

Produktkonto: 313000

Bezeichnung des Produktkontos: Hilfen für Asylbewerber

Konto-Ansatz: Juli bis Dezember 2015 = 22.307,36 €
Januar bis Dezember 2016 = 44.614,72 €
(Kosten sind nicht geplant)

noch verfügbare Mittel:

Erstattung erfolgt aus der Kostenerstattungspauschale gem. Erstattungsverordnung zum Landesaufnahmegesetz nach Antrag des LK

Luckenwalde, den 01.06.2015

Wehlan

Sachverhalt:

Nach Festlegung der Zuweisungsquote durch das MASF Brandenburg musste der Landkreis Teltow-Fläming auch 2015 weitere Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen. Damit erhöhten sich die Zahl der zu bearbeitenden Fälle im Leistungsbezug bis zum 16.04.2015 auf 632 (durchschnittlicher Wert aufgrund der hohen Fluktuation oder Änderung der Zuweisungsprognosen). Darüber hinaus wurde angekündigt, dass sich die Zuweisungsquote auf weitere 354 Asylbewerber und Flüchtlinge erhöhen wird, so dass bis Jahresende eine Gesamtzahl von 850 avisiert ist. Hinzu kommen Kontingentflüchtlinge sowie eine leicht verstärktes Aufkommen von Spätaussiedlern.

Fallzahlen	2011	2012	2013	2014	27.05.2015
lfd. Fälle	197	207	310	501	683
Neuanträge	77	91	206	415	212
Stellenanteile	1,00	1,00	2,00	3,00	3,00

Diese Prognose ist zwischenzeitlich mit Schreiben des BAMF vom 07.05.2015 auf eine mögliche Aufnahme von 1012 Aufnahmen für den Landkreis TF korrigiert worden.

Stellenbedarfsberechnung:

Bei der Berechnung des Stellenbedarfs setzte PWC auf einen Fallschlüssel von 1,0 VbE zu 200 lfd. Fällen an, zusätzlich wurde eine Pauschale von 0,05 VbE (Kennzahl: örtlicher Wert) angegeben, bezogen auf die Bearbeitung von Leistungen für Aussiedler.

Der interkommunale Vergleich legt eine Fallpauschale als Medialwert von 1,0 VbE zu 155 Fällen zugrunde. In allen Landkreisen ist die personelle Aufstockung in Bearbeitung.

Bei der Leistungsgewährung für Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge wird ein „Fallschlüssel“ von einem Mitarbeiter zu 200 Leistungsempfänger angewandt. Diese Fallzahl variiert durch Zu- und Abgänge der Leistungsempfänger.

Bis 2012 war eine Stelle SB Leistungen für Asylbewerber im Sozialamt, SG Sonstige soziale Leistungen, geplant und in Vollzeit besetzt. Aufgrund der Fallzahlenentwicklung wurde zum 01.02.2013 eine zweite Stelle SB Leistungen für Asylbewerber eingerichtet und besetzt.

Bei der Bearbeitung der Anträge auf Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nehmen die Prüfung, Gewährung und Abrechnung von Krankenhilfen einen Schwerpunkt ein.

Daher wurde mit Beschluss der DB LRin am 25.08.2014 eine Mitarbeiterstelle mit dem Aufgabenschwerpunkt *Krankenhilfe und Hilfe zur Gesundheit* eingerichtet und besetzt. Diese Stelle ist mit der Entgeltgruppe 8 TVÖD, VKA bewertet worden.

Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören im Einzelnen:

- Entscheidung nach den Bestimmungen des AsylbLG i. V. m. dem Aufenthaltsgesetz, dem SGB XII und dem Asylverfahrensgesetz
- Prüfung und Bescheidung des Einzelfalls: individuelle Hilfe, einmalige Beihilfen, Gespräche mit Heimbewohnern und Sozialarbeitern, Ermitteln der augenblicklichen Situation
- Festsetzen von Unterhaltsbeitrages
- Prüfung und Abrechnung ambulanter Behandlungen und ärztlicher Verordnungen von niedergelassenen Ärzten und Apotheken
- Prüfung der Rechtmäßigkeit und Plausibilität von Einzelabrechnungen in der ambulanten ärztlichen Versorgung
- Korrektur von Honorarabrechnung
- Ablehnung von Gebührenkombination

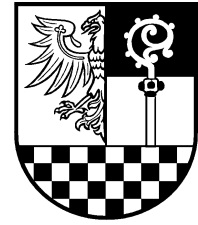
- Abrechnung der Leistungen (Facharztbereich, Röntgen, Labor u. a.) nach der Gebührenordnung für Ärzte in Einzelfällen nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab der Kassenärztlichen Vereinigung
- Absicherung des wöchentlichen Transfers

Aufgrund des Anstieges der Fallzahlen ist für die Bearbeitung die Einrichtung einer zweiten Mitarbeiterstelle – auch vorerst befristet für zwei Jahre - zwingend notwendig. Die Erstattung von Personal- und Sachkosten erfolgt im Rahmen der Kostenerstattungspauschalen nach der Erstattungsverordnung zum LAufnG.

Für das Haushaltsjahr 2015 waren durch das Fachamt aufgrund der durchschnittlichen Zahl von 703 Asylbewerbern insgesamt 6.402.240 € Einnahmen geplant, hierin einkalkuliert sind 400.000 € für Personalkosten. Für bisher eingestellte Beschäftigte (Kernverwaltung und Übergangswohnheime) fallen rd. 401.452,90 € an Personalkosten an.

Aktuell liegt die Zahl der Asylbewerber bereits bei 683, bis zum Jahresende werden weitere 500 Asylbewerber erwartet.

Für die Aufnahme weiterer Asylbewerber sind daher zusätzliche Einnahme in Höhe von 4.564.000 € avisiert. Aus dieser Summe können wieder Personalkosten finanziert werden. Diese belaufen sich bei Einrichtung der zusätzlichen Stelle für 6 Monate im Haushaltsjahr 2015 auf 22.307,36 €. Diese Kosten wurden im Haushalt 2015 zwar nicht geplant, werden aber durch die zusätzliche Fallpauschale abgedeckt.



Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

VORLAGE

Nr. 5-2424/15-LR

für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Haushalts- und Finanzausschuss
Kreistag
Jugendhilfeausschuss

22.06.2015
29.06.2015
08.07.2015

Betr.: Stellenbemessung im Jugendamt – Bereich Sozialpädagogischer Dienst

Beschlussvorschlag:

Die Landrätin wird beauftragt, unter Verwendung freier Zeitanteile im Stellenplan, die personelle Ausstattung im Jugendamt um vorerst 6,00 VbE zu erhöhen. Ab dem Haushaltsjahr 2016 wird der Stellenplan der Kreisverwaltung um 6,00 VbE „SB Sozialpädagogischer Dienst“ (S 14 SuE, TVöD-VKA) erweitert.

Finanzielle Auswirkungen 2015

Kosten: 108.400 €
Produktkonto: 50, diverse Produktkonten
Bezeichnung: Personalaufwendungen

Bei der Personalkostenplanung 2015 wurden diese Kosten nicht berücksichtigt. Die Mehrbelastung muss unterjährig durch eine sparsame Haushaltsführung ausgeglichen werden.

Positiv für die Haushaltsplanung könnte sich hier eine angekündigte zusätzliche Kostenerstattung als Ausgleich für Mehrbelastungen durch das Bundeskinderschutzgesetz in Höhe von ca. 120.000 € auswirken.

Luckenwalde, den 10.06.2015

Wehlan

Sachverhalt:

Das Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen ist in folgende Bereiche gegliedert:

- Sozialpädagogischer Dienst,
- Pflegekinderwesen,
- Jugendgerichtshilfe.

Nach § 79 Abs. 3 SGB VIII haben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter zu sorgen, hierzu gehört auch eine an den Bedarf angepasste Zahl von Fachkräften.

Der Sozialpädagogische Dienst ist vom Grundsatz her als ein „Sozialdienst der Jugendhilfe“ nach SGB VIII konzipiert. Sein Aufgabenschwerpunkt liegt auf sozialpädagogische Hilfen für Kinder und Jugendliche sowie deren Familien bzw. Personensorgeberechtigten. In unserem Hause geht das Aufgabenverständnis in Richtung Allgemeiner Sozialer Dienst, d. h. eine Aufgabenwahrnehmung über das SGB VIII hinaus für alle in den Familien anzutreffenden sozialen Problemlagen, wie z. B. Verschuldung, Arbeitslosigkeit oder Sucht.

Aufgabenfelder nach dem SGB VIII:

- § 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung
- § 16 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie
- § 17,18 Beratung bei Sorgerecht, Trennung, Scheidung und Umgang
- § 18.3 Begleiteter Umgang
- § 19 Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter mit Kind
- § 20 Betreuung und Versorgung eines Kindes in Notsituationen
- § 21 Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht
- § 27 Hilfe zur Erziehung
- § 41 Hilfe für junge Volljährige
- § 50 Familiengerichtshilfe (i. V. m. § 1666 BGB)
- § 42 Inobhutnahme

In dem Aufgabenbereich kommt es immer wieder zu Überlastungsanzeigen durch die Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen. Eine im März 2008 durchgeführte externe Organisationsuntersuchung im damaligen Amt für Jugend und Soziales traf keine Aussagen zur personellen Ausstattung des Sozialpädagogischen Dienstes. Der Gutachter hielt es für denkbar, dass durch die Intensivierung der Qualität und Beratung, der Hilfeplanung und des Fallmanagement, aber auch der Gemeinwesen- und Netzwerkarbeit Hilfebedarf früher erkannt wird und dann z. B. niedrigschwellige Hilfen eingeleitet werden können. Damit sollten kostenträchtige Hilfen vermieden werden können. Er hielt es für angezeigt, jedes Team um eine Stelle befristet zu verstärken. Die 4,00 VbE (Vollbeschäftigteneinheiten) wurden eingerichtet und ab Juli 2009 besetzt. In der Folge sollte eine Analyse der Wirksamkeit erfolgen. Aus diesem Grund wurde, zur Ermittlung einer aufgabengerechten personellen Ausstattung, 2009 ein fortschreibungsfähiges Stellenbemessungsverfahren entwickelt. Hierfür wurden über einen Zeitraum von 3 Monaten, zur Ermittlung der mittleren Bearbeitungszeiten, Arbeitsaufzeichnungen durchgeführt und in Workshops mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Aufgaben- und Tätigkeitskatalog erstellt. Danach errechnete sich bei optimaler Erfüllung sämtlicher pflichtiger, freiwilliger und präventiver Aufgaben ein Stellenbedarf von 24,37 VbE. Dem standen 18,00 VbE im Ist gegenüber. Damit wurde zum einen die Notwendigkeit der 2009 eingerichteten Stellen bestätigt und ein Mehrbedarf aufgezeigt. In 2 von 4 Teams wurde auch erneut Überlastung angezeigt. Um der fortbestehenden Überlastungssituation entgegen zu wirken, wurden mit Beschluss der Verwaltungsleitung im Juni 2010 die 4 befristeten Stellen entfristet und zusätzlich 2,00 VbE eingerichtet und besetzt. Die Stelleneinrichtung lag um 4,37 VbE unter dem errechneten Bedarf. Hier sollte

nach einer tieferen Analyse unter Darstellung von Optimierungspotentialen über eine weitere Stelleneinrichtung entschieden werden.

Im Juni 2012 wurde eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Durchführung einer Organisations- und Haushaltsuntersuchung beauftragt. Laut PWC-Gutachten vom Februar 2013 ist das Jugendamt TF im Bundesvergleich zu anderen Jugendämtern schlank aufgestellt. So liegt der Landkreis bei den Personalaufwendungen je Jungesinwohner (0-27 Jahre) mit 78 € unter dem brandenburgischen Durchschnitt von 84 €. Für den Sozialpädagogischen Dienst wurde ein Stellenbedarf von 17,21 VbE errechnet. Die Berechnung konnte nicht nachvollzogen werden. PWC hat Landkreise miteinander verglichen, ohne die unterschiedlichen Strukturen und Aufgabenzuordnungen detailliert abgeglichen zu haben. Gerade der unterschiedliche Aufbau der Jugendämter macht eine Bemessung und eine Vergleichbarkeit untereinander so schwierig. Es konnte auch nicht dargelegt werden, welche Aufgabenbereiche berücksichtigt worden sind. Eine Übernahme der Empfehlung des Unternehmens konnte deshalb nicht ohne eine nochmalige Prüfung vorgenommen werden, zumal die Belastungssituation und die eigene Stellenbemessung dieses Ergebnis nicht bestätigt.

Für die Aufgabenerfüllung stehen ohne Teamleitung aktuell im Soll 20,00 VbE zur Verfügung. Die Aufgaben sind auf 4 Regionalteams aufgeteilt. Aus dem Regionalteam III (Stadt Luckenwalde, Gemeinde Nuthe-Urstromtal) liegt seit dem 26.09.2014 eine schriftliche Überlastungsanzeige vor und auch das Regionalteam I (Stadt Ludwigsfelde, Gemeinde Großbeeren) hat seine Überlastung angezeigt. Vom Regionalteam II liegt eine mdl. Überlastungsanzeige vor.

Stellenbestand und Bemessungsverfahren:

Stellenbestand und Bemessungsverfahren				Bemessungsverfahren		
Stellen- ziffer	Stellenbezeichnung	Stellen- Soll	Stellen- Ist	TF 2009	PWC 2011	TF 2014
51.2.07	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00	24,37 VbE <u>Fallzahlen:</u> Kindesw. 103 HzE ambulant 557 stationär 487	17,21 VbE <u>Fallzahlen:</u> Kindesw. 182	30,12 VbE <u>Fallzahlen:</u> Kindesw. 339 HzE ambulant 650 stationär 679
51.2.08	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	0,93			
51.2.09	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	0,88			
51.2.10	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.11	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.12	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.13	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.14	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	0,88			
51.2.15	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.16	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	0,88			
51.2.17	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	0,88			
51.2.18	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.19	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.20	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.21	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	0,80			
51.2.26	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	0,80			
			0,75			
51.2.28	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.29	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.30	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	1,00			
51.2.31	Sozialpädagogischer Dienst	1,00	0,80			
		20,00	19,58			

Aufgabenanalyse und personelle Ausstattung

Der Sozialpädagogische Dienst des Jugendamtes ist die zentrale kommunale Anlaufstelle für Bürger mit sozialen Problemen und Unterstützungsbedarfen in Fragen der Erziehung. Die Arbeit gehört zu den besonders belasteten Tätigkeiten auch innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe. Dies

liegt einerseits an der hohen Verantwortung, die jeder einzelne Mitarbeiter zu tragen hat, an den komplexen Problemlagen, die Entscheidungen unter Zeitdruck erfordern und an den vielfältigen Veränderungen der letzten Jahre. Die Arbeit hat sich auch deutlich verdichtet. Erschwerend kommen notwendige Krankheitsvertretungen hinzu. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter arbeiten an der Grenze ihrer Belastbarkeit.

In der Summe führen die hohen Belastungen zu gravierenden Folgen. Nahezu bei allen Mitarbeitern stapeln sich die unerledigten Aufgaben, es kommt zu Fehlern, Krankheitstage erhöhen sich, notwendige Verfahrensstandards können nicht eingehalten werden, Mitarbeiter wechseln den Bereich. Es ist auch an der hohen Zahl von aufgelaufenen Überstunden (934 im November 2014) zu erkennen, dass das Arbeitspensum vom vorhandenen Mitarbeiterstamm nicht mehr in der regulären Arbeitszeit erfüllt werden kann. Diese Entwicklung zeigt einen akuten Handlungsbedarf auf.

Insbesondere deshalb, weil es im Fall von Versäumnissen im Kinderschutzfall nicht nur um ein individuelles Fehlverhalten, sondern auch um die Frage eines möglichen „Organisationsversagens“ geht. Das Jugendamt kann seinem Schutzauftrag nur dann gerecht werden, wenn Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung zulässt.

Bundesweit gibt es keine anerkannten Werte für die Personalausstattung. Begründet ist dies in der zu verschiedenartigen Organisation und Arbeitsverteilung, um akzeptable Richtwerte zu ermitteln. Weiterhin werden im Sozialpädagogischen Dienst nicht nur Einzelfälle bearbeitet, sondern daneben auch noch andere Aufgaben, deren Erfüllung sich nachhaltig auf die Zahl der zu bearbeitenden Fälle auswirken kann. Diese Fallzahl ist demnach nicht statisch, sondern dynamisch. Ebenso verhält es sich mit der Bearbeitungszeit für Einzelfälle. Auch diese Größe ist nicht statisch, sondern unterliegt fallabhängig teilweise erheblichen Schwankungen. Der Aufgabenbereich ist in ständigem Wandel begriffen. Fachliche und organisatorische Anforderungen verändern das Aufgabenprofil. Gerade diese Anpassungsfähigkeit war bisher eine der wichtigsten Qualitätsmerkmale.

Das macht aber auch eine Stellenbedarfsberechnung schwierig. In verschiedenen Projekten und Vergleichen (auch der KGSt) wurde eine Fallzahl-Fachkraft-Relation mit einem Referenzwert von 35 Bestandsfällen je Vollbeschäftigteneinheit (VbE) als realistischer Ansatz ermittelt.

Die durchschnittliche Fallzahlbearbeitung je Stelle liegt in unserem Sozialpädagogischen Dienst bei 66 zu bearbeiteten Einzelfällen im Jahr 2014 in den Hilfen zur Erziehung je Vollzeitstelle. Unter Berücksichtigung des Referenzwertes von 35 Fälle/ VbE liegt der Landkreis hiernach weit über diesem.

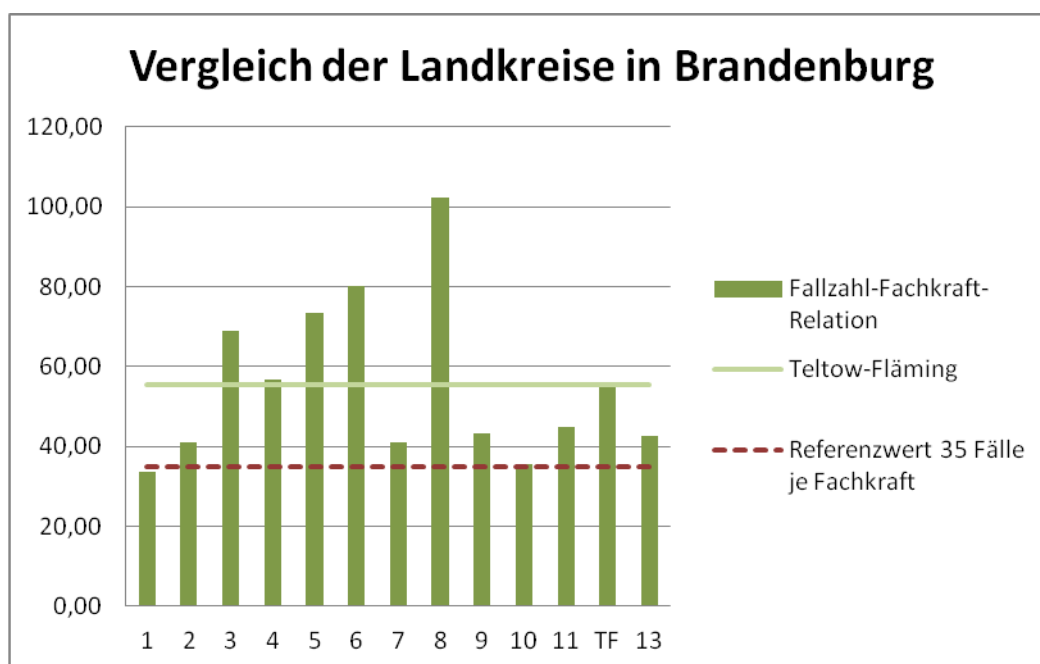
Fallzahl-Fachkraft-Relation im Landkreis TF:

Jahr	Fallzahlen			Fälle je VbE		
				Ist	Bemessung 2014	Referenzwert 35/je VbE
	ambulant	stationär	Gesamt	20,00	30,00	38,00
2009	557	487	1.044	52,20		
2013	637	673	1.310	65,54		
2014	650	679	1.329	66,45	42,87	34,97

Vergleich der Fallzahl-Fachkraft-Relation im Land Brandenburg:

Im Landkreisvergleich Brandenburg sind die Hilfen zur Erziehung nicht vollständig abgebildet (§§ 19 und 41 SGB VIII wurden außen vor gelassen, in TF = 150 Fälle im Jahr 2014). Deshalb ist die Relation Fallzahl je Fachkraft gegenüber dem Referenzwert von 35 Fällen je Fachkraft nicht ganz genau darstellbar. Dennoch gibt das nachfolgende Diagramm die Tendenz wieder.¹

Der Sozialpädagogische Dienst des Landkreises Teltow-Fläming gehört zu den sechs am stärksten belasteten Sozialen Diensten im Land Brandenburg.



In Anbetracht der Tatsache, dass jeder Soziale Dienst seine besonderen Strukturen besitzt und in unterschiedlichen sozialen Strukturen arbeitet, ist grundsätzlich eine analytische Stellenbemessung das zuverlässigste Verfahren zur Ermittlung einer aufgabengerechten personellen Ausstattung. Aufbauend auf das im Jahr 2009 entwickelte Stellenbemessungsverfahren wurde dieses im Jahr 2014 fortgeschrieben. Gemessen am Aufgabenbestand und den gemeldeten Arbeitsmengen und Zeitanteilen (diese basieren weitgehend auf der Selbsteinschätzung der Fachkräfte) ergibt die örtliche Stellenbemessung, anhand der

¹ Fallzahlen aus DeJu, Seite 46, VbE aus Vergleich der Landkreise

Arbeitsbelastung im Jahr 2014, einen Bedarf von insgesamt 30,12 VbE für die laufenden Aufgaben. Im Vergleich zur derzeitigen Stellenausstattung mit 20,00 VbE (ohne Sachgebiets- und Teamleitung) ist die Stellenausstattung somit um 10,12 VbE niedriger.

Diese Entwicklung ist sowohl auf die Fallzahlentwicklung in den letzten Jahren, aber auch auf die im Bundeskinderschutzgesetz festgelegten Standards und Fallzahlensteigerungen zurückzuführen.

Fallzahlenentwicklung:

Aufgabe	2009	2013	2014	Veränderung 2009 zu 2014
Kinderwohlgefährdung	103	312	339	229,13%
Hilfe zur Erziehung ambulant	557	637	650	16,70%
Hilfe zur Erziehung stationär/teil.	487	673	679	39,43%



Eine Kompensierung durch Reduzierung von Standards in der Erbringung der Arbeitsaufgaben ist im Sozialpädagogischen Dienst kaum möglich und bei Betrachtung der geforderten Erfüllung von gesetzlichen Vorgaben weder zulässig noch bezogen auf die festgelegten Qualitätsstandards erwünscht. Somit kommen einige Aufgaben unter fachlichen Aspekten bei der derzeitigen personellen Situation zu kurz bzw. wären unter qualitativen Aspekten zu verbessern.

Hierzu zählen u. a.: die Gewährleistung einer umfassenden Beratung, eine tiefere Analyse des sozialen Umfelds, die Präventions- und Netzwerkarbeit, die zeitnahe Durchführung von Beratungen und Hilfeplangesprächen, Hausbesuche sowie die Verschriftlichung notwendiger Falldokumentationen einschließlich der Falleingaben in die Fachamtssoftware.

Aufgrund des Sparzwanges im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde zwar kein Stellenabbau betrieben, aber eine Anpassung des Personalbestandes an die veränderte Aufgabenerfüllung erfolgte ebenso wenig. In der Literatur wird davor gewarnt, weil eine Unterbesetzung dazu führt, dass es durch kurzfristige Bewältigungsstrategien zu einer

extremen Steigerung der Fallzahlen kommt. Es steigt der Gesamtdruck auf jeden einzelnen Mitarbeiter und jede einzelne Mitarbeiterin. Deshalb erfolgt ggfs. ein schnellerer Einsatz einer Hilfe, die bei näherer Prüfung als nicht passgenau angesehen worden wäre. Auch kann keine zeitnahe Steuerung durch die Hilfeplanung erfolgen, weil andere notwendige Aufgabenerfüllungen (z. B. Kindeswohlgefährdung) erbracht werden müssen. Jugendhilfe bedarf einer angemessenen Finanzausstattung. Die wirksamsten Schritte zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit lassen sich durch eine Steigerung der Qualität und Fachlichkeit erzielen. Erfolgreiche Hilfen sind auch die Kostengünstigsten.

Innerhalb des Bereiches Jugendhilfe bilden bspw. die Hilfen zur Erziehung mit 13.298.544,00 € (Ergebnis Haushaltsjahr 2014) bzw. einem Anteil von ca. 20% die zweitgrößte Ausgabenposition.

Ausgaben 2014	13.298.544,00 €
davon Sach- und Personalaufwendungen	1.586.309,00 €
Einnahmen 2014	1.203.775,00 €

Die Höhe der Einnahmen deckt die Ausgaben nur zu einem Bruchteil.

Die Ausgaben setzen sich aus den fallunspezifischen Ausgaben (Sach- und Personalkosten) – diese machen ca. 10 % der Gesamtkosten aus – und den fallspezifischen Ausgaben (Leistungskosten) zusammen. Kostensteigerungen im Bereich der fallspezifischen Kosten haben erheblich massivere Auswirkungen als bei fallunspezifischen Kosten. Einsparungen im letztgenannten Bereich, die zu einer Ausweitung der Leistungskosten führen, erreichen genau das Gegenteil. D. h. eine Unterausstattung an Personal führt aufgrund von kontraproduktiven Bewältigungsstrategien zu einem unverhältnismäßig größeren Anstieg der Leistungskosten.

Fazit: Um „die richtige Hilfe, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort“ zu gewähren, bedarf es der entsprechenden Personalausstattung. Denn nur durch eine Intensivierung der Qualität in der Beratung, der Hilfeplanung und des Fallmanagement werden Hilfebedarfe früher erkannt und z. B. niedrigschwellige und damit weniger kostenträchtige Hilfen früher eingeleitet.

Das Land Brandenburg hat auf die Mehrbedarfe bei den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe reagiert. Zum einen wurde das Brandenburgische Finanzausgleichsgesetz geändert. Im Vergleich zu den Vorjahren wurde der Jugendhilfelastenausgleich um das Doppelte auf 922.690,00 € erhöht. Zum Anderen wurde durch den Landkreistag Brandenburg mit dem Rundschreiben 254/2015 der Entwurf zum Ausgleich der Mehrbelastungen durch das Bundeskinderschutzgesetz bekannt gegeben. Nach diesem würde der Landkreis ab 2012 einen Personal- und Sachkostenzuschuss i. H. von ca. 120.000,00 € pro Jahr erhalten.

Beschlüsse der Verwaltungsleitung am 08.06.2015:

1. Der Erweiterung der personellen Ausstattung um vorerst 6,00 VbE aufgrund des Ergebnisses der Stellenbemessung und der fortbestehenden Überlastungssituation im Jugendamt/Bereich Sozialpädagogischer Dienst, unbefristet, wird zugestimmt. Für das Haushaltsjahr 2015 erfolgt unter Verwendung freier Zeiteile im Stellenplan keine Stellenplanerhöhung.

Dem Sozialpädagogischen Dienst kommt innerhalb des Jugendamtes eine Schlüsselfunktion zu. Zum einen, weil er dem Auftrag des Kinderschutzes nachzukommen und zum anderen, weil er maßgeblich bei der Gewährung der Hilfen zur Erziehung mitwirkt. Neben der Pflicht der Verwaltung, die Notwendigkeit und

Wirksamkeit von Ausgaben zu hinterfragen und kritisch abzuwägen, bedarf es aber in der Jugendhilfe als Ausfallbürge vieler gesellschaftlicher Entwicklungen einer angemessenen Finanzausstattung.

Die wirksamsten Schritte zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit lassen sich durch Steigerung der Qualität und Fachlichkeit erzielen.

Eine Stellenerhöhung um eine Stelle pro Regionalteam würde keine nennenswerte Entlastung herbeiführen. Die Erhöhung im Jahr 2015 um mehr als 6,00 VbE würde die Kapazitäten bei Einarbeitung und Arbeitsplatzausstattung übersteigen.

Die Erhöhung der personellen Ausstattung für den Aufgabenbereich soll für das Haushaltsjahr 2015 unter Verwendung freier Zeiteile im Stellenplan erfolgen. Für 2016 soll mit entsprechender Begründung zur Veränderung der Personalbedarfsplanung eine Stellenplanerweiterung um 6,00 VbE bzw. bei Erfüllung der Voraussetzungen um 10,00 VbE aufgenommen werden.

2. Das Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen wird beauftragt, seine Organisationsstruktur zu überprüfen und ggf. zu optimieren sowie einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Unter dieser Maßgabe erfolgt die Prüfung einer weiteren Stellenerhöhung um 4,00 VbE für das Jahr 2016.

unberücksichtigt in der Stellenbemessung 2014:

- Aufgaben nach § 35a SGB VIII (ab 01.01.2015)
- unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (ab 01.01.2016 gesetzliche Änderung – Verteilung im gesamten Bundesgebiet)

Literaturverzeichnis

- Gutachten der Organisations- und Managementberatung GmbH (OMP) vom 26. Februar 2009 – Organisationsuntersuchung im Amt für Jugend und Soziales des Landkreises Teltow-Fläming
- Abschlussbericht der PWC Aktiengesellschaft und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vom 15. Februar 2013 – Bericht zur Unterstützung bei der Haushaltskonsolidierung
- Fachstelle Kinder Schutz – Standards für die Arbeit im ASD des Jugendamtes vom 13. Februar 2008
- Bericht Kostenmanagement in den Hilfen der Erziehung von Benjamin Landes, Veröffentlichung NDV Mai 2011 und Juni 2011
- DeJu - Gemeinsame Datenerfassung in der Jugendhilfe der Kreise und kreisfreien Städte in Brandenburg vom 09.12.2014 (Die 14 Landkreise und 4 kreisfreien Städte des Landes Brandenburg haben sich im Jahr 2013 im Projekt „Datenerfassung Jugendhilfe“ zusammengeschlossen. Ziel war die gemeinsame Schaffung einer Datenbasis zur Steuerung der Aufgabenbereiche in der Jugendhilfe).

Abkürzungsverzeichnis

mBZ	mittlere Bearbeitungszeit für einen Fall/Vorgang mit durchschnittlichem Schwierigkeitsgrad
JAZ	Jahresarbeitszeit, d.h. jährliche Arbeitszeit einer „Normalarbeitskraft“ (von dieser sind bereits Rüst- und Verteilzeiten abgerechnet)
VbE	Vollbeschäftigteneinheiten, d.h. 40 Wochenstunden = 1,00 VbE
MA	Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen

Erfassung

Fall	= betreutes Kind oder betreuter Jugendlicher oder junger Volljähriger bis unter 21 Jahre (bei Kindeswohlgefährdung 1 Fall = 1 Familie)
Erfassung	Anfangsbestand im Erhebungszeitraum (01.01.) zuzüglich der Zugänge bis zum Ende des Erhebungszeitraums (31.12.)

Datenquelle

- Fachprogramm LogoData
- Selbstaufschreibung



Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

Informationsvorlage

Nr. 5-2415/15-LR

für die ö f f e n t l i c h e Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Haushalts- und Finanzausschuss

22.06.2015

Betr.: Information über externe Stellenausschreibungen

Luckenwalde, den 21.05.2015

Wehlan

Sachverhalt:

Aufgrund der Haushaltslage wird großes Augenmerk auf die Prüfung der Notwendigkeit der Wiederbesetzung frei werdender Stellen gelegt. Wie bereits in den vorangegangenen Informationsvorlagen sind die Mitglieder des HFA über das Prozedere der Anforderungen und des Prüfverfahrens, welches nur unter engen, unumgänglichen Voraussetzungen eine externe Ausschreibung gebietet, entsprechend informiert.

Im Zeitraum von Februar bis Mitte Mai 2015 wurden nach umfänglicher Prüfung und auf Grundlage der Entscheidung durch die Verwaltungsleitung in den Dienstberatungen der Landrätin folgende Stellen extern ausgeschrieben:

SB Schutzgebiete/Eingriffsregelung im Umweltamt

In der Unteren Naturschutzbehörde besteht derzeit eine hohe Belastungssituation. Das Fachamt beantragt eine befristete Besetzung der Stelle 67.2.09 mit einer geänderten Aufgabenzuordnung als SB Schutzgebiete/Eingriffsregelung.

Dem Umweltamt sind gesetzliche Pflichtaufgaben zugewiesen. Die Anzahl der Verfahren infolge von Eingriffen in Natur- und Landschaft z.B. durch Errichtung von Gebäuden, Verlegung von Leitungen, Bau von Straßen etc. und die daraus resultierende Aufgabenerledigung in Form von Prüfungen und Verfahrensbeteiligungen, Stellungnahmen zu Planungen/Projekten und Maßnahmen sowie die Erteilung von Befreiungen, Ausnahmen und Genehmigungen sind Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Unteren Naturschutzbehörde. Die Aufgaben werden entsprechend der Ressourcen nach Prioritäten erledigt. Hierbei haben termingebundene Aufgaben wie z.B. Genehmigungsverfahren grundsätzlich Vorrang vor Überwachungsaufgaben. Relevante Möglichkeiten zur Einschränkung von Aufgaben oder Erledigungsstandards werden derzeit nicht gesehen.

Nach Wegfall einer Stelle im Jahr 2013 und Freisetzung einer weiteren Stelle ab 2014 wurden die Aufgaben in der Unteren Naturschutzbehörde neu verteilt. Die Umverteilung der Aufgaben führte dazu, dass ein kontinuierliches Abarbeiten der Vorgänge nicht zeitnah möglich ist. Der größte Teil liegt in der Antragsbearbeitung, was fast immer mit festen Terminsetzungen verbunden ist.

Gemeinsam mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wurden Standards reduziert, die aber keine massiven Eingriffe in die Qualität der Arbeit bringen sollten.

Dazu gehören:

1. Verzicht auf neue Projekte
2. Vororttermine nur, wenn unbedingt erforderlich zur Entscheidungsfindung
3. Gemeindebaumschauen erfolgen nur nach Vorprüfung durch die Gemeinden
4. Reduzierung von fachlichen Zuarbeiten
5. Beschaffung der Fachsoftware ProUmwelt
6. Verzicht auf die Betreuung von Zivildienstleistenden
7. Einsatz eines/er Mitarbeiters/in

Nicht alle geplanten Maßnahmen konnten bis jetzt aus verschiedenen Gründen umgesetzt werden, z.B. Mitarbeiterin hat sich auf eine andere Stelle beworben, Ausfälle haben zu Rückständen geführt, Anschaffung einer Fachsoftware für das Haushaltsjahr 2015 geplant. Deshalb ist weiterhin auch im Zusammenhang mit den anhaltend hohen Fallzahlen eine Mehrbelastung zu verzeichnen. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Eingriffsregelung und im Bereich der Schutzgebietsausweisungen.

Als Problem stellt sich u.a. dar, dass es durch die Aufgabenzusammenlegung kein Zuarbeiten für die SB Eingriffsregelung mehr gibt und mehrere Sachbearbeiter sich nicht mehr in der Lage fühlen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Abwägung aller Möglichkeiten führt zu dem Ergebnis, dass eine Stellebesetzung mit 35 Wochenstunden und befristet für 2 Jahre mit einer Aufgabenzuordnung von 50% Eingriffsregelung und 50% Schutzgebiete für alle SB eine Entlastung bringt. Nach Ablauf der 2 Jahre soll eine Einschätzung der Arbeitsbelastung auch unter Berücksichtigung von Gesetzesänderungen (Aufgabenverschiebungen an das Land) getroffen werden.

Die Besetzung der Stelle widerspricht auch nicht den Ausführungen im PWC Gutachten. Hier wurde ein Stellen-Soll für die Untere Naturschutzbehörde von 12,51 VbE ermittelt. Mit der avisierten befristeten Stellenbesetzung wird ein Stellen-Ist von 12,22 VbE erreicht.

Für die Aufgabenerfüllung ist ein abgeschlossenes Studium im Bereich der Naturwissenschaften erforderlich.

Die Möglichkeit der Personalgewinnung im eigenen Haus wird aufgrund der notwendigen fachspezifischen Ausbildung gering eingeschätzt. Deshalb ist eine zeitgleiche interne und externe Ausschreibung erforderlich.

SB Geschäftsbuchhaltung in der Kämmerei

Im SG Geschäftsbuchhaltung der Kämmerei sind derzeit drei Vollzeitstellen mit den Aufgaben der direkten Geschäftsbuchhaltung, d. h. Beurteilung aller Geschäftsvorfälle und Umsetzung der Ergebniskontenbuchhaltung (Aufwand und Ertrag) geplant. Mit der Stellenbedarfsplanung 2014 bis 2024 wurde nach Umsetzung einer Beschäftigten eine bisher vierte Stelle (20.2.05, SB GBH) durch das Fachamt mit einem kw-Vermerk ausgewiesen.

Die Stelle 20.2.10, SB GBH ist seit dem 01.01.2015 unbesetzt. Die bisherige Stelleninhaberin hatte sich erfolgreich auf eine andere Stelle beworben. Durch das Fachamt wurde die Wiederbesetzung der Stelle beantragt. Bei den Aufgaben handelt es sich um pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben.

Die Stelle 20.2.10, SB GBH wurde intern zur Besetzung ausgeschrieben. Es gingen keine Bewerbungen ein. Die Möglichkeit einer internen Besetzung war auch aufgrund von Umsetzungsanträgen nicht gegeben.

MA Leistungen für Asylbewerber

Nach Festlegung der Zuweisungsquote durch das MASF Brandenburg musste der Landkreis Teltow-Fläming für 2014 weitere 201 Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen. Damit erhöht sich die Fallzahl bis zum Jahresende 2014 auf fast 600 Leistungsbezieher. Hinzu kamen Kontingentflüchtlinge sowie eine leicht verstärktes Aufkommen von Spätaussiedlern.

Die Fallzahlen im Bereich *Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz* stellen sich zum Zeitpunkt der Beantragung weiten Stelle im Aufgabenbereich (I. Quartal 2014) wie folgt dar:

Fallzahlen	2011	2012	2013	2014 (Stand 30.04.2014)
Neuzugänge	77	91	206	201
Lfd.				Zuweisungsquote
Leistungsbezieher	197	207	310	600 voraussichtlich

Bis 2012 war eine Stelle **SB Leistungen für Asylbewerber** im Sozialamt, SG Sonstige soziale Leistungen geplant und in Vollzeit besetzt. Aufgrund der Fallzahlenentwicklung wurde zum 01.02.2013 eine zweite Stelle eingerichtet und besetzt.

Bei der Berechnung des Stellenbedarfs setzte PWC auf einen Fallschlüssel von 1,0 VbE zu 200 lfd. Fällen an, zusätzlich wurde eine Pauschale von 0,05 VbE (Kennzahl: örtlicher Wert) angegeben, bezogen auf die Bearbeitung von Leistungen für Aussiedler.

Der interkommunale Vergleich legt eine Fallpauschale als Medialwert von 1,0 VbE zu 155 Fällen zugrunde. In allen Landkreisen ist die personelle Aufstockung in Bearbeitung. Der Bedarf zur Einrichtung einer dritten Stelle war dringend notwendig.

Bei der Bearbeitung der Anträge auf Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nehmen die Prüfung, Gewährung und Abrechnung von Krankenhilfen einen Schwerpunkt ein. Es ist daher vorgesehen die Stelle nicht als dritte Sachbearbeiterstelle, mit einem umfänglichen Aufgabenzuschnitt, zu beschreiben, sondern als Mitarbeiterstelle mit dem Aufgabenschwerpunkt *Krankenhilfe und Hilfe zur Gesundheit*.

Mit Blick auf die Haushaltssituation als auch die Ausweisung der kw-Stellen nach dem Haushaltssicherungskonzept des LK ist es Ziel, den Stellenplan möglichst nicht zu erweitern. Somit wurde eine unbesetzte Stelle aus dem Jobcenter befristet für zwei Jahre dem SG Sonstige soziale Leistungen angegliedert. Diese Verfahrensweise ist mit allen Beteiligten abgestimmt.

Die Stellenzuordnung erfolgte im August 2014. Die Besetzung konnte durch einen internen Bewerber erfolgen. Der Beschäftigte hat sich zwischenzeitlich erfolgreich auf eine andere Stelle beworben. Aufgrund der sich anschließenden internen Ausschreibung konnte kein geeigneter Bewerber ermittelt werden, so dass in der DB der LR am 02.03.2015 festgelegt wurde, eine sofortige externe Ausschreibung vorzunehmen.

Aufgrund der Zuweisungen und Prognosen für die Aufnahme weiterer Asylbewerber für das laufende Jahr 2015 ist die Einrichtung einer weiteren Mitarbeiterstelle notwendig geworden. Das laufende Ausschreibungsverfahren wird auch für die Personalgewinnung zur Besetzung dieser Stelle beansprucht.

Gerätewart/Ausbilder FTZ im Ordnungsamt

Die Aufgaben der Stelle 32.3.09 können aus gesundheitlichen Gründen vom derzeitigen Stelleninhaber nicht mehr wahrgenommen werden. Vom Fachamt wurde die Nachbesetzung unter Veränderung der Aufgabenzuordnung beantragt.

Der Landkreis hat Aufgaben des überörtlichen Brandschutzes und der überörtlichen Hilfeleistung zu erfüllen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, muss der Landkreis gemäß § 4 des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (BbgBKG) die amtsfreien Gemeinden und die Ämter durch Einrichtungen für die Feuerwehren und die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung öffentlicher Notstände unterstützen, soweit dafür ein Bedarf besteht sowie die kreisliche Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kameradinnen und Kameraden sicherstellen. Zur Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren zählt es, Möglichkeiten zur Pflege und Wartung von feuerwehrtechnischen Geräten, Feuerwehrschräuchen und Atemschutzgerätetechnik anzubieten sowie notwendige Einrichtungen und Anlagen zu unterhalten. Außerdem soll ein Vorrat an Einsatzmitteln und -technik vorgehalten werden.

Zu den Leistungen gehören u.a.:

- Unterhaltung eines feuerwehrtechnischen Zentrums
- Pflege und Wartung von feuerwehrtechnischen Geräten, Feuerwehrschräuchen und Atemschutzgeräatetechnik
- Durchführung der kreislichen Aus- und Fortbildung für die Feuerwehren

Der Stelle 32.3.09 „MA Schlauchpflege/allgemeine Tätigkeiten“ waren bisher die Aufgaben zur Bereitstellung von Saug- und Druckschräuchen, Mitwirkung bei der Organisation des Schräuchetausches sowie die Wartung, Pflege, Prüfung und Instandsetzung der Schräuche zugeordnet. Aufgrund der fehlenden Qualifikation des Stelleninhabers war ein Einsatz in anderen Bereichen des Feuerwehrtechnischen Zentrums nicht möglich. Mit der Freisetzung der Stelle wird nun die Möglichkeit eröffnet, die Aufgaben neu zu verteilen.

Im Jahr 2009 wurde die neu gebaute Anlage für die Schlauchwäsche in Betrieb genommen. Vorher wurden die Schräuche kostenpflichtig zur Reinigung nach Teltow gebracht. Im Durchschnitt der letzten 5 Jahre wurden jährlich 3.400 Druckschräuche geprüft und gewartet sowie ca. 350 Reparaturen durchgeführt. Diese Aufgabe macht einen prozentualen Stellenanteil von ca.60% aus.

Weiterhin erfolgt im FTZ die Pflege und Wartung der Atemschutzgeräatetechnik. Hierzu gehören die Reinigung und Prüfung von Pressluftatmern (2013: 2.330, 2014: 2.330), die Reinigung und Prüfung von Atemschutzmasken (2013: 3.277, 2014: 2.550), die Befüllung und Prüfung von Druckluftflaschen (2013: 2.299, 2014: 2.529) und die Sicherstellung der Materialwirtschaft zur Bevorratung von Ersatzteilen.

Verantwortlich für die Beschaffung und die Sicherheit sind die Träger der Feuerwehren. Der Landkreis wird gemäß § 4 BbgBKG unterstützend tätig, da die Vorhaltung eines Atemschutzgeräatewerts und einer Atemschutzwerkstatt bei jedem Träger für die einzelnen Kommunen unwirtschaftlich sein würde. Deshalb gibt es eine zentrale Atemschutzwerkstatt beim Landkreis. Die Verrechnung erfolgt derzeit über die Kreisumlage.

Zurzeit sind die Aufgaben auf 3 Stellen verteilt. Im Vertretungsfall kann eine Abarbeitung der Aufgaben nicht zeitnah erfolgen. Um dennoch die Sicherheit bei der Verwendung der Technik und die Einhaltung der Prüfzeiten zu gewährleisten, wurden bisher Sachbearbeiter aus dem SG Brand- und Katastrophenschutz vorübergehend eingesetzt bzw. Honorarkräfte beschäftigt. Um diesen Zustand zu beenden, sollen der Stelle 32.3.09 mit einem Zeitanteil von 20% Aufgaben zugeordnet werden.

Als 3. Aufgabenschwerpunkt ist die Durchführung von Aus- und Fortbildungen zu sehen. Nach § 4 BbgBKG haben die Landkreise im Rahmen des § 24 Abs. 7 Satz 2 BbgBKG für die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen zu sorgen. Danach sind die Gemeinden für die Grundausbildung und die Landkreise für die weitergehende Aus- und Fortbildung zuständig. Hierzu gehören u.a. die Ausbildung zum Sprechfunker, Truppführer, Atemschutzgeräateträger, Maschinist, die Praktische Heißluftausbildung und die CSA-Ausbildung.

Im Rahmen der kreislichen Ausbildung wurden 2013 in 37 Lehrgängen 471 Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren in 14 Fachrichtungen im feuerwehrtechnischen Dienst und in Spezialausbildungen im Brand- und Katastrophenschutz geschult. Die Atemschutzübungsstrecke nutzten im Jahr 2013 652 Kameradinnen und Kameraden an 24 Wochenenden. An den vorhandenen Übungsobjekten und Fachkabinetten im Feuerwehrtechnischen Zentrum trainierten im Rahmen der Ausbildung auf Kreisebene die örtlichen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen an 42 Wochenenden im Jahr.

2014 wurden im Rahmen der kreislichen Ausbildung in 28 Lehrgängen 399 Kameraden der Feuerwehren in 13 Fachrichtungen im feuerwehrtechnischen Dienst und in Spezialausbildungen im Brand- und Katastrophenschutz geschult. Die Atemschutzübungsstrecke nutzten 701 Kameraden an 24 Wochenenden. An den vorhandenen Übungsobjekten und Fachkabinetten im Feuerwehrtechnischen Zentrum trainierten auf Kreisebene die örtlichen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen an 32 Wochenenden.

Neben den Honorarkräften sind seit 2012 alle Mitarbeiter des FTZ mit einbezogen. Dies ist erforderlich, um die Durchführung der Aus- und Fortbildungen zu gewährleisten.

Die Stelle 32.3.09 soll unter Veränderung des Aufgabenzuschnitts wie oben dargestellt als „Gerätewart/Ausbilder FTZ“ ausgeschrieben werden. Für die Aufgabenerfüllung sind eine abgeschlossene handwerkliche Ausbildung und eine Ausbildung auf dem Gebiet des Brandschutzes erforderlich. Die Personalgewinnung im eigenen Haus wird als gering eingeschätzt. Deshalb ist eine zeitgleiche interne und externe Ausschreibung erforderlich.

Sozialarbeiter/-in Eingliederungshilfe nach SGB XII im Sozialamt

Im Sozialamt, SG Sozialhilfe und Betreuungsangelegenheiten sind für den Sozialdienst der Eingliederungshilfe nach SGB XII zwei Stellen eingerichtet und mit einschlägig qualifiziertem Personal besetzt.

Die Stelle 50.1.19 ist seit dem 27.11.2014 unbesetzt, da für die Mitarbeiterin ein Beschäftigungsverbot gilt. Die Schwangerschaft der Mitarbeiterin wurde durch diese dem Bereich Personal nicht zur Kenntnis gegeben.

Zu diesen, pflichtigen Aufgaben gehören die Prüfung der Anträge auf Eingliederungshilfen für geistig, seelische und körperlich behinderte Menschen, u. a. die Ermittlung des individuellen Hilfebedarfes, Durchführung von Hilfeplangesprächen, Eingruppierung der Hilfeempfänger im stationären Bereich in Hilfebedarfgruppen nach dem sog. „Metzler-Verfahren“ und die umfassende Beratung der Antragsteller.

Die Stellenausstattung mit zwei Vollzeitstellen ist derzeit aufgrund des Fallaufkommens ausreichend.

Durch PWC wird dies bestätigt, wobei hier als Kennzahl auf einen „örtlichen Wert“ zurückgegriffen wird (keine Berechnung).

Durch die externe Organisationsuntersuchung der OMP GmbH 2009 wurde das Erfordernis von perspektivisch drei Vollzeitstellen als begründet ausgewiesen.

Für die Aufgabenerfüllung ist ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium mit staatlicher Anerkennung als Sozialarbeiter/-in bzw. Sozialpädagoge/-in erforderlich. Auf die interne Ausschreibung (Bewerbungsschluss: 16.01.2015) ging keine Bewerbung ein.

Aufgrund der Erfahrungen hinsichtlich der Personalgewinnung qualifizierten Personals und der befristeten Besetzung ist eine externe Ausschreibung erforderlich.

SB Leistungsgewährung SGB II BuT im Jobcenter

Im Jobcenter ist die Stelle JC-25, SB Leistungsgewährung SGB II BuT (Bildung und Teilhabe) seit Juli 2013 unbesetzt. Eine Wiederbesetzung war zunächst zurück gestellt worden. Aufgrund des nunmehr wieder erhöhten Arbeitsaufkommens ist diese Stelle dringend wieder zu besetzen.

Der Stellenplan des Jobcenters ist durch die Trägerversammlung bestätigt.

Die Besetzung sollte – so wie in den zurück liegenden Jahren praktiziert – vorerst befristet für zwei Jahre ausgeschrieben werden.

Aufgrund der Erfahrungen bei Stellenausschreibungen bzw. der Besetzungsverfahren für das Jobcenter als auch mit Blick auf die zunächst befristete Besetzung machte sich die Ausschreibung intern und zeitgleich extern erforderlich.

Die interne und externe Ausschreibung der Stelle JC-25 zur Besetzung für zwei Jahre verlief erfolglos. Entsprechend der Festlegung aus der DB des SG Personal und Organisation erfolgte eine interne Ausschreibung mit der Option der unbefristeten Besetzung. Aufgrund dieser Ausschreibung vom 19.11.2014 ging eine Bewerbung ein. Der Bewerber erfüllt jedoch nicht das Anforderungsprofil der Stelle.

Aufgrund dessen ist es erforderlich, die Stelle erneut extern und unbefristet zur Besetzung auszuschreiben, um die Erfüllung der Aufgaben im Bereich des Jobcenters zu gewährleisten.

Stellenausschreibung	Stellenbezeichnung	Befristung	Grund der Nachbesetzung	Stellenwert
23.02.2015	SB Schutzgebiete/Eingriffsregelung	ja	Anstieg der Fallzahlen	E 10
26.02..2015	SB Geschäftsbuchhaltung	nein	Nachbesetzung	E 6
23.03.2015	MA Leistungen für Asylbewerber	Ja	Anstieg der Fallzahlen	E 8
23.03.2015	Gerätewart/Ausbildung FTZ	Nein	Nachbesetzung	E 6
30.04.2015	SB Sozialpäd. Dienst Eingliederungshilfe SGB XII	Ja	Elternzeitvertretung	E 9
08.05.2015	SB Leistungsgewährung SGB II BuT	Nein	Nachbesetzung	E 9

